

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

342

Wien, am 1. Dezember 1935

## Eine Dollfuss-Glocke für die Lueger-Gedächtniskirche.

In der von Andächtigen dicht gefüllten Dr. Karl Lueger-Gedächtniskirche im Zentralfriedhof nahm Sonntag vormittag Kardinal Erzbischof Dr. Innitzer die Weihe der von der Stadt Wien dem Andenken des verewigten Bundeskanzlers Dr. Engelbert Dollfuss gewidmeten Glocke vor. Zur Feier hatten sich eingefunden Bürgermeister Richard Schmitz, Magistratsdirektor Dr. Hossmaier mit den leitenden Beamten des Magistrates, Altvizebürgermeister Hoss, die Direktoren der städtischen Unternehmungen, in Vertretung des Landesleiters der V.F. Seifert Ing. Kloss, die Leitung der Dienststellenorganisation der V.F. der städtischen Angestellten unter Führung des Obermagistratsrates Schinnell und Rechnungsrates Doschka, die Räte der Stadt Wien, viele ehemalige christlichsoziale Mandatäre und die Bezirksvorsteher.

Nach einer von Kooperator Weisinger von der Pfarre Alt-Simmering zelebrierten hl. Messe, während der der Kirchenchor Alt-Simmering unter der Leitung des Chorleiters Stündl die Messlieder sang, wurde von Kardinal Erzbischof Dr. Innitzer unter grosser geistlicher Assistenz die Glockenweihe vorgenommen. Der Kardinal richtete an die Gläubigen eine Ansprache, in der er darauf verwies, dass dank der Initiative des Bürgermeisters nunmehr in der Lueger-Gedächtniskirche der Sonntagsgottesdienst abgehalten werden kann. "Heute wird dieses Werk gewissermassen gekrönt, indem die Kirche nun eine Glocke erhalten hat, die dem Andenken unseres verewigten Bundeskanzlers Dr. Dollfuss gewidmet ist. Möge diese dem hl. Engelbert geweihte Glocke uns immer an die unvergänglichen Verdienste des Heldenkanzlers mahnen, dass wir seinem hehren Beispiel folgen und unseren Idealen und Zielen immer als gute Katholiken nacheifern getreu dem Grundsatz, treu dem Glauben, treu unserem christlichen Vaterland Oesterreich!"

Nach der Glockenweihe nahm der Kardinal die Weihe einer dem Andenken Dr. Dollfuss gewidmeten Gedenktafel vor. Diese ist eine Spende der Sektion "Friedhöfe" der Dienststellenorganisation der V.F. der städtischen Angestellten und befindet sich im linken Seitenraum der Kirche.

Hernach begaben sich der Kardinal und die Festgäste in die Krypta an den Sarkophag Dr. Luegers, an dem Bürgermeister Schmitz namens der Stadt Wien einen Kranz niederlegte.

Auf der Rückfahrt in die Stadt statteten Kardinal und Bürgermeister der grossen im Simmeringer Brauhaussaale zu einem Appell versammelten Bezirksgruppe XI von Jung Vaterland einen Besuch ab. Bezirksjugendführer Forster meldete 291 Mitglieder gestellt; ausserdem waren viele Eltern und Gäste anwesend. Nach Ansprachen des Kardinals und des Bürgermeisters erteilte der Kardinal auf Ersuchen des Bezirksjugendführers den Anwesenden den bischöflichen Segen.

.....



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

343

Wien, am 2. Dezember 1935.

## Der Bericht des Kontrollamtes der Stadt Wien über das Verwaltungsjahr 1934.

Der zusammenfassende Bericht des Kontrollamtes der bundesunmittelbaren Stadt Wien über die Wahrnehmungen im Verwaltungsjahr 1934 vermittelt einen aufschlussreichen Ueberblick über die weitverzweigte Tätigkeit dieses Amtes. Der Kontrollbereich erstreckte sich im Jahre 1934 auf 77 Dienststellen des Magistrates, auf die 6 städtischen Unternehmungen (Strassenbahn, Elektrizitätswerke, Gaswerke, Brauhaus, Leichenbestattung und Anklidigungsunternehmung), auf die 4 städtischen Anstalten mit eigenem Statut (Zentralsparkasse, Kreditverein der Zentralsparkasse, Wiener Landeshypothekenanstalt und Versicherungsanstalt) und auf 35 Unternehmungen mit eigener Rechtspersönlichkeit (gemischtwirtschaftliche Unternehmungen), an denen die Stadt Wien finanziell beteiligt ist.

Ausserhalb des in der Stadtordnung vorgesehenen Wirkungskreises ist das Kontrollamt überdies gemäss § 8 der Geschäftsordnung für den Fortbildungsschulrat für Wien mit der Gebarungs- und Rechnungskontrolle dieser Körperschaft beauftragt. Zufolge Punkt IIIe der Satzungen des Wiener Jugendhilfswerkes obliegt ihm die Gebarungskontrolle dieser Fürsorgeeinrichtung.

Ferner steht ihm satzungsgemäss das Recht der Kontrolle des gemeinnützigen Vereins "Jugend in Arbeit" zu; schliesslich wurde vom Jahr 1934 an auch die Aktion "Winterhilfe der Stadt Wien" mit Rücksicht darauf, dass ihre Durchführung von städtischen Organen besorgt wird, in die Ueberprüfung des Kontrollamtes einbezogen.

In Ausübung seiner laufenden Kontrolle hat das Kontrollamt im Berichtsjahre 458 unvermutete Kassenkontrollen und 294 unvermutete Inventar- und Material-Kontrollen vorgenommen.

Im allgemeinen Teil der die Kontrolle der Stadtgebarung betreffenden Wahrnehmungen beschäftigt sich der Bericht mit der nach Erlassung der neuen Geschäftseinteilung für den Magistrat durchgeführten Neuregelung des Rechnungs- und Kassendienstes und mit der für diesen Dienst geschaffenen Grundsatzvorschrift. Weiter verweist er auf die im Interesse der Gebarungssicherheit gelegene Notwendigkeit der Trennung der Steuerreferate vom liquidierenden Fachrechnungsdienst.

In den folgenden Abschnitten werden sodann die Wahrnehmungen in Bezug auf den Rechnungsabschluss der Stadt Wien für 1934, die Verwaltungsgruppen der Hoheitsverwaltung, die städtischen Unternehmungen und hinsichtlich der städtischen Anstalten mit eigenem Statut besprochen.

Die Ausführungen des Kontrollamtes zeigen, dass es bestrebt war, in Erfüllung seiner gesetzlichen Pflichten unter steter Beachtung auf eine den Erfordernissen der Gegenwart entsprechende Wirtschaftsführung zum Wohle der Stadt Wien zu wirken. Der zusammenfassende Bericht über die Wahrnehmungen des Kontrollamtes im Geschäftsjahr 1934 lässt abermals die mühevolle und unentbehrliche Tätigkeit des Kontrollamtes erkennen.

.....



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am 2. Dezember 1955

---

## Die Durchführung der Einwohnerverzeichnung in Wien.

Die Einwohnerverzeichnung in Wien hat heute begonnen. Die Ladungen zur Verzeichnung durch die behördlichen Organe ergehen häuserweise. Jeder Wohnungsinhaber wird vom Hausbesitzer oder seinem Bestellten rechtzeitig vom Verzeichnungstermin verständigt und hat diese Verständigung sofort an alle Wohnungsinassen weiterzugeben. Ueberdies ist der Ladungstermin aus der im Hause anzuschlagenden Ladung ersichtlich, die auch genaue Bestimmungen über den Kreis der verzeichnungspflichtigen Personen enthält. Es wird insbesondere darauf aufmerksam gemacht, dass die Verzeichnung die gesamte Bevölkerung, daher auch Personen unter 18 Jahren, umfasst. Die Bevölkerung wird im eigenen Interesse dringend ersucht, den zur Einwohnerverzeichnung ergehenden Ladungen zum angegebenen Termine unbedingt zu entsprechen.

.....



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 344  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 3. Dezember 1935.

## Der Rechnungshof über die Gebarung der Stadt Wien im Jahre 1934.

Am 2. Dezember 1935 wurde von der Stadt Wien der vom Rechnungshof auf Grund seiner Einschau abgefasste Bericht über den Rechnungsabschluss der Stadt Wien für das Jahr 1934 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Der Bericht zeigt gegenüber den Vorjahren dadurch eine Erweiterung, dass nun auch das Brauhaus der Stadt Wien, die städtische Leichenbestattungsunternehmung und die städtische Ankündigungsunternehmung in die Ueberprüfung einbezogen wurden.

Wie die Stadtverwaltung selbst anlässlich der Publizierung ihres Rechnungsabschlusses kundgemacht hat, weist auch der Rechnungshof darauf hin, dass das günstige Ergebnis des Abschlusses dadurch bewirkt wurde, dass ein Ueberbrückungskredit aufgenommen wurde. Hervorgehoben werden muss allerdings in diesem Zusammenhang, dass diese Kreditoperation hauptsächlich deswegen notwendig war, um im Jahre 1934 zu bewältigende einmalige Ausgaben, wie den sogenannten Lastenbeitrag zugunsten des Bundes, eine grosse Nachzahlung von Verpflegskosten usw. und die Aufwendungen für die Fertigstellung bereits begonnener Wohnhausbauten, zu bestreiten.

In der Gruppe "Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform" gibt der Rechnungshof die Anregung, die Vorschriften über die Aufwandgebühren zu überprüfen, eine Anregung, der die Stadtverwaltung entsprechen wird.

Bei der Gebarung des "Finanzamtes" wird in verschiedenen Einzelfällen auf eine milde, mit den gesetzlichen Bestimmungen nicht vollkommen in Einklang stehende Praxis hingewiesen. Soweit es möglich war, wurde durch die in der Sitzung der Wiener Bürgerschaft vom 22. November d. J. eingebrachten Novellen zu verschiedenen Abgabegesetzen der Anregung des Rechnungshofes grösstenteils Rechnung getragen. Einzelne aufgezeigte Fehler, wie sie bei der Fülle der Agenden der Abgabenverwaltung unvermeidbar sind, wurden richtiggestellt.

Auf dem Gebiete der Anlehensverwaltung stellt der Rechnungshof die Erhöhung des Schuldenstandes von rund 305 Millionen S auf rund 323 Millionen S fest, eine Vermehrung, die auf die, wie bereits erwähnt, notwendig gewordene Begebung von Schatzscheinen zurückzuführen ist. Des weiteren vertritt der Rechnungshof die Ansicht, dass im Rechnungsabschluss auch die Konversion der Dollaranleihe ihren Niederschlag hätte finden sollen. Auch vermisst der Rechnungshof eine Bewertung des Wertpapierbesitzes mit Ende 1934. Diese Arbeit hat der Magistrat zur Vermeidung von überflüssigen Verwaltungsausgaben unterlassen, weil infolge des ständigen Wechsels der Kurse schon zur Zeit der Aufstellung des Inventars die per 31. Dezember des Jahres 1934 erhobenen Grössen überholt gewesen wären. Die Stadtverwaltung weist darauf hin, dass ihre Einrichtung bezüglich des Wertpapierbesitzes derart gestaltet ist, dass bei gegebener Notwendigkeit jederzeit für einen beliebigen gewünschten Stichtag ohneweiters der wirkliche Wert festgestellt werden kann.

Auf dem Gebiete des "Wohlfahrtswesens" befasst sich der Rechnungshof mit Personalfragen, insbesondere mit den einzelnen Angestelltenkategorien zugebilligten Naturalwohnungen. Er regt auch eine Ueberprüfung der den Angestellten auferlegten Bauschbeträge für die Beleuchtung und Beheizung ihrer Naturalwohnungen an. Im übrigen beschäftigt sich der Rechnungshof mit Rechnungsfragen kleineren Umfanges. Bei der Friedhofsverwaltung schlägt er eine Ueberprüfung der Frage vor, ob die diesen Betrieb treffende Belastung zugunsten des städtischen Leichenbestattungsunternehmens auf-



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am \_\_\_\_\_

recht zu erhalten sei. Die Stadtverwaltung verweist darauf, dass dafür die Leichenbestattung ihrerseits gewisse Verpflichtungen habe, wie vor allem die bedeutende Ausgabe, die sonst die unentgeltliche Bestattung armer Personen **verursachen würde**.

In der Gruppe "Wohnungswesen" befasst sich der Rechnungshof mit der Höhe der verlangten Siedlerentgelte und mit der rechnermässigen Behandlung des von der Stadt Wien an die Wiener Siedlungsgesellschaft geleisteten Treuhandentgeltes für die Errichtung der Stadtrandsiedlungen sowie der für diesen Zweck geleisteten Zusatzbeiträge.

Im Bereich des Bauamtes empfiehlt der Rechnungshof lediglich, die Frage der rechnermässigen Durchführung von Leistungen des Fuhrwerksbetriebes an andere städtische Stellen zu überprüfen.

Bei den "Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten" betont der Rechnungshof zunächst die zielbewusste und sparsame Gebarung des Betriebes "Märkte und Schlachthöfe," wobei ihm auffällt, dass die Stadt Wien von der im § 35 der Gewerbeordnungsnovelle 1934 vorgesehenen Verrechnung von Zinsen für das Anlagevermögen dieses Betriebes im Jahre 1934 keinen Gebrauch gemacht hat. Die weitere Bemerkung, dass für niedere Leistungen zu hohe Lohnsätze zur Auszahlung gebracht worden seien, wird von der Stadtverwaltung aufgeklärt. Beim Betrieb "Lagerhäuser" stellt der Rechnungshof den erfreulichen Erfolg fest, dass dieser Betrieb zum erstenmal einen bescheidenen Gebarungüberschuss aufzuweisen hatte. Doch wird, falls es zu einer Aenderung der Kollektivverträge kommen sollte, empfohlen, noch weitere Verbesserungen zugunsten der Stadt Wien anzustreben. Auf dem Gebiete der Baustoffbeschaffung und des Wirtschaftsamtes werden lediglich rechnermässige Fragen zur Diskussion gestellt. Bei der Überprüfung der Rubrik Amtserfordernisse hebt der Rechnungshof die Verringerung des Bestandes an Personenkraftwagen hervor, regt aber an, auch die Benützung von Mietautos nach Tunlichkeit einzuschränken, da gegenüber 1933 eine Steigerung von 7.200 S wahrzunehmen war. Die Stadtverwaltung weist auf ihr umfangreiches Arbeitsprogramm hin, dessen Überwachung naturgemäss auch eine erhöhte Inanspruchnahme von privaten Kraftwagen mit sich brachte, da ja die Zahl der Amtsaautos verringert worden war.

Die Verwaltung des städtischen Grundbesitzes sollte nach Meinung des Rechnungshofes eine neuerliche durchgreifende Überprüfung sämtlicher Grundpachtzinse vornehmen, da hieraus nach seiner Ansicht eine nicht unwesentliche Steigerung der Pachtzinseinnahmen erreicht werden könnte.

In der Gruppe "Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten" fielen bei der Überprüfung der Kosten des Sicherheitswesens dem Rechnungshof die hohen Schubkosten auf. Er vermerkt, dass die vom Magistrat bisher bei den verschiedenen Landesregierungen geltend gemachten Beschwerden keine erkennbaren Erfolge zu zeitigen vermochten, und empfiehlt, die Hilfe des Bundeskanzleramtes in Anspruch zu nehmen. Um auch der in den Bundesländern festzustellenden Freigebigkeit gegenüber den Schülern entgegenzuwirken, regt der Rechnungshof an, mit den Landesregierungen in Verbindung zu treten, um zu erreichen, dass in Hinkunft jede Beteiligung auf einem amtlichen Dokument **festgehalten** wird.

Bei dem Kapitel "Feuerwehr" behandelt der Rechnungshof ausschliesslich die Feuerwachgebühren, die für die Wiener Theaterunternehmungen in einer den tatsächlichen Erfordernissen nicht voll entsprechenden Höhe pauschaliert wurden.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am .....

Bezüglich der kontrollierten Unternehmungen der Stadt Wien wurde die volle Uebereinstimmung der bücherlichen Ergebnisse mit den Jahresrechnungen festgestellt. Hinsichtlich der Geldgebarung hat sich keinerlei Anlass zu einer Bemängelung ergeben. In Ansehung der Sachegebarung erbrachte die Einschau gleichfalls den Beweis für Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit in Lagerung und Gebarung. Der Bericht behandelt sodann im einzelnen die Kostengliederung jeder Unternehmung und stellt eingehende Bilanzanalysen auf. Bei den Gaswerken wird eine Verbesserung der Vermögenslage verzeichnet und vor allem festgestellt, dass nach dem Ergebnis der Passivseite das Unternehmen fast nur mit eigenen Mitteln arbeitet. Auch bei den Elektrizitätswerken ist das Sinken der fremden Mittel und das Ansteigen der eigenen Mittel hervorzuheben. Bei den Strassenbahnen stellt der Rechnungshof gleichfalls fest, dass deutlich das Streben der Unternehmung erkennbar ist, in den Anlagen nur das unumgänglich notwendige Kapital festzulegen und nach Tüchtigkeit die Inanspruchnahme fremder Mittel für die Aufrechterhaltung des Betriebes zur Erleichterung der Passivseite zu vermeiden.

Bezüglich der drei mit der Privatwirtschaft im Wettbewerb stehenden Unternehmungen der Stadt Wien erörtert der Rechnungshof ebenso wie bei den drei grossen Unternehmungen die einzelnen Bilanzposten. Beim Brauhaus wird auf einem anderen Wege, als dies die Direktion des Brauhauses getan hat, die Richtigkeit des bilanzmässig ausgewiesenen Uberschusses bestätigt. Bei der Leichenbestattungsunternehmung wird auf die Belastungen hingewiesen, die dieses Unternehmen teils zugunsten der Hoheitsverwaltung, teils aber auch auf Grund der seinerzeit eingegangenen Versicherungsverträge zu leisten hat. Dass trotzdem ein positives Ergebnis erzielt werden konnte, ist vor allem auf die ökonomische Führung des Unternehmens zurückzuführen. Ebenso wird die Situation der Ankündigungsunternehmung als günstig bezeichnet. Der Rechnungshof regt an, den für die Leistungen der städtischen Strassenbahnen gezahlten Betrag zu zergliedern, um die Rentabilität des eigenen Reklamegeschäftes in deutlicherer Form erkennen zu lassen.

- ..... -



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Zweite Ausgabe

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

345

Wien, am 3. Dezember 1935

---

## Ein neuer Pächter des Kahlenbergrestaurants.

Der Neubau des Kahlenbergrestaurants ist schon so weit fortgeschritten, dass der Betrieb im fertiggestellten Teil des neuen Hauses, wenn auch nur provisorisch, bereits in der zweiten Hälfte Dezember aufgenommen werden wird. Infolge des Ablebens seiner Gattin ist der derzeitige Pächter des Kahlenbergrestaurants Karl Stuhl nicht mehr in der Lage, den Betrieb weiter zu führen, da seine in der Stadt gelegenen Unternehmungen seine volle Arbeitskraft in Anspruch nehmen. Die Kahlenberg A.G. hat daher den Pachtvertrag im Einvernehmen mit Herrn Stuhl gelöst und das Kahlenbergrestaurant an eine Gesellschaft neu verpachtet, der die Mitinhaberinnen des Hotels und Restaurants Meissl & Schadn angehören.

.....



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

346

Wien, am 4. Dezember 1935.

## Modernisierung der öffentlichen Uhren an der Stefanskirche.

Die öffentlichen Uhren an der Stefanskirche haben Antriebswerke älterer Konstruktion, die schon seit längerer Zeit schadhaft geworden sind und trotz Instandsetzung nur mehr mangelhaft und unregelmässig arbeiten, so dass sie für eine genaue Zeitangabe ihren Zweck nicht mehr erfüllen. Einem vielgehegten Wunsche der Bevölkerung nachkommend lässt nunmehr die Stadt Wien einen durchgreifenden Umbau der Uhrenanlage vornehmen. In den nächsten Tagen schon wird eine moderne Präzisions-Normaluhr zur Steuerung der Nebenuhwerke aufgestellt. Die Nebenuhwerke zum Antrieb der Springuhr und der Zeiger des transparenten Zifferblattes erhalten gleichzeitig motorischen Antrieb. Die Normaluhr wird mit elektrischem Selbstaufzug und mit automatischer Nachstellung der Nebenuhren ausgerüstet, die bewirkt, dass bei Stromstörungen nach Wiederauftreten der Spannung die Nebenuhren selbsttätig auf richtige Zeit gestellt werden. Durch den Umbau der Uhrenanlage wird eine verlässliche Zeitangabe der Uhren gewährleistet.

## Gemeindevermittlungsamt Favoriten.

Die nächsten Sühneverhandlungen beim Gemeindevermittlungsamt Favoriten finden am 11., 18. und 27. Dezember statt.

## Die ersten Schneesäuberungsarbeiten.

Knapp nach Eintritt des heutigen vorübergehenden Schneefalles in Wien hat der städtischen Strassenpflegebetrieb sofort alle Vorsorge für die Reinigung insbesondere der Hauptverkehrsstrassen getroffen. Bereits um die Mittagstunde wurden 80 pferdebespannte Kehrmaschinen und Schneepflüge sowie 7 automobile Kehrzüge in den Dienst gestellt, ausserdem wurden 2 Autoschneepflugmaschinen zur Freimachung der Höhenstrasse verwendet. Ebenso wurde das gesamte Strassenreinigungspersonal sofort zur Reinigung vor allem der Strassenübergänge aufgeboten und am Abend über den normalen Dienstschluss hinaus für die notwendigen Aufräumungsarbeiten herangezogen. Während der Nacht wird eine entsprechende Anzahl von automobilen Kehrzügen die Reinigungsarbeiten fortsetzen.

## Vergebung von städtischen Arbeiten.

Die Magistratsabteilung 28 vergibt die Baumeisterarbeiten für die Instandsetzung des Ottakringerbach-Kanales in der Lerchenfelderstrasse von der Schottenfeldgasse bis zur Myrthengasse (Kostenerfordernis 18.470 Schilling); Anbotsverhandlung 18. Dezember, 10 Uhr, Hermannsgasse 24-28. Alle Auskünfte in der genannten Magistratsabteilung.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 347  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 5. Dezember 1935.

## Eine neue Grossplastik in Wien.

Dieser Tage sind die Arbeiten für die Aufstellung einer Grossplastik auf dem Stephansplatz beendet worden. Es handelt sich um eine von Bildhauer Oskar Icha modellierte Bronzefigur, einen Ritter mit Wappenschild, die an dem der Städtischen Versicherungsanstalt gehörenden Gebäude Ecke Goldschmiedgasse und Stock-im-Eisen-Platz angebracht worden ist.

Das Standbild, das zum Symbol der genannten Versicherungsanstalt werden soll, muss als die grösste Reinplastik auf österreichischem Boden angesehen werden. Die Figur des Ritters misst vom Kopf bis zum Fuss nicht weniger als 5'20 Meter. Der Schild, der ein weisses Kreuz auf rotem Felde zeigt und nachts durchleuchtet wird, ist 2'2 Meter hoch und 1'80 Meter breit. Diese Dimensionen sind nun so gross, dass nur eine einzige Firma in Wien, die Vereinigte Metallwerke A.G., über eine genügend hohe Werkstatt verfügte, um das Standbild giessen und aufmontieren zu können. Die Giessereiarbeiten nahmen nicht weniger als acht Wochen in Anspruch.

Beim Aufmontieren der Figur am Stephansplatz in einer Höhe von nicht ganz 11 Meter über dem Gehsteig musste mit besonderer Vorsicht vorgegangen werden. Der Bronzeguss des Ritters samt Schild hat nämlich das respektable Gewicht von 1780 Kilogramm, das sich durch die sonstigen Montagelasten sowie durch die unterhalb des Ritters angebrachte Leuchtuhr auf insgesamt 2100 Kilogramm erhöht. Unter der Aufsicht von Ingenieur Dr. Andreas Tröster wurde daher eine besondere Tragkonstruktion geschaffen, die die sonst in solchen Fällen üblichen Pölzungen sowie etwaige Ueberlastungen der Mauerwerkspfeiler entbehrlich machte.

Die Plattform, auf der die Bronzefigur steht, ist von einem eisernen Kreisbogen umspannt, an dem in zirka 40 Zentimeter hohen Buchstaben das Wort: "Städtische Versicherung" in rot leuchtender Neon-Schrift angebracht wurde. Unmittelbar unter der Plattform befindet sich als selbständige Konstruktion ein zirka 1'1 Meter hoher Würfel, der in seinem Innern ein elektrisches Uhrwerk birgt und an drei Seiten Zifferblätter trägt, die nachts von innen heraus beleuchtet werden. Im übrigen hat man auch sonst von den Möglichkeiten, welche die Verwendung des elektrischen Lichtes bietet, einen ausgiebigen Gebrauch gemacht. Im Innern der Ritterfigur wurde eine eigene Transformatorenanlage angebracht, um den für die Neon-Röhren notwendigen Hochspannungsstrom zu liefern. Hinter dem Wappenschild verbergen sich 20 elektrische Lampen, die mit einer Leuchtkraft von insgesamt tausend Kerzen das von einer Lumofor-Röhre eingefasste Wappen weiss und rot durchleuchten. Bei einbrechender Dunkelheit wird überdies das mächtige Standbild in eine wahre Lichtflut getaucht, die von zwei je 1000 Kerzen starken Projektoren ausgeht und die die Konturen der Ritterfigur noch stärker hervortreten lässt.

-----

## Knabenchor-Schule: Musik in die Jugend.

Unter dem Vorsitze des zweiten Präsidenten des Stadtschulrates für Wien, Hofrat Robert Krasser fand kürzlich die gründende Versammlung des vom Wiener Männergesangs-Verein und den Wiener Sängerknaben proponierten Vereines "Knabenchor-Schule: Musik in die Jugend" im Präsidium des Stadtschulrates statt. Der neue Verein, dessen Ehrenschatzherr Bürgermeister Richard Schmitz ist, bezweckt die unentgeltliche Heranbildung musikalisch und stimmlich begabter Knaben im Mindestalter von acht Jahren zu Chorsängern und wird seine Tätigkeit in mehreren, auf das Wiener Stadtgebiet verteilten Schulkursen voraussichtlich im Jänner 1936 aufnehmen.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am .....

Dem derzeitigen Kuratorium des Vereines gehören an als Präsident Hofrat Robert Krasser, als dessen Stellvertreter und Geschäftsführer Bezirkschulinspektor Regierungsrat Michael Klieba, der Präsident der Staatsakademie für Musik und darstellende Kunst Hofrat Prof. Dr. Kobald, der Domkapellmeister von St. Stephan Hofrat Prof. Habel, der Vorstand des "Gau Wien" des Ostmärkischen Sängerbundes Schlossko sowie je ein Vertreter der Hofmusikkapelle, des Wiener -Männergesangsvereines und der Wiener Sängerknaben. Die musikalisch-pädagogische Oberleitung wurde Professor Grossmann vom Wiener-Männergesangsverein und Dr. Gruber von den Wiener Sängerknaben übertragen, die administrative Leitung des neuen Vereines obliegt Mil. Ober-Intendant Adametz vom Wiener-Männergesangsverein.

.....



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

346

II. Ausgabe.

Wien, am 6. Dezember 1935.

## Aufnahme der Budgetberatungen im Wiener Haushaltsausschuss.

Der Haushaltsausschuss der Wiener Bürgerschaft begann heute unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Richard Schmitz und des Vizebürgermeisters Major a. D. Lahr mit der Beratung des Vorschlages der Stadt Wien und der Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1936, des Rechnungsabschlusses und der Bilanzen der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1934 sowie des Berichtes des Rechnungshofes und des Kontrollamtes zum Rechnungsabschluss und zu den Bilanzen der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1934. Der Bürgermeister leitete die Verhandlungen mit einer allgemeinen Darstellung der finanziellen Lage der Stadt Wien und mit Hinweisen auf die unmittelbaren und mittelbaren Wirkungen der Änderungen im Bundesbudget auf den städtischen Haushalt ein. Wenn auch die beiden Haushaltspläne infolge der tiefreichenden Verschiedenheiten in den Aufgaben und im Aufbau der Verwaltung nicht gleichförmig gestellt werden können, empfiehlt der Bürgermeister, soweit als möglich und zweckdienlich auch hier dem Prinzip der Parallelität der Verwaltungsgrundsätze bei Bund und Stadt Wien zu folgen. Er behält sich vor, im Laufe der Verhandlungen in Ausschuss und Haus allfällige Anträge zu stellen. Zur Verhandlung gelangten die Gruppen "Finanzamt" und "Allgemeine Verwaltung". Den Bericht erstatteten für die Gruppe Finanzamt Obersenatsrat Dr. Neumayer und für die Gruppe Allgemeine Verwaltung Obermagistratsrat Dr. Schindler. An der Debatte beteiligten sich die Räte Dr. Foglar, Deinhardstein, Gross, Dr. Hengl, Ing. Hermann, Dr. Alma Motzko, Ing. Petravic, Dr. Schwarz und Waldsam. Die Verhandlungen werden morgen, Freitag, fortgesetzt.

.....



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

349

Wien, am 6. Dezember 1935.

## Besichtigung.

Vizebürgermeister Major a. D. Lahr besuchte kürzlich unter der Führung des Präsidenten Melcher sowie des Rates der Stadt ien Gross die Suppen- und Teeanstalten des "Vereines für Volksernährung" im 1. und 11. Bezirk, wo Sektionschef Gallenstorfer und dessen Gemahlin, die Direktorin der Anstalten, die Erschienenen begrüßten. Vizebürgermeister Lahr äußerte sich sehr anerkennend über die ausgezeichnete Organisation der Betriebe und lobte die ausserordentliche Reinlichkeit der Küchen und Anstalten.

-----

## Neuerlicher Schneefall in Wien.

Der in den ersten Morgenstunden des heutigen Tages eingetretene neuerliche Schneefall veranlasste den städtischen Strassenpflanzbetrieb zur sofortigen Aufnahme der Schneesäuberungsarbeiten. Ausser dem ständigen Personal in der Stärke von rund 1000 Mann wurden zwischen 6 Uhr und 7 Uhr früh 1.600 Schneearbeiter für die Reinigungsarbeiten zugeworben. Zur gleichen Zeit wurde die Ausfahrt von 107 pferdebespannten Kehrmaschinen und Schneepflügen, von 2 Autoschneepflugszügen und von 11 Autokehrmaschinenzüge angeordnet.

-----

## Vergebung von städtischen Arbeiten.

Die Magistratsabteilung 28 vergibt die Baumeisterarbeiten für die Sohleninstandsetzung im Alserbachkanal in der Spitalgasse zwischen Sennengasse und Giessergasse (Kostenerfordernis 5.463 Schilling); Anbotsverhandlung 18. Dezember, 10 Uhr 30, Hermannsgasse 24-28. Nähere Auskünfte in der genannten Abteilung.

-----

## Erwerbung der Brunnseequellen.

Der Haushaltsausschuss der Stadt Wien hat in seiner letzten Sitzung den Ankauf der Brunnseequellen im Wildalpengebiet um den Betrag von 60.000 Schilling beschlossen. Die Brunnseequellen liefern in 24 Stunden mindestens 30.000 Liter ausgezeichnetes Wasser. Ihre Erwerbung war seit längerer Zeit schon in Aussicht genommen, da sie, abgesehen von einer zweiten, ähnlich zu bewertenden Quelle, die volle Leistungsfähigkeit der Zweiten Hochquellenwasserleitung, deren Ergiebigkeit durch längere Fröste und andere nicht vorhersehbare Umstände gefährdet werden kann, für die Zukunft sichern wird.

-----



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

350

Wien, am 6. Dezember 1935.

## Die Budgetberatung im Rathaus.

In der donnerstägigen Sitzung des Haushaltausschusses der Stadt Wien betonte Frau Rat Dr. Motzko im Verlaufe der Generaldebatte, dass es unbillig sei, immer wieder die Stadt Wien zur Hilfe für den Bund heranzuziehen, es wäre gerechter, in solchen Fällen alle Länder gleichmäßig zu belasten. Die Pensionierung der Pensionsreifen sei im Interesse der Jüngeren zu begrüssen. Dort, wo eine stärkere Berührung mit der Bevölkerung stattfinde, sollten nur Beamte verwendet werden, deren Gesinnung gegenüber dem neuen System ausser Zweifel stehe. Die Steuerreformen des Bürgermeisters Schmitz finden volle Zustimmung, ebenso der neue Geist im Wohlfahrtswesen und die reichhaltige Investitionstätigkeit.

Rat Dr. Hengl erörterte verschiedene Fragen im Interessensbereich der Wiener Landwirte.

Rat Ing. Petravic äussert sich zur Feststellung der milden Steuerpraxis im Rechnungshofbericht; es gäbe noch immer Härten, deren Beseitigung die Industrie wünsche, sobald die Finanzlage es gestatte. Die Wiener Exportindustrie begegne noch immer grossen Schwierigkeiten, verursacht durch die Währungspolitik des Auslandes. Umsomehr bitte die Wirtschaft den Bürgermeister, die Investitionstätigkeit im Jahre 1936 ja nicht einzuschränken.

Rat Dr. Foglar-Deinhardstein bekannte sich zu einer strengeren Auffassung in der Frage der Investitionen und ihrer Finanzierung. Keinesfalls dürfe ein nach Ablauf der Beobachtungszeit als dauernd sich erweisender Abgang der laufenden Gebarung im Kreditwesen bedeckt werden. Redner stimmt den bezüglichen Ausführungen des Bürgermeisters gerne zu.

Rat Ing. Hermann tritt für die Fortsetzung der Arbeitsbeschaffung durch Investitionspolitik ein, vermisst die Dotierung des Hausreparaturfonds und wünscht eine höhere Dotierung des Assanierungsfonds.

Rat Gross erklärte, der Hausreparaturfonds habe sich sehr günstig ausgewirkt, die Wirtschaft belebt und sehr viele kleine Gewerbetreibende mit ihren Gesellen beschäftigt.

Rat Dr. Schwarz tritt für Erweiterung des Assanierungsfonds ein und erörtert die finanziellen Möglichkeiten.

In der Debatte über Gruppe "Allgemeine Verwaltung" wünschte Frau Rat Dr. Motzko eine räumliche Zusammenfassung der städtischen Sammlungen.

Rat Dr. Hengl erörterte die Personalkosten des Flurschutzes und trat für eine strengere Handhabung des Buschenschankrechtes ein, das entgegen dem geltenden Rechte da und dort auch von Leuten ausgenützt werde, die nicht Wiener Produzenten seien.

In ausführlicher Rede erörterte Rat Dr. Foglar-Deinhardstein die Bedeutung des Wiener Fremdenverkehrs und trat für eine Steigerung und qualitative Verbesserung der Propaganda ein. Der Mangel an Darbietung guter Musik im Hochsommer werde sehr beklagt. Die Wiener Festwochen sind noch immer nicht, was sie sein sollen und wollen, während im Fasching der Ball der Stadt Wien und der Opernball grosse Anziehungskraft ausüben.

Rat Waldsam besprach den städtischen Zustellungsdienst.







# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

351

Wien, am 7. Dezember 1935.

## Der städtische Voranschlag 1936.

In Fortsetzung der Spezialdebatte über den Voranschlag der Stadt Wien für das Jahr 1936 gelangte in der Freitag-Sitzung des Haushaltsausschusses der Wiener Bürgerschaft zunächst das Hauptstück "Wohlfahrtsamt" zur Verhandlung.

Der Berichterstatter Obersenatsrat Dr. Maly berichtete, dass für das Wohlfahrtswesen mehr als 108 Millionen S veranschlagt sind, 33 Prozent des Etats der laufenden Gebarung. Von den vielfachen Aufgaben des Wohlfahrtsamtes kommt der von Bürgermeister Schmitz neu eingeführten Familienfürsorge besondere Bedeutung zu. In der Zeit vom 1. Februar bis 31. Oktober d. J. wurden rund 1.500 Familien mit 7.394 Kindern befürsorgt. Pflegebeiträge wurden am 1. Oktober an rund 23.700 Familien mit 41.500 Kindern ausbezahlt. Die städtische Berufsvormundschaft betreut gegenwärtig 23.000 Mündel.

Die offene Fürsorge für Erwachsene gewährte Ende Oktober d. J. an 52.111 Personen Erhaltungsbeiträge. Insgesamt stehen 400.000 Menschen in der Fürsorge. Die Anzahl der Fürsorgebücher, in die alle gewährten Unterstützungen, auch die der privaten Fürsorge, eingetragen werden, beträgt derzeit 170.000 mit rund 425.000 Einzelpersonen, von denen 345.000 ein monatliches Einkommen von höchstens 40 Schilling besitzen.

Die Wohlfahrtsanstalten der Stadt Wien werden nach dem Voranschlag 21.060 Betten haben, von denen auf die Versorgungshäuser 8.793 entfallen. Das Obdachlosenheim erfährt durch die Errichtung eines zweiten Heimes einen Ausbau, der den bisher ungünstigen Verhältnissen der Asylabteilung abhelfen, die Trennung nach Geschlechtern und Alter verbessern und in 18 Einzelräumen obdachlosen Müttern mit ihren Kindern Aufenthalt gewähren soll.

In der Wohlfahrtspflege der Stadt Wien sind mehr als 10.000 Personen tätig, darunter 4000 freiwillige Fürsorgeräte.

Frau Rat der Stadt Wien Dr. Motzko sagt, die auf Schutz und Wiederaufbau der Grossstadtfamilien gerichtete Wohlfahrtspolitik verdiene vollste Anerkennung. Frau Dr. Motzko erinnert an den früheren Plan eines städtischen Wohlfahrtsgesetzes, um Ordnung und Kontrolle im gesamten Wohlfahrtswesen Wiens zu sichern.

Rat Dr. Foglar-Deinhardstein verweist darauf, dass noch immer die Bettlerplage beklagt wird, hoffentlich gelirgt es bald, für die Grossstadt geeignete Methoden der Bekämpfung zu finden. Er fragt nach der Ueberprüfung der Fürsorgebücher und bespricht das segensreiche Wirken der Rechts-hilfestelle der Stadt Wien.

Rat Dr. Hengl wünscht unter anderem die Belieferung der Wohlfahrtsanstalten durch die Erwerbsgenossenschaft der Wiener Gärtner.

Rat Gräf bespricht die Idee einer "Vorbildungsschule", um die Schulentwachsenen für die Lehre vorzubereiten. Ferner regt er die Erweiterung des Döblinger Friedhofes an.

Rat Ing. Petravic führt aus, die notgedrungene Steigerung des Wohlfahrtsbudgets der Stadt Wien lasse eine verbesserte Kontrolle auch des privaten Fürsorgewesens dringend geboten erscheinen, um die erforderliche Planmässigkeit zu sichern. Die städtischen Bezirksfürsorgeämter seien in den äusseren Bezirken vielfach überlastet. Die Auswahl dieses Personals bedürfe besonderer Sorgfalt.

Rat Waldsam bittet um Vereinfachung des Arbeitsnachweiswesens der Stadt Wien und bespricht das Arbeitsamt der Stadt Wien und die Frage eines peritätischen Beirates dafür. Am besten wäre es, wenn alle



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am \_\_\_\_\_

Arbeitsnachweise, insbesondere die der Bauarbeiter, in ein direktes Verhältnis zur Stadt Wien kämen, ein Gedanke, der leider bisher auf Widerstand stiess.

Rat Diestler wünscht, dass der Kleinhandel in Kerzen usw. vor den Toren der Friedhöfe ausschliesslich den Handelstreibenden überlassen werde.

Rat Holas und Rat Ing. Petravic wünschen, dass den fürsorgebedürftig gewordenen Gewerbetreibenden besonders wohlwollend entgegengekommen werde.

Bürgermeister Richard Schmitz erklärt, dass auch er die Schaffung einer klaren Rechtsbasis für die öffentliche und private Fürsorge für sehr wünschenswert halte; die Vielgestaltigkeit und Beweglichkeit der Fürsorgebedürftigkeit erschweren freilich die Gesetzgebung und erheischen ein weitgehendes freies Ermessen, ohne das die Fürsorge selbst zu Schaden kommen könnte.

Nach dem Schlusswort des Referenten wird das Hauptstück "Wohlfahrtsamt" angenommen.

Eine besonders lebhafte Debatte galt dem vierten Hauptstück des Voranschlages "Wohnungsamt", dessen Beratung Senatsrat Gschladt einleitete.

Der Berichterstatter führt aus, dass gemäss dem Auftrage des Herrn Bürgermeisters noch heuer das St. Brigitta-Familienasyl in der Adalbert Stiftergasse besiedelt wird. Eine gewisse Wohnungsnot herrscht noch immer an, wenn man Zahl und Art der Wohnungsgesuche betrachtet. Die Vorliebe der Bevölkerung für die städtischen Wohnungen verringert die sonst übliche Häufigkeit der Leerstehungen, so dass gegenwärtig einem Vorrat von kaum 200 freien Wohnungen in städtischen Häusern ein Stand von noch immer rund 40.000 Wohnungsansuchen gegenübersteht, von denen 7000 Fälle als besonders berücksichtigungswürdig, davon 2000 als dringend wegen Wohnungslosigkeit, Unbrauchbarkeit der Wohnung wegen Baufälligkeit, Sanitätswidrigkeit oder wegen übermässigen Ueberbelages vorgemerkt sind. Alle anderen Gesuche kommen überhaupt nicht in Betracht, da es an freien Wohnungen dafür mangelt. Der Wohnhäuserverwaltung unterstehen 571 dem Mieterschutz unterliegende Althäuser, 350 vom Mieterschutz nicht betroffene Neubauten, 21 Siedlungen mit 2270 Häusern sowie 4 Barackenlager mit 74 und 3 Notstandsbauten mit 15 Objekten. Das Wohnungsamt verwaltet derzeit rund 70.000 Wohnungen und 4000 Geschäftslokale.

Rat Rechberger bespricht Einzelfälle der Wohnungszuweisung, die zur Kritik Anlass gaben.

Rat Ing. Hermann wünscht genaue Angaben über die Kosten für den Kubikmeter umbauten Raumes bei den Stadtrand-siedlungen.

Rat Ing. Gross betont die Notwendigkeit, dass neuer Wohnraum geschaffen werde.

Rat Dr. Hengl tritt dem Wunsche des Rechnungshofes nach Ueberprüfung der Pachtzinse entgegen. Der Siedlungsgedanke werde nicht selten durch kleine und grosse Spekulanten missbraucht, denen zumeist kleine Leute mit ihren Spargroschen zum Opfer fallen.

Rat Dr. Foglar-Deinhardstein erinnert daran, dass der Tatsache der 40.000 Wohnungsgesuche, die als Hinweis auf eine noch immer bestehende Wohnungsnot zu deuten, naheliegt, die Ansicht eines hervorragenden Mannes des öffentlichen Lebens entgegenstehe, wonach in Zukunft ein Wohnungsüberfluss in Wien zu erwarten wäre. Doch sei auch die Zahl der 7000 sozial dringendsten Fälle gross genug. Sicherlich bestehe hier eine Aufgabe der Stadtverwaltung. Der Wohnbau wäre an sich gewiss eine echte Investition, freilich stösst diese Auffassung auf die noch nicht überbrückbare Schwierigkeit des verlorenen Bauaufwandes. In diesem Zusammenhang müsse auch zur Frage einer massvollen



# KATHÄUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am \_\_\_\_\_

III. Blatt

Reform des Mietrechtes Stellung genommen werden. Natürlich komme nicht die einfache Aufhebung in Frage.

Rat Hanzal stellt eine Anfrage betreffend das Baumgartner Barackenlager.

Rat Ing. Petravic sagt, einer Mietrechtsreform sei grundsätzlich zuzustimmen, ihr stehe aber die Schwächung der Zahlungskraft der Bevölkerung entgegen. Redner empfiehlt die Adaptierung leerstehender Fabrikgebäude zu Wohnzwecken.

Rat Dr. Schwarz verweist auf den hohen Anteil der Betriebskosten usw. am Ertrag der bisherigen Wohnhausbauten der Stadt Wien, ein Umstand, der vor dem Wohnungsbau im Grossen warne.

Bürgermeister Schmitz führte unter anderem aus: In der Frage des Mietrechtes müsse die Beurteilung der hierfür zuständigen Bundesregierung überlassen bleiben. Der Bürgermeister teilt nicht die kürzlich in der Öffentlichkeit geäusserte optimistische Erwartung, dass in wenigen Jahren ein Wohnungsüberfluss eintreten werde. Trotz der Not der Zeit habe sich in der gesamten Bevölkerung der Drang nach Verbesserung der Wohnweise durchgesetzt. Dies und die nicht erwünschte Wirkung des Mieterschutzes, die Mieter an ihre Wohnungen auch dann zu fesseln, wenn ihr Arbeitsort davon weit entfernt sei, aber auch das Verhalten eines Teiles der Hausbesitzer, die keine Kinder im Hause dulden wollen und gesetzwidrige "Ablösen" fordern, alle diese Umstände verdunkeln das Bild, so dass es sehr schwer ist, einigermaßen genau zu sagen, ob und in welchem Umfange eine Wohnungsnot noch besteht. Das eben erwähnte Verhalten der Hausbesitzer hat schon eine grosse Misstimmung erzeugt, die eine ruhige und sachliche Beurteilung aller mit dem Mietrecht zusammenhängenden Fragen durch die Bevölkerung sehr erschwert. Immerhin zwingt die Unmöglichkeit einer klaren Kenntnis des Wohnungsmarktes zur Vorsicht. Die Stadtverwaltung beschränke sich daher auf den Bau von sozial und fürsorgerisch nötigem Wohnraum, dann des Siedlungswesens im allgemeinen und der Schaffung von Wohnraum im Wege des Assanierungsfonds. Gewiss könne man gegen die Mietaufwandsteuer manche ernste Kritik geltend machen, ihr Ersatz durch eine Hauszinssteuer setze jedoch voraus, dass die Häuser einen entsprechend hohen Ertrag abwerfen, was offenbar nicht so bald der Fall sein wird, da nicht nur der Mieterschutz, sondern auch die in den letzten 20 Jahren eingetretenen grossen Veränderungen in Kaufkraft und Volksvermögen mit in Betracht gezogen werden müssen. Eine richtige Steuerpolitik wird zwar auf die wirtschaftlichen Verhältnisse Rücksicht nehmen, sie kann aber nicht selber für sich grosse Veränderungen der Wirtschaft herbeiführen. Dafür sind ganz andere Faktoren entscheidend.

Vizebürgermeister Lahr führt aus, dass die finanziellen Grenzen leider zur Einschränkung vieler, an sich schöner Wünsche zwingen. Ohne Zweifel treibt viele Wohnungswerber echte Not ins Wohnungsamt der Stadt Wien. Daneben freilich gibt es viele, die obwohl immerhin zahlungsfähig, aus anderen Gründen hinkommen. Nicht selten ist es die Angst vor der Ablösung, die von so manchem privaten Hausbesitzer verlangt wird. Daher empfehle sich eine eindringliche Aufklärung der Bevölkerung durch die Vaterländische Front. Die meisten Beschwerden über angeblich politisch zu kritisierende Wohnungszuweisungen stammen von Wohnungswerbern, die aus sehr ernstesten Gründen nicht die Erfüllung ihrer Wünsche bekommen konnten, weil eben noch dringendere und sozial berücksichtigungswürdigere Fälle da waren. Auch hierüber ist Aufklärung sehr geboten. Da der Vizebürgermeister in der Lage war, das Wohnungsamt in der Nähe zu betrachten, müsse er bestätigen, dass dieses Amt in seiner so schwierigen Lage bemüht sei, in jedem Falle eine möglichst gerechte Lösung zu suchen.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am .....

Nachdem noch Senatsrat Gschladt eine Reihe von Fragen beantwortet hatte, nahm der Hauhaltsausschuss das Hauptstück "Wohnungsamt" einstimmig an.

-----

## Die Ermässigung des Wiener Kraftstrompreises.

Bekanntlich hat im Juni 1934 Bürgermeister Richard Schmitz mit Rücksicht auf die Wirtschaftskrise einen Antrag der Direktion der städt. Elektrizitätswerke mit Wirksamkeit bis 31. Dezember 1935 genehmigt, der eine Verbilligung des Kraftstrompreises für solche Betriebe brachte, die ihre Anlagen nicht genügend ausnützen können. Nunmehr hat Bürgermeister Schmitz angeordnet, dass diese "Sonderbestimmungen für den Kraftstrombezug industrieller und gewerblicher Anlagen" bis auf weiteres in Geltung zu bleiben haben.

-----

## Gottesdienststätten in städtischen Wohlfahrtsanstalten.

Im Waisenhaus Hohe Warte und im Leopoldstädter -Kinderspital bestanden früher Kapellen, die im Jahre 1924 aufgelassen wurden. Nunmehr wurden dort wieder Gottesdienststätten eingerichtet, ebenso in den Versorgungshäusern Baumgarten und Meldemannstrasse und im Brigittenspital. Diese Gottesdienststätten werden in nächster Zeit eingeweiht, so dass zu Weihnachten bereits Gottesdienst gehalten werden wird.

-----

## Ausgabe von Lebensmittelanweisungen der Wiener Winterhilfe.

In der Zeit von Montag, den 9. Dezember, bis einschliesslich Donnerstag, den 19. Dezember, findet in den Fürsorgeämtern die erstmalige Ausgabe von Lebensmittelanweisungen der Wiener Winterhilfe statt. Bewerben können sich die Fürsorgebuchinhaber der Bewerbergruppen A, B und C. Jene Personen, die im Rahmen der Winterhilfe bereits Speiseanweisungen erhalten haben, kommen bei dieser Lebensmittelausgabe nicht in Betracht.

Die Ausgabe der Anweisungen findet nach den Anfangsbuchstaben des Familiennamens an den nachfolgenden Tagen im Fürsorgeamt des Wohnbezirkes während der hierfür vorgesehenen Parteienstunden statt: A, C und D am 9. Dezember, E und F am 10. Dezember, B am 11. Dezember, G und H am 12. Dezember, I, J und K am 13. Dezember, L und M am 14. Dezember, N, O, P, Q und R am 16. Dezember, S und Sch am 17. Dezember, St, T, U und V am 18. Dezember und W, X, Y und Z am 19. Dezember. Mitzubringen sind das Fürsorgebuch, ein Personaldokument und der polizeiliche Meldenachweis.

Die Anweisungen können in den Abgabestellen der Wiener Winterhilfe, die durch Tafeln gekennzeichnet sind, eingelöst werden.

-----

## Fortsetzung der Schneesäuberungsarbeiten.

Der städtische Strassenpflegebetrieb verwendete heute für die Schneesäuberungsarbeiten das gesamte eigene Personal in der Stärke von rund 1000 Mann, rund 100 Pferdeschneepflüge und Kehrmaschinen, 2 Autoschneepflüge sowie 11 Autokehrzüge.

-----



# RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Ausgabe.

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

352

Wien, am 7. Dezember 1935.

## Prämierung der schönsten Kleingärten Wiens.

Bürgermeister Richard Schmitz, bekanntlich ein warmer Förderer des Kleingartenwesens, hat 345 Wiener Kleingärtnern die für die Prämierung der schönsten Kleingärten Wiens gewidmeten Ehrenmedaillen verliehen, und zwar 41 goldene, 77 silberne und 227 bronzene Medaillen, die heute den Ausgezeichneten im Festsaal des Rathauses überreicht wurden. Zur Feier hatten sich unter anderem Vizebürgermeister Lahr, Magistratsdirektor Dr. Hiesmanneder, Präsidiavorstand Senatsrat Jiresch, zahlreiche Bezirksvorsteher und die Familienangehörigen der Ausgezeichneten eingefunden.

Senatsrat Gehledt hob hervor, dass die hohe volkswirtschaftliche, soziale und kulturelle Bedeutung des Kleingartenwesens auch durch eine sichtbare Auszeichnung der Stadtverwaltung gewürdigt werden soll.

Bürgermeister Richard Schmitz richtete an die Ausgezeichneten eine Ansprache, in der er sagte: "Auch persönlich ist es mir eine aufrichtige Freude, heute hier die Prämierung selbst vornehmen zu können. Sie wissen ja, wie sehr mir das Kleingartenwesen Wiens am Herzen liegt, dessen Entwicklung ich mit grösster Aufmerksamkeit verfolge, weil ich so viele Hoffnungen auf diese schöne Einrichtung setze. Für Ihre Prämierung ist der schönste Saal von Wien zur Verfügung gestellt worden, weil wir damit auch äusserlich zum Ausdruck bringen wollen, wie die Wiener Stadtverwaltung zum Kleingartenwesen steht.

Ihnen allen ist Ihr Kleingarten ein Stück Sonne, Farbe und Duft geworden, ein Stück Lebensfreude, die auch dann anhält, wenn zeitweise wirtschaftliche oder andere Schwierigkeiten das Leben in der Familie verdüstern. Von dieser Lebensfreude sollen Sie der ganzen Wienerstadt, dem gesamten Volk mitteilen; an dieser Freude sollen Sie vor allem auch die Armen dadurch teilnehmen lassen, dass Sie denen, die Hilfe brauchen, auch helfen, soweit sie eben können. In diesem Geiste sollen Ihnen nun die Auszeichnungen überreicht werden."

Der Bürgermeister überreichte sodann persönlich die goldenen Auszeichnungen, worauf der Vorsitzende des Oesterreichischen Verbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter Ministerialrat Krammer im Namen der Ausgezeichneten dem Bürgermeister für die hohe Ehrung dankte, dass er selbst die Prämierung vorgenommen habe. "Das schönste Fest, das uns der Herr Bürgermeister bereitet, ist die Liebe, die er der Kleingartenbewegung entgegenbringt. Wir wollen zeigen, dass wir dieser Auszeichnung würdig sind, und wollen dafür sorgen, dass die Stadt Wien durch die Kleingärten nicht nur zu einem Schmuckkästchen werde, sondern dass wir Kleingärtner auch den Gedanken des Herrn Bürgermeisters zur Tat werden lassen, alles daran zu setzen, um unseren bedrängten Mitbrüdern zu helfen."

Die Versammlung schloss mit Hochrufen auf den Bürgermeister.

-.-.-.-.-



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

353

Wien, am 9. Dezember 1935.

## Vergebung von städtischen Arbeiten.

Die Magistratsabteilung 32 vergibt die Bautischlerarbeiten für den Umbau des städtischen Hauses Am Hof 7 für Feuerwehrzwecke; Anbotsverhandlung 18. Dezember, 9 Uhr. Die Anbotsunterlagen können in der genannten Abteilung während der normalen Amtsstunden eingesehen werden.

-----

## Schaffen und Wirken der Mädchen im Arbeitsdienst "Jugend in Arbeit".

Der freiwillige Arbeitsdienst "Jugend in Arbeit" veranstaltet unter dem Protektorat der Gemahlin des Bürgermeisters, Frau Josefine Schmitz, im Amtshause, 12., Schönbrunnerstrasse 259, vom 11. bis 17. Dezember eine Ausstellung "Schaffen und Wirken der Mädchen im Arbeitsdienst" "Jugend in Arbeit" die zeigen soll, was fast tausend Mädchen des Arbeitsdienstes in Näh- und Flickarbeit für Fürsorge und Winterhilfe, in Heim-, Garten- und Feldarbeit leisten. Die Ausstellung, deren Eröffnung übermorgen, Mittwoch, um 16 Uhr stattfindet, ist täglich von 8 Uhr bis 20 Uhr offen. Als Abschluss der Ausstellung veranstaltet die Chorgemeinschaft "Jugend in Arbeit" am 16. Dezember um 19 Uhr 30 ein Weihnachtssingen.

-----

## 7.500 Arbeitslose bei der Schneesäuberung.

Die in den letzten beiden Wintern schon bewährte vom Bürgermeister Richard Schmitz sofort nach seinem Amtsantritt organisierte rasche Schneesäuberung wird auch heuer durchgeführt. So wurden Sonntag und Montag vom städtischen Strassenpflegebetrieb ausser dem ständigen eigenen Personal in der Stärke von rund 1000 Mann insgesamt 5.428 Arbeitslose für die Schneeabräumung herangezogen. Der in den ersten heutigen Morgenstunden neuerlich eingetretene Schneefall machte überdies den Einsatz sämtlicher Schneesäuberungsmaschinen notwendig. Im Ganzen wurden 233 Pferdeschneepflüge und Pferdekehrmaschinen sowie 15 Autoschneepflüge und Autokehrmaschinen zur Strassenreinigung eingesetzt.

Auch die städtischen Strassenbahnen haben heute im eigenen Betrieb die Schneesäuberungsarbeiten aufgenommen. Zur Freimachung des Gleisnetzes wurde heute früh die Ausfahrt von 342 Motorschneepflügen und 5 Autoschneepflügen angeordnet. Zur Unterstützung dieser Arbeiten wurden ausserdem rund 2000 Schneearbeiter in den Dienst gestellt.

Bei der gegenwärtigen Schneeabräumung haben also insgesamt rund 7.500 Arbeitslose Beschäftigung gefunden.

-----

## Urania-Vortrag über Auer-Welsbach.

In dieser Woche hält am Donnerstag um 19 Uhr 30 der Verfasser der Auer-Biographie Ing. Dr. Franz Sedlacek in der Urania einen Lichtbildervortrag über "Auer von Welsbach und das Gasglühlicht". Am Freitag um 15 Uhr findet unter der Führung des Vortragenden für die Hörer des Vortrages eine Besichtigung der Auer-Welsbachgedächtnisausstellung im Technischen Museum, Mariahilferstrasse 212, statt.

-----



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

354

Zweite Ausgabe

Wien, am 9. Dezember 1935

## Sitzungen im Rathaus.

Der Haushaltausschuss der Wiener Bürgerschaft setzt morgen, Dienstag, die Beratung des Voranschlages der Stadt Wien 1936 fort. Zur Verhandlung gelangt zunächst das Hauptstück "Technische Angelegenheiten". Die Wiener Bürgerschaft tritt übermorgen, Mittwoch, um 17 Uhr zu einer nichtöffentlichen Sitzung zusammen. Tagesordnung: Bedeckung des durch Bundesgesetz der Stadt Wien auferlegten jährlichen Beitrages von acht Millionen Schilling zu den Kosten der Bundespolizei. Anschliessend an die Bürgerschaftssitzung setzt der Haushaltausschuss die Budgetverhandlungen fort.

## Bürgermeister Schmitz über die Winterhilfe.

Im Wiener Rundfunk sprach heute abend Bürgermeister Richard Schmitz über die Winterhilfe, wobei er ausführte: Die letzte Aktion der Wiener Winterhilfe (3. Dezember 1934-bis 15. April 1935) hat 3,766.000 S. ausgegeben. Dazu kommen die Mehrleistungen der Josefstisch-Aktion und des Caritasinstitutes, so dass mit diesen beiden Ergänzungsaktionen der Betrag von 4 Millionen S. bedeutend überschritten wurde. Von diesem Betrag hat der Bund 1 Million S., die Stadt Wien unmittelbar ebenfalls 1 Million S. gegeben; aus Spenden und Sammlungen sind rund 2 Millionen S. aufgebracht worden. Mit Lob und Dank muss ich die Opferbereitschaft der städtischen Beamten, Lehrer, Angestellten und Arbeiter hervorheben, die im Wege des Gehaltsabzuges insgesamt 621.694 S. zur Wiener Winterhilfe beigesteuert haben. Denk gebührt auch unseren braven Schulkindern, die 41.621 S. gespendet haben. Bei einer Reihe von privaten Firmen haben Angestellte und Arbeiter im Wege des Gehaltsabzuges 38.446 S. aufgebracht, die Haus- und Strassensammlung ergab 128.298 S., Einzelpersonen und Firmen spendeten 342.071 S., das tschechoslowakische Komitee 30.000 S. und auf das Konto Wien bei der Bundesregierung wurden Spenden in der Höhe von 664.547 S. eingezahlt. Was ist für dieses Geld geleistet worden? Vor allem wurden 521.650 Lebensmittelpakete im Werte von mehr als 2 Millionen S. durch 4.448 Abgabestellen ausgegeben. Diese Lebensmittelpakete enthielten der Menge nach 104 Waggons Mehl, 52 Waggons Zucker, 26 Waggons Fett, 52 Waggons Bohnen, zusammen 234 Waggons Lebensmittel, so dass sich gegenüber dem Vorjahre mit seinen 160 Waggons eine Steigerung um 74 Waggons oder 45 Prozent ergibt. Der Bürgermeister sprach sodann über die Konservenaktion, die Einführung des Frühstücks für Schulkinder, die Holz- und Kohlenaktion und die Bekleidungsaktion. Ausgegeben wurden 127.400 Gulaschkonserven, 13.400 Schulkinder erhielten ein warmes Frühstück, bestehend aus ein Viertel Liter Milchkakao und Brot; verteilt wurden ferner 210.000 Anweisungen auf Kohle und Holz im Gesamtgewicht von 768 Waggons. Die Altkleidersammlung, bei der das Bundesheer mitwirkte, ergab 60.000 verschiedenartige und verschiedenwertige Kleidungsstücke, die durch die Bezirksfürsorgeämter und charitative Organisationen verteilt wurden. Von den charitativen Aktionen, mit denen die Stadtverwaltung nicht nur gelegentlich der Winterhilfe, sondern auch während des Jahres zusammenarbeitet, sind die wichtigsten "Jugend in Not", die vielen Tausenden von arbeitslosen Jugendlichen ein warmes Mittagessen gibt, dann die Josefstische, die sehr wirksam die amtliche Winterhilfe ergänzen, schliesslich das Caritasinstitut. Die letzte Wiener Winterhilfe hat ausser den Lebensmittelpaketen noch 1,654.822 warme Mahlzeiten verabreicht. Dazu kam die Josefstisch-Aktion mit 1,839.640 warmen Mahlzeiten, so dass insgesamt im Durchschnitt 30.660 Portionen warmes Mittagessen täglich verabreicht wurden. Von der letzten Wiener Winterhilfsaktion haben rund 400.000 Personen in irgend einem Umfang eine Unterstützung erhalten. Die Verwaltungskosten waren sehr gering, sie betragen nur 0,6 Prozent, hauptsächlich die Spesen für Plakate und Drucksorten. Die Einrichtungen des letzten Winters haben sich durchaus bewährt, es wurden den Armen tatsächlich geholfen und wir werden die gesammelten Erfahrungen auch heuer verwerten. Der Bürgermeister dankte allen Spendern und Wohltätern, insbesondere den städt. Beamten, Lehrern und Arbeitern, allen freiwilligen Mitarbeitern, insbesondere den Fürsorgeräten, sowie dem Winterhilfskomitee und schloss mit der Bitte, auch heuer den Armen zu helfen, wie das Plakat ruft: "Bitte, gebt!"



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 355  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien am 10. Dezember 1935.

## Entfallender Empfang bei Bürgermeister Schmitz.

Wie das Sekretariat des Bürgermeisters mitteilt, entfällt mit Rücksicht auf die Budgetverhandlungen derzeit der Empfangstag des Bürgermeisters Richard Schmitz.

## Vergebung von städtischen Arbeiten.

Die Magistratsabteilung 28 vergibt die Baumeisterarbeiten für die Schleninstandsetzung des Hauptunratskanales in der Bessemerstrasse von der Donaufelderstrasse bis zur Ostmarkgasse mit einem Kostenerfordernis von 5.580 Schilling (Anbotsverhandlung 18. Dezember, 10 Uhr 15), für die Schleninstandsetzung im Donaufelder-Sammelkanal An der oberen alten Donau von O.Nr. 163 bis zur Josef Richtergasse mit einem Kostenerfordernis von 12.000 Schilling (Anbotsverhandlung 18. Dezember, 10 Uhr 45) und für die Schleninstandsetzung im Donaufelder-Sammelkanal An der oberen alten Donau von der Josef Richtergasse bis zur Wagramerstrasse mit einem Kostenerfordernis von 11.130 Schilling (Anbotsverhandlung 18. Dezember, 11 Uhr). Nähere Auskünfte in der genannten Magistratsabteilung, 7., Hermannsgasse 24-28. Die Magistratsabteilung 32 vergibt die Bau-schlosserarbeiten für den Umbau des städtischen Hauses Am Hof 7 für Feuerwehrrzwecke; Anbotsverhandlung 18. Dezember, 11 Uhr, Neues Rathaus.

## Die Schneeabräumungsarbeiten.

Das in der Nacht von Montag auf Dienstag eingetretene Tauwetter veranlasste den städtischen Strassenpflegebetrieb, zur Reinhaltung der Wiener Verkehrswege den gesamten maschinellen Wagenpark, wie Kehrmaschinen und Schneepflüge, einzusetzen. Das ständige eigene Personal in der Stärke von rund 1000 Mann wurde heute mit 4.204 aufgenommenen Arbeitslosen zur Freimachung der Rinnsale und Wasserlaufgitter und zur Schneeabfuhr herangezogen. Zur Unterstützung dieser Arbeiten wurden für die Schneeabfuhr 122 zweispännige Fuhrwerke und Kabswagen sowie 62 Lastkraftwagen verwendet.

## Uebersiedlung des Büros des Invalideneinstellausschusses.

Das bei der Magistratsabteilung 17 (Invalidenfürsorge) bestehende Büro des Invalideneinstellausschusses für die bundesunmittelbare Stadt Wien und die dazugehörige Arbeitsvermittlungsstelle für Kriegsbeschädigte, die bisher 12., Niederhofstrasse 41, untergebracht waren, übersiedeln in der Zeit vom 16. bis 31. Dezember nach 6., Stumpergasse 10. Der Parteienverkehr in den neuen Amtsräumen wird Donnerstag, den 2. Jänner, wieder aufgenommen.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 356

FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 11. Dezember 1935.

## Die technischen Leistungen des Wiener Stadtbauamtes.

Der Haußhaltausschuss der Wiener Bürgerschaft setzte Dienstag mit der Beratung des Hauptstückes "Technische Angelegenheiten" die Budgetverhandlungen fort. Der Berichterstatter Stadtbaudirektor Dr. Ing. Musil führte aus, dass das Jahr 1935 dem Wiener Stadtbauamte in allen seinen 21 zentralen Abteilungen und den 10 Baudienststellen bei den Bezirkshauptmannschaften einen Hochbetrieb brachte, wie schon lange nicht, da aus dem Investitionsprogramm nicht weniger als 45 Millionen S verarbeitet wurden. Jeder Schilling, der im Wege des Stadtbauamtes durch tausend kleine Kanäle in die Wirtschaft hinausgeleitet wurde, bedeutete Arbeitsbeschaffung. So wurden in den ersten zehn Monaten des heurigen Jahres allein nicht weniger als 2.752 Wiener Gewerbetreibende und zahlreiche Industrielle mit Arbeitsaufträgen bedacht.

Der Redner berichtet dann ausführlich über die einzelnen Artikel des Hauptstückes. Für die Hauskehrabfuhr sind 57 staubfrei arbeitende Coloniazüge sowie 5 Kleinwagen, für die maschinelle Strassenkehrung 8 Kehrzüge, 4 Aufsammelmaschinen und 3 Kleinkehrmaschinen vorhanden. 4 Autozüge dienen der Abfuhr des Strassenkehrschuttes. In der schönen Jahreszeit stehen 21 Autosprengwagen im Dienste der Strassenbesprengung.

Für die Schneeabfuhr stehen 500 Unternehmerfuhrwerke zur Verfügung, für die Bespannung der Schneepflüge 350 Paar Pferde, die von 150 Privatunternehmen gestellt werden. 60 Aufnahmestellen erlauben es im äussersten Falle, bis zu 20.000 Schneeschaufler aufzunehmen.

Bei der Besprechung des Kapitels "Wasserversorgung" hob der Berichterstatter den Bau des grossen Wasserbehälters im Lainzer Tiergarten hervor, der insgesamt 4'2 Millionen S kosten und im Jahre 1937 fertiggestellt werden wird. Heuer wurden rund 75.000 Kubikmeter Boden gelöst und rund 2.000 Kubikmeter Eisenbeton hergestellt. Im Wiener Rohrstrangnetz wurden 3'6 Kilometer Hauptrohrstränge und 4'4 Kilometer kleinere Rohrstränge verlegt. Darüber hinaus wurden im kleinkalibrigen Stadtröhrennetz Neurohrverlegungen in der Länge von 24 Kilometer mit einem Kostenaufwand von fast 2 Millionen S durchgeführt.

Im Kanalisationswesen brachte das Investitionsprogramm dem Kanalbau einen Zuwachs von 12'5 Kilometer an Neu- und Umbauten im Werte von mehr als 2 Millionen S. Die Bauten verteilen sich auf neun Bezirke. Heuer wurde bereits auch das Baulos I des Brünnerstrassen-Entlastungskanales in Angriff genommen. Der Umbau der schadhaften Ziegelkanäle der inneren Bezirke in Betonkanäle wird fortgesetzt.

Die städtischen Bäder wurden im letzten Jahr von 9,416.000 Personen besucht; davon entfallen rund 7'4 Millionen Besucher auf die Warmbäder, 1 Million auf die Sommerbäder und rund 900.000 auf die Kinderfreibäder. Die Leistungen der städtischen Bäder für die Jugend und die arme Bevölkerung sind sehr bedeutend. So wurde nicht weniger als 110.000 Schülern der unentgeltliche Schwimmunterricht gewährt.

Auch im Gartenbetrieb konnten heuer eine Reihe von Neuanlagen bestritten werden, so am Donaukanal, auf dem Kardinal Naglplatz, vor und neben der Karlskirche, auf dem Leitenwaldplatz, vor dem Versorgungsheim Lainz, in der Dänengasse, in der Krim, in der Kaasgrabengasse und am Stephan Estersplatz. Der Floridsdorfer Wasserpark wird erweitert und damit die dortige Uferböschung an der alten Donau ausgestaltet. Begrüssenswert ist auch



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am .....

das Wiederaufleben der Aktion "Wien im Blumenschmuck".

Eine der wichtigsten Aufgaben des Wiener Stadtbauamtes ist der Strassenbau. Seit Mitte des Jahres 1934 wurden für die Instandsetzung von 13 wichtigen innerstädtischen Strassen rund 4 Millionen S aufgewendet. Insgesamt sind 120 Strassenbauten mit einer Kostensumme von fast 11 Millionen S in Angriff genommen worden. Der im regulären Haushaltplan für 1935 vorgesehene Betrag von 450.000 S hat überdies noch den Ausbau von 8 Steinstrassen, 2 Asphaltbetonstrassen und 5 Makadamstrassen ermöglicht. Das Investitionsprogramm bietet dem Strassenbau für die Zwecke der Erneuerung innerstädtischer Strassen noch rund 6'5 Millionen S, so dass damit Bauführungen, die im Zusammenhange mit Assanierungsbauten oder Gleisanlagen der städtischen Strassenbahnen stehen, getätigt werden können. Stadtbaudirektor Dr. Ing. Musil hob das grosse Werk der Wiener Höhenstrasse hervor, dessen Bauteil I bekanntlich bereits dem Verkehr übergeben ist. Die Arbeiten im Bauteil II werden in 4 Losen mit einer Gesamtlänge von 4'5 Kilometer betrieben. Insgesamt sind in diesem Bauteil 7'5 Kilometer Strassen mit mehreren interessanten Brücken und Durchlässen zu erbauen, wofür das Programm für das nächste Jahr noch einen Kreditrest von 6'6 Millionen S bietet.

Im Auftrage des Bürgermeisters wird im Zusammenhang mit der Höhenstrasse die Anlage eines Wiener Höhenweges für die Fussgänger studiert, der ebenso lang wie die Höhenstrasse werden soll.

Die Wiental-(Auto-)Strasse hat eine Gesamtlänge von 10'5 Kilometer; 4 Kilometer sind bereits fertig, 2 Kilometer sind im Bau. Die Reststrecke wird im kommenden Jahr ausgeführt.

Die gleichfalls im Auftrage des Bürgermeisters begonnene Auswechslung von gepflasterten Bürgersteigen durch Asphaltgehwege ist in voller Durchführung.

Die enorme Tätigkeit, die der Strassenbau heuer aufweist, kommt auch in den vergebenen Lieferungen zum Ausdruck. So waren 1'5 Millionen Pflastersteine und 36 Kilometer Randsteine erforderlich. Für die Kleinsteinpflasterungen mussten 1.100 Waggons Kleinstein beschafft werden. An Hart- und Kaltschotter wurden 85.000 Kubikmeter verarbeitet. Der Zementbedarf belief sich auf 2.200 Waggons. An Bausand wurden 70.000 Kubikmeter vergeben. Der bisherige Baustoffbedarf für die Höhenstrasse allein beträgt rund 5.000 Waggons.

Gegenüber 1934 sind die Ausgaben für die laufende Erhaltung der Brücken mit 800.000 S doppelt so hoch angesetzt, so dass einige wichtige grössere Instandsetzungsarbeiten geleistet werden können. So soll insbesondere die im Jahre 1898 erbaute Franzensbrücke erstmalig seit dieser Zeit einer Generalreparatur unterzogen werden. Ferner sind Anstrichergänzungen an der Floridsdorferbrücke und an einer Anzahl der Wienflussbrücken vorgesehen. Die Ermöglichung der zeitgerechten Anstricherneuerung ist umso wertvoller, als bei vernachlässigten Anstrichen dann die Erneuerungskosten unvergleichlich höher werden würden. Ähnliche Generalreparaturen, wie sie für die Franzensbrücke geplant ist, wurden schon heuer aus den Mitteln des a.o. Investitionsprogrammes an der Stubenbrücke und an der Marienbrücke durchgeführt. Die Instandsetzung der Stubenbrücke kostete 205.000 S, die Generalreparatur an der Marienbrücke 390.000 S. Das Jahr 1936 wird das Hauptbaujahr für die Rotundenbrücke und die Schlachthausbrücke sein. Bei der Rotundenbrücke sind die neuen Widerlager bereits fertiggestellt, so dass die Aufstellung der Eisenkonstruktion während der Wintermonate durchgeführt werden kann und die Eröffnung der Brücke noch im Herbst des kommenden



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am.....

Jahres zu gewärtigen ist. Beim Bau der Schlachthausbrücke ist der Hilfssteg bereits fertiggestellt; der Beginn der Gründungsarbeiten für die Widerlager steht unmittelbar bevor. Die Vollendung der Reichsbrücke, zu deren Bau die städtischen Strassenbahnen einen Kostenbeitrag von mehr als 32 Prozent leisten, dürfte im günstigsten Falle Ende 1936 zu gewärtigen sein.

Im Rahmen der Gebäudeerhaltung wurden heuer bauliche Leistungen in der Höhe von 4,2 Millionen S ermöglicht. Es wurden 30 Dachinstandsetzungen durchgeführt, 42 Schulen neu ausgemalt, bei 18 Schulen die Fassaden erneuert, 17 Amtshäuser ausgebessert und das alte Rathaus wurde gründlich instandgesetzt. 28 Schulen erhielten elektrische Beleuchtung, in 15 Schulen wurden Zentralheizungen eingebaut, in 11 Schulen waren die Kessel zu erneuern, in 7 Feuerwachen wurden Luftheizungen eingeführt, das Amtshaus im 3. Bezirk erhielt eine völlig neue Zentralheizung. In einigen Spitälern wurden die Zentralheizungsanlagen verbessert und in vielen Amtshäusern, Schulgebäuden usw. wurden die Telefoneinrichtungen wie auch die übrigen Installationen erneuert und verbessert.

Der Voranschlag 1936 sieht für die Einrichtung von Verkehrslichtsignalen an wichtigen Strassenkreuzungen den Betrag von 50.000 S vor. Der Bürgermeister hat in Würdigung der grossen Wichtigkeit einer guten Verkehrssignalisierung für die Sicherheit und Raschheit der Abwicklung des Verkehrs auch noch für heuer einen gleich hohen Betrag ermöglicht, wodurch an rund 10 grösseren Kreuzungen solche Signale eingerichtet werden können.

Der Berichterstatter hob mit besonderem Nachdruck die Bedeutung des Hausreparaturfonds und des Assanierungsfonds für die Belebung der Wirtschaft hervor. Der Hausreparaturfonds hatte 8.360 Ansuchen zu bearbeiten und hievon 7.153 Genehmigungen zu beantragen. Bis Ende November sind für 6.770 Ansuchen rund 4,2 Millionen S Fondszuschüsse bewilligt worden. Der umgesetzte Betrag kann mit rund 21 Millionen S beziffert werden.

Der Assanierungsfonds hat heuer 22 Ansuchen für Umbauten mit einer Fondshilfe von 9,25 Millionen S bewilligt, ferner den Bau von 50 Eigenheimen mit einer Fondshilfe von 925.000 S. 17 grössere Umbauten sind bereits im Gange. Für das nächste Jahr sind weitere bedeutende Bauvorhaben zu gewärtigen.

In der sehr lebhaften Debatte verlangte zunächst Rat Ing. Gross ein individuelles Vorgehen der Baupolizei. Er äusserte auch einige Wünsche, so die Entfernung der verkehrsbehindernden Hausecke Hernalser Hauptstrasse-Veronikagasse. Er dankte dem Bürgermeister für die Errichtung des Assanierungsfonds und des Hausreparaturfonds und bat, im Interesse des Baugewerbes beide Aktionen fortzusetzen, da deren Einstellung den Ruin des Baugewerbes bedeuten würde.

Rat Dr. Hengl redete einer Novellierung der Bauordnung in dem Sinne das Wort, dass landwirtschaftliche Schutzgebiete, vor allem für den Weinbau, geschaffen werden sollen. Er dankte dem Bürgermeister für die Errichtung der Wiener Höhenstrasse, die ein hervorragendes Denkmal der Wiener Bautätigkeit ist, und regte die Schaffung besserer Verkehrsverhältnisse durch Grinzing an.

Frau Rat Dr. Motzko beschäftigte sich mit dem Problem der Müllablagerung in der Grosstadt und verwies auf die zunehmende Taubenplage in der Inneren Stadt.

Rat Waldsam dankt dem Bürgermeister dafür, dass bei Arbeitsvergebungen jene Unternehmer bevorzugt werden, die im kollektivvertragsmässigen Verhältnis zur Arbeiterschaft stehen.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am \_\_\_\_\_

Rat Ing. Petravic ersucht, im Programm der Strassenregulierung auch die äusseren Wirtschaftswege zu berücksichtigen. Bei den Schätzungsarbeiten, die vom Stadtbauamt vorgenommen werden, sollen nicht nur theoretische, sondern vor allem wirtschaftliche Erwägungen massgebend sein.

Rat Hanzal sprach dem Bürgermeister dafür, dass die umfassende Arbeitsbeschaffung der Stadt Wien zur Neueinstellung von zahlreichen jungen Technikern geführt hat, den Dank der Industrieangestellten aus.

Rat Dr. Foglar-Deinhardstein bemerkt bezüglich der Anregung des Rates Hengl nach Schaffung von geschlossenen landwirtschaftlichen Schutzgebieten, dass diese Frage vom Standpunkte der Interessen der Gesamtheit geprüft werden müsse.

Nach einigen warnenden Bemerkungen des Rates Diestler zum Mieterschutzproblem erwidert Bürgermeister Richard Schmitz auf einige in der Debatte gestellten Anfragen. Er bemerkt, dass für das Wiener Kleingarten- und Siedlungswesen die Schaffung einer klaren Rechtsordnung überaus wünschenswert wäre. Bei der Parzellierung privater Grundstücke in unverbauten Teilen am Rande der Stadt beobachte man, dass spekulative Grundbesitzer die Käufer, meist kleine Leute, hinsichtlich der gesetzlichen Vorschriften, insbesondere des bestehenden Bauverbotes, irreführen. Diesem Treiben müsse Einhalt geboten werden. Die Verbesserung der Zufahrt zur Höhenstrasse wird vorläufig durch Abrunden der Verkehrsecken der Feilergasse in Grinzing angestrebt. Im übrigen sei hier eine abwartende Haltung am Platze, da ja mit dem fortschreitenden Bau der Höhenstrasse zwei neue Zufahrtswege von Neustift und Sievring erschlossen werden. Der Wiener Höhenweg soll in Hütteldorf beginnen, möglichst schöne Ausblicke bieten und auch bisher unbekannt Gebiete des Wienerwaldes dem Fussgeher erschliessen. Von den wichtigsten Endstationen der Strassenbahn sollen Zugangswege zum neuen Höhenweg hergestellt bzw. bezeichnet werden.

In seinem Schlusswort beschäftigt sich Stadtbaudirektor Dr. Ing. Musil ausführlich mit der Bretteldorfer Absiedlungsaktion. Er erklärt, Bretteldorf sei ein Niederungsgebiet mit unregelmäßigem Niveau, Hochwasser- und Versumpungsgefahr. Die Absiedlungsaktion ist bisher ohne Zwang vor sich gegangen, die Stadtverwaltung kommt den Siedlern in einer wahrhaft humanen und wohlwollenden Weise entgegen. Die Behauptung, dass durch die Absiedlungsaktion Existenzen vernichtet werden, ist vollkommen unzutreffend. Er schildert nun die Einzelfälle der Absiedlung in ausführlicher Weise.

Das Hauptstück "Technische Angelegenheiten" wird einstimmig angenommen.

Senatarat Dr. Fenzl referiert sodann über das Hauptstück "Wirtschaftsamt" und berichtet ausführlich über die seit mehr als einem Jahre in mühsamen Vorarbeiten und Verhandlungen vorbereitete Neuregelung des Entgeltes für die Benützung der städtischen Viehmarkt-, Fleischmarkt- und Schlachthofeinrichtungen.

Dazu sprechen die Räte Rechberger, Holas, Dr. Hengl und Ing. Petravic, worauf das Hauptstück "Wirtschaftsamt" und die Anträge des Magistrates angenommen wurden.

.....



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

357

Wien, am 12. Dezember 1935.

## Der städtische Haushalt.

### Fortsetzung der Arbeitsbeschaffung.-Einführung einer neuen Abgabe.

Im Rathaus wird gegenwärtig an der Erledigung des Voranschlags für 1936 gearbeitet. Die Stadtverwaltung legt den grössten Wert darauf, vor allem die Massnahmen, die der Arbeitsbeschaffung dienen und die bisher zahlreichen Gewerbetreibenden einen Verdienst gebracht und einer grossen Zahl von Arbeitslosen wieder eine Beschäftigung geboten haben, auch im Jahre 1936 mit aller Kraft fortzusetzen. Gerade in Krisenzeiten, in denen die Privatinitiative sich zurückhält, in denen die Werkstätten und Betriebsanlagen nicht ausgenützt und viele Tausende arbeitswilliger Menschen nicht beschäftigt werden können, sind öffentliche Aufträge für das Wirtschaftsleben ganz unentbehrlich.

Die Stadtverwaltung war bemüht, den Voranschlag für 1936 ohne eine neue Steuerbelastung für die Bevölkerung zu erstellen. Die städtische Finanzpolitik ist ja in den letzten zwei Jahren dahin gegangen, Milderungen und Erleichterungen auf dem Gebiet des Abgabewesens eintreten zu lassen. Vor allem die Steuerverordnung 1934, in welcher Bürgermeister Schmitz einschneidende Änderungen an den bis dahin bestandenen städtischen Abgaben vornahm, hat ausser der vollständigen Beseitigung dreier Abgaben wesentliche Ermässigungen und Begünstigungen hinsichtlich verschiedener städtischer Steuern und Abgaben gebracht.

Kurz vor der Verabschiedung des Budgets für 1936 sieht sich jetzt die Wiener Stadtverwaltung genötigt, für die Bedeckung einer neuen Ausgabe vorzusorgen. Die Bundesregierung hat das Verlangen gestellt, dass die Stadt Wien einen Beitrag zu den Kosten der Bundespolizei leisten solle. Es ist kein Zweifel, dass die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, die im Interesse der friedliebenden Bevölkerung liegt und zur Entfaltung jeder wirtschaftlichen Tätigkeit notwendig ist, bedeutende Kosten verursacht. Die Verhandlungen, die in dieser Frage geführt wurden, um eine neue Belastung der Stadt Wien abzuwenden, hatten keinen Erfolg. Angesichts seiner eigenen Finanzlage musste der Bund auf seiner Forderung beharren. Durch ein Bundesgesetz wurde der Beitrag, den die Stadt Wien für den Polizeiaufwand zu leisten hat, mit jährlich 8 Millionen S festgesetzt. Die Wiener Stadtverwaltung ist daher gezwungen, für die ihr auferlegte Ausgabe eine Bedeckung zu suchen.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt.

Wien, am .....

Da das Budget der Stadt Wien für das Jahr 1956 bereits mit äusserster Sparsamkeit erstellt wurde, kann ein so grosser Betrag durch Ersparungen im städt. Haushalt nicht mehr aufgebracht werden. Die Hauptausgaben sind der Personalaufwand, das Schulwesen und der Aufwand für das Fürsorgewesen. Die Kosten des Personals belaufen sich auf 144'2 Mill. S, das Schulwesen wird 59 Mill. S beanspruchen, für das Wohlfahrtswesen sind 108'5 Mill. S vorgesehen. Es ist klar, dass es unmöglich war, bei diesen drei grossen Posten Abstriche in einer Gesamthöhe von 8 Mill. S vorzunehmen. Es musste daher ein anderer Weg gesucht werden. Die nächstgrösste Post sind die Ausgaben für Arbeitsbeschaffung. Abgesehen davon, dass auf diesem Wege nur eine einmalige, noch dazu mit den Grundsätzen einer gesunden Finanzpolitik im Widerspruch stehende Abstattung des Beitrages für die Bundespolizei ermöglicht würde, während die Verpflichtung der Stadt Wien zur Leistung dieses Beitrages eine dauernde ist, daher eine dauernde Einnahme dafür gefunden werden muss, lehnt es die Stadtverwaltung ab, die Arbeitsbeschaffung auch für einen so wichtigen Zweck zu kürzen. Gerade auf diesem Gebiete sind die Massnahmen für das Wirtschaftsleben und für die ärmere Bevölkerung von ganz überragender Bedeutung.

Somit kommen wir zu der Feststellung, dass der Betrag von 8 Mill. S durch Abstriche auf der Ausgabenseite nicht hereingebracht werden kann. Da er aber alljährlich bezahlt werden muss, und zwar in Vierteljahresraten, bleibt kein anderer Weg zu seiner Bedeckung als eine neue Einnahme zu erschliessen.

Neue Einnahme heisst neue Abgabe, also eine Belastung für die Bevölkerung. So unerwünscht dies für die Stadtverwaltung auch ist, glaubt sie, dass dieser Weg dennoch besser und volksfreundlicher ist als eine Kürzung von Gehältern und Fürsorgerenten oder eine Einschränkung der Arbeitsbeschaffung. In unserer Zeit, die mit soviel Not und Krise zu kämpfen hat, muss bei einer neuen Abgabe sorgfältig geprüft werden, ob sie wirklich die Gesamtheit heranzieht und ob die wirtschaftlich Schwächsten entsprechend geschont werden. Eine der bisherigen Steuern zu erhöhen, muss abgelehnt werden, weil diese in der Regel <sup>nur</sup> einzelne Wirtschaftszweige heranziehen, von ihrer Erhöhung daher eine ernste Gefährdung nicht nur der betroffenen Betriebsinhaber, sondern auch der dort beschäftigten Angestellten und Arbeiter sowie in weiterer Folge aller jener Erwerbszweige, die damit in Verbindung stehen, befürchtet werden müsste.

Wir befinden uns also in einer Zwangslage: Die sogenannte laufende Gebarung, in der die Einkommen der städt. Angestellten, Lehrer und Arbeiter sowie die Leistungen des städt. Wohlfahrtsamtes, des Schulwesens usw. gesichert sind, muss in Ordnung sein. Die Arbeitsbeschaffung darf im Interesse der Wirtschaft und der Arbeitslosen nicht verkürzt werden. Unter diesen Umständen entschloss sich die berufene Vertretung der Stadt Wien, den Vorschlag anzunehmen, den neuen Beitrag für die Kosten der Bundespolizei in Wien durch eine sehr niedrig gehaltene Abgabe zu bedecken, die bloss ein Fünftel Groschen monatlich für jede Krone der Bemessungsgrundlage der Mietaufwandsteuer beträgt, daher auch die Bezeichnung Fünftelgroschenabgabe erhält.

Die Abgabe hat der Hauseigentümer abzuführen, er hat das Recht, die Mieter zur Leistung der auf sie entfallenden Beträge zu verhalten. Was bedeutet nun in der Praxis die Fünftelgroschenabgabe? Bei einem Friedenszins von 400 K ganze 80 Groschen monatlich, bei 600 K ganze 1'20 S monatlich und bei 1000 K nur 2 Schilling monatlich. Damit ist an Beispielen der in Wien häufigsten Wohnungstypen gezeigt, dass wirklich nicht viel verlangt



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am .....

wird. Leerstellungen und sonstige Aenderungen, die bei der Mietaufwandsteuer berücksichtigt werden, geniessen die gleiche Behandlung auch hier. Unter bestimmten Voraussetzungen ist auch hier eine Pauschalierung vorgesehen. Ebenso gelten jene Befreiungen, die von der Mietaufwandsteuer kraft Gesetzes bestehen oder aus dem Titel der Gemeinnützigkeit zuerkannt wurden. Dort, wo die Befreiung von der Mietaufwandsteuer aus dem Titel der Bauführung bewilligt wurde, wäre, da auch diese Bevölkerungskreise an der Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit ein grosses Interesse haben, eine Befreiung wohl nicht zu vertreten gewesen. Die Abgabe wird in diesen Fällen mit dem festen Betrage von 30 Groschen pro Raum und Monat festgesetzt.

Wie aber sollen die Arbeitslosen oder sonstigen Erwerbslosen, deren Einkommen ohnehin nur aus wenigen Schilling besteht, und wie sollen die Erhalter kinderreicher Familien, die mit jedem Groschen rechnen müssen, die Abgabe entrichten? Für diese Bevölkerungskreise ist besonders vorgesorgt. Ein eigener Paragraph des Gesetzes ordnet an, dass der Bürgermeister aus dem Ertragnis der Abgabe einen Betrag bestimmen kann, der durch die Bezirksfürsorgeämter zur Unterstützung von Erwerbslosen und kinderreichen Familien verwendet wird. Dadurch wird es möglich sein, entsprechende Abhilfe zu schaffen. Die ausdrückliche Hervorhebung kinderreicher Familien neben den Erwerbslosen verdient im Sinne der heutigen sozialen Anschauungen sicherlich Anerkennung.

Auf diesem Wege war es möglich, ohne wirklich fühlbare Mehrbelastung der Bevölkerung den für die Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit zu leistenden Beitrag der Stadt Wien zu bedecken und dabei doch die Arbeitsbeschaffung sowohl wie die wirtschaftsfördernden Reformen im vollen Umfange fortzuführen.

Der Haushaltsausschuss hat einer Reihe von Gesetzentwürfen zugestimmt, welche die im Interesse der Wirtschaft, somit auch der Arbeiter eingeführten Ermässigungen verlängern; das gilt für die Fürsorgeabgabe, die Lustbarkeitsabgabe, die Anzeigen- und die Ankündigungsabgabe, wo diese Ermässigungen sonst mit Ende des Jahres 1935 aufgehört hätten. Bei einigen Abgaben werden im Sinne der gesammelten Erfahrungen auch die Verfahrensbestimmungen in einer für die Abgabepflichtigen günstigen Weise geregelt. Die gesetzlichen Begriffsbestimmungen werden bei einigen Abgaben, so insbesondere bei der Fürsorgeabgabe, bei der die Verhandlungen vom Magistrat im vollen Einvernehmen mit den Vertretern der Berufsstände geführt wurden, neu formuliert, um bestehende Zweifel und Unklarheiten zu beseitigen. Besondere Erwähnung verdient eine neue Bestimmung im Gesetz über die Fürsorgeabgabe, die auf Wunsch der Wirtschaftskreise die Vorschriften über die Pauschalierung dieser Abgabe so ändert, dass das Verbleiben der zusätzlich beschäftigten Arbeiter im Betriebe erleichtert wird. Die Pauschalierung der Fürsorgeabgabe wurde durch die Steuerverordnung 1934 eingeführt. Durch die Festsatzung eines Pauschalbetrages für die Fürsorgeabgabe wird es den Unternehmern ermöglicht, neue Arbeiter einzustellen, ohne dass sie für diese noch im selben Jahre Abgabe entrichten müssen. Die Pauschalierungen gelten jeweils für ein Jahr. Nach Ablauf dieser Zeit kann nach den gegenwärtigen Bestimmungen ein neues Abfindungsübereinkommen nur geschlossen werden, wenn die Berechnungsgrundlage der Fürsorgeabgabe, die nach den Bestimmungen über die Abrechnung dieser Abgabe in den letzten 12 Monaten zu entrichten gewesen wäre, festgestellt ist. Durch eine Aenderung der angeführten Bestimmung wird es in Zukunft möglich sein, die Verlängerung schon dann vorzunehmen, wenn zwischen dem Magistrat und dem Abgabepflichtigen ein Einvernehmen über die Bemessungsgrund-



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am .....

lage erzielt wird.

Die Massnahmen der Stadt Wien auf dem Gebiete des Abgabewesens zeigen daher in ihrer Gesamtheit neben der Hausgroschen- oder Fünftelgroschenabgabe eine ganze Reihe von Milderungen bestehender städtischer Abgaben. Die städt. Finanzpolitik ist, wie aus diesen Tatsachen hervorgeht, von dem Grundsatz geleitet, auf die Tragfähigkeit der Wirtschaft jede Rücksicht zu nehmen, die nicht gegen die Forderung verstösst, dass auch der eigene Haushalt der Stadt in Ordnung gehalten werden muss, damit sie ihre so vielfältigen Aufgaben erfüllen kann, an denen Unternehmer, Arbeiter, Erwerbslose und Hilfsbedürftige so sehr interessiert sind.

Das dringendste Problem der Wiener Stadtverwaltung ist im gegenwärtigen Zeitpunkt die Arbeitsbeschaffung. Die Oeffentlichkeit hat wiederholt anerkannt, dass die in dieser Richtung von der Stadtverwaltung bisher ergriffenen Massregeln entscheidend dazu beigetragen haben, die in Wien leider so grosse Arbeitslosigkeit herabzudrücken, zehntausende Arbeitslose wenigstens während des grösseren Teiles des Jahres 1935 wieder in Arbeit zu bringen und zahlreichen Gewerbetreibenden und deren Arbeitern und Angestellten Beschäftigung und Verdienst zu bieten. Ohne Zweifel ist in der letzten Zeit eine Besserung im Wirtschaftsleben unserer Stadt zu beobachten. Das Hauptverdienst daran kommt gewiss (neben den Bemühungen der Bundesregierung) dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Wiener Stadtverwaltung zu.

Welche Leistungen die Stadtverwaltung bisher auf diesem Gebiete erbracht hat, erhellt aus folgenden Ziffern: Im Jahre 1934 wurden für Investitionen und Arbeitsbeschaffung von der Hoheitsverwaltung allein rund 21 Mill. S., von den Unternehmungen rund 14'5 Mill. S., zusammen also 35'5 Mill. S. verausgabt. Im Jahre 1935 werden aller Voraussicht nach diese Art von Aufwendungen der Hoheitsverwaltung rund 50 Mill. S., die der Unternehmungen rund 19 Mill. S., zusammen also ungefähr 69 Mill. S. betragen. Nicht inbegriffen sind in diesen Ziffern die Aufwendungen für alle sonstigen Aufträge zur Erhaltung und Instandsetzung der Gebäude, Strassen, Kanäle, Mobilien usw., für die Nachschaffung von Einrichtungsgegenständen, Maschinen, Wäsche, Materialien, die in der laufenden Verwaltung vorgenommen werden. Rechnet man die hiefür verausgabten Beträge hinzu, so wurden im Jahre 1934 tatsächlich 95'7 Mill. S. unmittelbar der Wirtschaft zugeführt. Im Jahre 1935 werden es voraussichtlich 131'8 Mill. S. sein. Diese Ziffern beweisen das grosse Interesse, das die Wiener Bevölkerung an der Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit, die allein eine ruhige Entwicklung der Wirtschaft verbürgen, hat.

Auch im Jahre 1936 will die Wiener Stadtverwaltung ihre Aktion zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit fortsetzen und erweitern. Der bedeutende Umfang, den das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Stadt Wien hat, lässt es verständlich erscheinen, dass die hiezu notwendigen Mittel nicht aus den ordentlichen Haushaltseingängen, sondern im Kreditwege beschafft werden. Für das Jahr 1936 stehen aus den bisher aufgenommenen Krediten über 35 Mill. S. noch zur Verfügung. Dieser Betrag kann daher im kommenden Jahre für Zwecke der Arbeitsbeschaffung verwendet werden. Es ist aber gelungen, darüber hinaus einen weiteren Betrag von 19'3 Mill. S. verfügbar zu machen. Eine sparsame Gebarung und die Benützung günstiger Umstände haben dazu geführt, dass Ausgaben, welche aus Hypothekarkrediten hätten Deckung finden müssen, aus dem Ueberbrückungskredit des Jahres 1934 bestritten werden konnten. Ausserdem ist es gelungen, einen Teilbetrag des Schatzscheinkredites, der zu Tilgungszwecken bestimmt war, frei zu bekommen. Durch die so gewonnenen 19'3 Mill. S. ist die Stadt Wien in die Lage versetzt, im kommenden Jahr für ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm über 55 Mill. S. aufzuwenden, ohne die Ver-



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur.  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wied. am .....

schuldung der Stadt zu erhöhen. Dazu kommen noch über  $4 \frac{3}{4}$  Millionen S, die im ordentlichen Haushalt für Investitionen vorgesehen sind, ferner über 25<sup>1</sup>/<sub>5</sub> Mill. S, welche die städt. Unternehmungen für Zwecke der Arbeitsbeschaffung verwenden. Insgesamt stehen also über  $85 \frac{1}{4}$  Millionen S für arbeitsschaffende Ausgaben zur Verfügung. Rechnet man noch die Aufträge der Hoheitsverwaltung sowie die der städt. Unternehmungen an Handel, Industrie und Gewerbe aus den normalen Verwaltung hinzu, so ergibt sich eine Summe von rund 153 Mill S, die unmittelbar der Wirtschaft zugute kommen soll. Die Summe dieser Beträge ist so ansehnlich, dass auch im Jahre 1936 von den Massnahmen der Stadt Wien ein günstiger Einfluss auf die Wirtschaftstätigkeit und den Arbeitsmarkt erwartet werden kann. Bei der Auswahl der Arbeiten, welche die Stadtverwaltung und ihre Unternehmungen durchzuführen planen, war die Rücksichtnahme auf wirtschaftliche Zweckmässigkeit, die Notwendigkeit und Dringlichkeit massgebend. Diese Arbeiten bedeuten daher nicht eine Verdienstmöglichkeit für Unternehmer, Angestellte und Arbeiter, sie sind auch durchwegs werterhaltender oder wertvermehrender Art. Die Vielfältigkeit der städt. Verwaltungstätigkeit und die Mannigfaltigkeit der städt. Betriebe und Unternehmungen bringen es mit sich, dass bei den zu vergebenden Arbeiten nahezu alle Zweige der Privatwirtschaft in irgendeiner Form beteiligt sind. Die Stadtverwaltung folgt im Einzelfalle dem Grundsatz, die Vergebung der Arbeiten so vorzunehmen, dass ein möglichst grosser Kreis von Bewerbern verwendet werden kann und dass grosse, mittlere und kleine<sup>re</sup> Betriebe herangezogen werden.

Neben den eigenen Arbeiten, welche die Stadt Wien durchführen lässt, kommen für die Arbeitsbeschaffung ganz besonders auch der Wiener Assanierungsfonds und der Wiener Hausreparaturfonds in Betracht. Für den Assanierungsfonds, der so grosses Interesse im Inland und Ausland gefunden hat, steht noch aus den früheren Dotationen ein Betrag von rund 5 Mill. S zur Verfügung. Ein gleich hoher Betrag soll im Jahre 1936 zur Neudotierung des Fonds verwendet werden. Da der Hausreparaturfonds von der Stadt Wien und der Bundesregierung gemeinsam dotiert wurde, eine endgültige Aeusserung der Bundesregierung jedoch über die Möglichkeit weiterer Beiträge im Jahr 1936 noch nicht vorliegt, war hier eine Schwierigkeit zu überwinden. Der Bürgermeister führt Verhandlungen mit der Bundesregierung. Er ist eins mit der <sup>Wiener</sup> Bürgerschaft in der Meinung, dass der Hausreparaturfonds, wenn irgend eine Möglichkeit gegeben ist, fortgesetzt werden soll. Um im Sinne der Budgetvorschriften hierfür eine Möglichkeit zu schaffen, werden die für beide Fonds in Betracht kommenden Ausgabenansätze in eine Post zusammengezogen werden. Daraus folgt, dass die Fortsetzung des Hausreparaturfonds im Jahre 1936 endgültig gesichert ist, nur steht noch nicht fest, ob und mit welchem Betrag die Bundesregierung in der Lage sein wird, sich an der Dotierung des Fonds zu beteiligen. Die abschliessenden Ziffern der für den Hausreparaturfonds zur Verfügung stehenden Mittel wird daher in einen späteren Zeitpunkt der Oeffentlichkeit mitgeteilt werden können.

.....



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

358

Wien, am 23. Dezember 1935.

## Eine Woche der Einwohnerverzeichnung in Wien.

Die Einwohnerverzeichnung hat in Wien am 2. Dezember termingemäß eingesetzt. Für die Vorbereitung stand der Zentralstelle (Besonderes Stadtamt I) ein Zeitraum von drei Wochen zur Verfügung, innerhalb dessen der ganze für die Verzeichnung von rund 1,900.000 Personen erforderliche Apparat in Bewegung gesetzt werden musste. In dieser kurzen Zeitspanne mussten die Bezirkssektionen eingerichtet und mit Personal- und Sacherfordernissen ausgestattet werden. Mit rund 500 Arbeitskräften waren eingehende Schulungskurse abzuhalten, um eine sachgemässe und rasche Abfertigung der Partei sicherzustellen. Ferner waren täglich Besprechungen mit anderen Behörden über Einzelheiten der Durchführung unter Berücksichtigung der grosstädtischen Verhältnisse erforderlich, es gelang aber dennoch den gesteckten Termin für den Verzeichnungsbeginn einzuhalten.

Die Einwohnerverzeichnung vollzieht sich in Wien in 32 Bezirkssektionen, die mit Ausnahme der Bezirke Landstrasse und Favoriten durchwegs in den Amtshäusern der städtischen Bezirkshauptmannschaften untergebracht sind. Dank der umfassenden Vorbereitung dieser unerhört schwierigen Organisation durch die Einwohnerzentrale in einem Verwaltungszweig, der in Oesterreich kein Vorbild hat und die Erfassung der Bevölkerung in allen für die Verwaltung wichtigen Belangen betrifft, konnte sich die Verzeichnung schon in der ersten Woche sehr befriedigend gestalten. Es ist ein gutes Zeugnis für das Sachverständnis und die gewissenhafte Pflichterfüllung der Bevölkerung, dass schon am Anfang der Aktion der überwiegende Grossteil der Verzeichnungspflicht entsprochen hat. Im Rückstand sind im Durchschnitt 9 Prozent der Einwohner, in einigen Bezirken, wie Floridsdorf, wurden sogar bis zu 98 Prozent der Geladenen verzeichnet. Aber auch die Rückstände sind sicherlich nicht auf eine Nachlässigkeit oder auf mangelndes Pflichtbewusstsein der Betroffenen zurückzuführen, vielmehr in der Regel auf die Unkenntnis einer für Wien durch die Einwohnerzentrale erwirkten bedeutenden Erleichterung des Verzeichnungsvorganges bei Bundesbürgern. Diese müssen nämlich auf Grund der vom Bundeskanzleramt erteilten Ermächtigung zur Verzeichnung nicht persönlich erscheinen, sondern dürfen sich durch Haushaltsangehörige vertreten lassen, die über die erforderlichen Personaldaten genügend informiert sind und die Personalurkunden des zu Verzeichnenden der Behörde vorweisen können, eine Erleichterung, die insbesondere für die arbeitende Bevölkerung gewiss ein grosses Entgegenkommen bedeutet.

Von den Bezirkssektionen ergehen die Ladungen häuserweise, wobei dank dem gewählten Vorgang bei der Hinausgabe der Ladungen die Abfertigung einer Partei längstens 10 Minuten dauert. Es ist daher für jeden Verzeichnungspflichtigen leicht, den Ladungstermin einzuhalten, was letzten Endes im Interesse der Bevölkerung selbst gelegentlich ist, zumal die Erkennungskarte, mit der die verzeichnete Person beteiligt wird, für diese einen wertvollen Ausweis darstellt.

Die Einwohnerverzeichnung muss termingemäß abgeschlossen werden. Es liegt nämlich im Interesse aller Beteiligten, den Ladungen zeitgerecht zu entsprechen. Wer die Ladung befolgt, erspart sich und der Behörde Zeit und Arbeit.

-.---.---.--.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur.  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am .....

## Verabschiedung des städtischen Voranschlages im Haushaltsausschuss.

Der Haushaltsausschuss der Wiener Bürgerschaft setzte Mittwoch unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Richard Schmitz die Beratung des Voranschlages der Stadt Wien für das Jahr 1936 fort und brachte in fast neunstündiger Sitzung die Beratung zum Abschluss.

Der Haushaltsausschuss beschäftigte sich zunächst mit dem Gesetzentwurf auf Einhebung einer Hausgroschenabgabe (Fünftelgroschenabgabe) zur Bedeckung des Beitrages zu den Kosten der Bundespolizei und zog hierauf eine Reihe anderer Gesetzesvorlagen, die die Abänderung verschiedener städtischer Abgabengesetze zum Gegenstand hatten, in Beratung, worüber wir schon berichtet haben.

An der überaus eingehenden Debatte beteiligten sich die Räte Hermann, Ing. Gross, Dr. Alma Motzko, Dr. Schwarz, Langer, Ing. Petravic, Dr. Hengl, Diestler, Dr. Foglar-Deinhardstein, Holas und Waldsam.

Der Haushaltsausschuss setzte hierauf die Beratung über den Voranschlag für 1936 fort. Er befasste sich zunächst mit dem Hauptstück 7 "Arbeitsbeschaffung". Der Berichterstatter Obersenatsrat Dr. Neumayer teilte mit, dass es möglich sei, für Zwecke der Arbeitsbeschaffung ausser dem Betrage von 35¼ Millionen Schilling, der im Entwurf des Voranschlages enthalten ist, noch einen weiteren Betrag von rund 19¼ Millionen Schilling zur Verfügung zu stellen, ohne dass es notwendig ist, zu diesem Zweck ausser Kreditoperationen, die die Wiener Bürgerschaft bereits genehmigt hat, neue Kredite zu suchen.

Namens der Industrie stellt Rat Ing. Petravic fest, dass die Aufrechterhaltung und der Ausbau der Arbeitsbeschaffung von unbedingter Notwendigkeit sind. Er dankt vor allem dem Bürgermeister, dass er hiefür alles vorgesorgt habe. Eine Arbeitsbeschaffung von volkswirtschaftlicher Rentabilität wird nirgends Widerstand finden. Sie soll sich möglichst befruchtend und vor allem dauernd auswirken, um der Industrie die Möglichkeit zu geben, die jetzt eingestellten Arbeitskräfte dauernd beschäftigen zu können. Der Redner ersucht, im Rahmen der Arbeitsbeschaffung auch die Förderung der Unternehmertätigkeit durch Kredithilfe, Risikoentlastung des Unternehmers und Exportförderung zu ermöglichen. Notwendig wäre es auch, über die Schlüsselindustrie hinaus auch andere Industrien, wie die Metallindustrie und die Aufzugsindustrie, mit Aufträgen zu versehen.

Rat Ing. Gross ersucht, die Aktion des Hausreparaturfonds im Interesse der vielen mittleren und kleinen Gewerbetreibenden fortzusetzen.

Rat Gräf regt an, beim städtischen Lastkraftwagenbetrieb die alten Autos durch neue zu ersetzen, um der Autoindustrie, bei der 27 Industrien und Gewerbebezüge tätig sind, neue Arbeitsmöglichkeiten zu geben.

Bürgermeister Richard Schmitz erwidert, für den Begriff der Investitionen vertrete man eine strenge Auffassung, mit der einzelne Teile der Arbeitsbeschaffung vielleicht nicht ganz im Einklang wären. Für eine Verwaltung, die wie wir plötzlich Tatsachen der Zurückgebliebenheit beheben muss, sind Ausgaben nötig im öffentlichen Interesse, die wohl volkswirtschaftlich rentabel sind und von der Relation zwischen dem Aufwand und dem inneren Gesundheitszustand des Betriebes her gesehen vertreten werden können. Die Aufwendungen, die wir machen, um Arbeit zu schaffen, sind auch deshalb wirtschaftlich vertretbar, weil sie in ihrer Gesamtwirkung eine Vermehrung, zumindest eine Erhaltung des Vermögens der Stadt und ihrer Einnahmen darstellen.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur.  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am .....

Nach dem Schlusswort des Berichterstatters wird das Hauptstück "Arbeitsbeschaffung" angenommen.

Nunmehr gelangen die Wirtschaftspläne 1936 der städtischen Unternehmungen zur Verhandlung. Generaldirektor Ing. Menzel berichtet über die städtischen Gaswerke und Elektrizitätswerke. Bei den Gaswerken ist im Wirtschaftsplan die Gasmenge mit 274 Millionen Kubikmeter gegenüber 288<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Millionen Kubikmeter für 1935 angenommen. Die verkaufte Gasmenge ist mit 250 Millionen Kubikmeter gegenüber den für 1935 veranschlagten 264<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen Kubikmeter angesetzt. Für Investitionen sind rund 5<sup>1</sup>/<sub>5</sub> Millionen Schilling vorgesehen. Der Voranschlag ergibt einen Gebarungüberschuss von rund 10<sup>1</sup>/<sub>5</sub> Millionen Schilling.

Der Strombedarf der städtischen Elektrizitätswerke wird im Wirtschaftsjahre 1936 mit 474 Millionen Kilowattstunden gegenüber 445 Millionen Kilowattstunden im Jahre 1935 veranschlagt. Für Investitionen ist ein Geldbedarf von 8<sup>1</sup>/<sub>68</sub> Millionen Schilling vorgesehen. Der Wirtschaftsplan weist einen Gebarungüberschuss von rund 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen Schilling aus.

Rat Ing. Petravik betont die vorbildlich geführte Betriebsführung der beiden Unternehmungen. Die Aktionen der beiden Unternehmungen wirken sich bei aller Wahrnehmung des kaufmännischen Prinzips auf Industrie und Gewerbe sehr befruchtend aus, doch wäre es sicherlich begrüßenswert, darüber hinaus durch weitere Modernisierungen der Betriebsanlagen neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen.

Direktor Ing. Werner berichtet über den Wirtschaftsplan 1936 der städtischen Strassenbahnen, der einen Gebarungsausgang von 4<sup>1</sup>/<sub>5</sub> Millionen S ausweist. An Investitionen ist ein Betrag von 10<sup>1</sup>/<sub>8</sub> Millionen S vorgesehen. Von diesem Betrag entfallen rund 4<sup>1</sup>/<sub>5</sub> Millionen S auf die Beitragsleistungen zum Umbau der Reichsbrücke, der Rotundenbrücke und der Schlachthausbrücke und rund 1 Million S auf die Herstellung der Gleisanlagen aus Anlass des Umbaus der Reichsbrücke und der Rotundenbrücke. Die Beförderungsleistung der Strassenbahn und Stadtbahn wird für das kommende Jahr mit 483<sup>1</sup>/<sub>7</sub> Millionen Fahrgästen angenommen. Die Fahrleistung der Strassenbahn und Stadtbahn ist mit 125<sup>1</sup>/<sub>6</sub> Millionen Wagenkilometer veranschlagt und hält sich somit auf der gleichen Höhe wie die Annahme für 1935. Im Autobusbetrieb wurde für den Autobus-Tagverkehr eine Fahrleistung von 14<sup>1</sup>/<sub>3</sub> Millionen Fahrgästen präliminiert. Bei Berücksichtigung der Frequenz der Krottenbachlinie mit 770.000 Fahrgästen, der Kahlenberglinie mit 120.000, des Nachtverkehrs mit rund 1<sup>1</sup>/<sub>5</sub> Millionen und des Sonntags-Verkehres mit etwa 100.000 Fahrgästen ergibt sich eine Gesamtfrequenz von 16<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Millionen Fahrgästen, die um 100.000 Fahrgäste grösser ist als im laufenden Jahr. Die Einnahmen aus der Personabeförderung für Strassenbahn, Stadtbahn, Autobus- und Elektrobusbetrieb sind mit rund 103<sup>1</sup>/<sub>1</sub> Millionen S angenommen.

Rat Holas stellt eine Anfrage bezüglich der Dienstkleider, Rat Dr. Hengl ersucht um Einrichtung einer besseren Verkehrsmöglichkeit für die Bewohner der oberen Kobenzlstrasse, Rat Diestler gibt der Meinung Ausdruck, dass durch die Einführung des Kurzstreckentarifes auch an Sonn- und Feiertagen eine stärkere Frequenz zu erwarten sein müsste, Rat Gräf bemerkt, dass an Stelle des nicht sehr wirtschaftlichen Elektrobusbetriebes der Autobusbetrieb treten sollte, Rat Ing. Petravik spricht zur Frage der Tarifpolitik und ersucht um Interesse des fahrenden Publikums um Herabsetzung der Intervalle, Rat Langer macht Bemerkungen über die Beitragsleistungen der Strassenbahnen für Brückenbauten.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am \_\_\_\_\_

Direktor Stanka berichtet über den Wirtschaftsplan des städtischen Brauhauses, der einen Gebarungüberschuss von 200.000 S vorsieht, worauf Rat Dr. Foglar-Deinhardstein zur grundsätzlichen Frage, ob eine Gebietskörperschaft ein Brauhaus führen soll, Stellung nimmt und die ihm zu hoch scheinenden Buchforderungen des Brauhauses bemängelt.

Sodann berichten Direktor Ing. Raschendorfer über die städtische Leichenbestattung und Direktor Kikolon über das städtische An- kündigungsunternehmen, worauf die Wirtschaftspläne der städtischen Unter- nehmungen gemäss den vorliegenden Anträgen angenommen werden.

Obersenatsrat Dr. Neumayer berichtet sodann über "Bilanz und Bedeckung". Durch die im Haushaltsausschuss genehmigten Abänderungs- anträge belaufen sich die Gesamtausgaben auf 392,313.260 Schilling, die Gesamteinnahmen auf 376,607.550 Schilling. Der sich daraus ergebende Abgang im Betrage von 15,705.710 Schilling ist aus den Kassenbeständen zu bedecken, ferner durch eine Kreditoperation im Höchstausmass von 10 Millionen Schil- ling.

-----

## Autobusverkehr am Silbernen und Goldenen Sonntag.

Am Silbernen und Goldenen Sonntag wird von 8 Uhr 30 bis 19 Uhr auf den innerstädtischen Linien Schottentor-Stephansplatz-Woll- zeile und Karlsplatz-Stephansplatz-Schwedenbrücke sowie Belarie-Stephans- pla tz- Börse ein Autobusverkehr eingerichtet. In den Nachmittagsstunden wird die Autobuslinie Karlsplatz-Stephansplatz-Schwedenbrücke durch die Sonntagslinie Hietzing-Stephansplatz-Praterstern ersetzt. Auf den übrigen Autobus-Taglinien ist der Verkehr eingestellt.

-----

## Ausnahmen von der Sonn- und Feiertagsruhe im Gewerbe der Naturblumenbinder und -händler sowie der Handelsgärtner.

Das Gesetzblatt der Stadt Wien vom 13. Dezember d. J. verlautbart eine Verordnung des Bürgermeisters, nach der die Herstellung und der Verschleiss von Blumengewinden und dergleichen im Gewerbe der Na- turblumenbinder und -händler sowie der Handelsgärtner an den nachstehend angeführten Tagen ausnahmsweise im folgenden Ausmasse gestattet ist: Sonn- tag, den 15. Dezember 1935 (Silbernen Sonntag) von 9 Uhr bis 19 Uhr, Sonn- tag, den 22. Dezember 1935 (Goldener Sonntag) von 8 Uhr bis 19 Uhr, Sonntag, den 29. Dezember 1935, von 9 Uhr bis 19 Uhr, Mittwoch, den 1. Jänner 1936 (Neujahrstag), von 8 Uhr bis 15 Uhr. Die Verordnung tritt am Tage der Kund- machung in Wirksamkeit. Uebertretungen dieser Verordnung sind nach den Be- stimmungen des VIII. Hauptstückes der Gewerbeordnung strafbar.

-----



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 359  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 13. Dezember 1935.

An die Kollegen Kommunalredakteure!

Morgen, Samstag, 11 Uhr 45 Zusammenkunft der Kollegen Kommunalredakteure in der "Rathauskorrespondenz". Der Vorstand der Vereinigung ersucht um pünktliches und zuverlässiges Erscheinen. Dunkler Anzug.

Für die Vereinigung

F. X. Friedrich.

## Der fünfzigste Geburtstag des Bürgermeisters.

Bürgermeister Richard Schmitz wird morgen, Samstag, fünfzig Jahre alt. Aus diesem Anlass veranstalteten heute nachmittag die Vizebürgermeister Major a. D. Lahr, Dr. Kresse und Dr. Winter im reichgeschmückten Festsaale des Rathauses eine Feier. Zu dieser hatten sich eingefunden Weihbischof Dr. Kamprath, Polizeipräsident Dr. Skubl mit Polizeivizepräsident Dr. Presser, Magistratsdirektor Dr. Hiessmanseder mit den leitenden Beamten des Magistrates, der Landesleiter der V. F. für Wien Oberstleutnant Seifert mit den leitenden Funktionären der Bezirksleitungen sämtlicher Bezirke, der Landesleiter der V. F. von Niederösterreich Ing. Dworschak, für den Wiener Stadtschulrat dessen zweiter Präsident Professor Hofrat Krasser, die Direktoren der städtischen Unternehmungen, alle Abteilungsvorstände des Magistrates, die Räte der Stadt Wien, die Bezirksvorsteher, die Obmänner der Bezirksfürsorgeämter, Vertreter der Ortschaftsräte und des Fortbildungsschulrates, Abordnungen aller Kategorien der städtischen Bediensteten, Vertreter aller Berufsstände sowie der freiwilligen Wehrformationen und viele ehemalige Gemeindefunktionäre.

Als Bürgermeister Schmitz und Frau, die von den Vizebürgermeistern und dem Präsidialvorstand Senatsrat Jiresch eingeholt wurden, den Festsaal betraten, stimmte der Bläserchor der Feuerwehrkapelle die Bürgermeisterfanfare an. Der Bürgermeister, der mit stürmischem Beifall und Hochrufen begrüßt wurde, nahm mit seiner Frau auf einem mit Fahnen in den Farben der Stadt Wien und der V. F. flankierten Podium in der reich mit Palmen und Blattpflanzen geschmückten Turmnische Platz, vor der Schulkinder als Abordnungen aller Wiener Schulen unter Führung von Lehrkräften Aufstellung genommen hatten.

Nach dem Vortrag des Marsches "O, du mein Oesterreich", der mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde, durch eine gemischte Musikkapelle der Gas- und Elektrizitätswerke und nach einem von der Sievringer Schülerin Anna Graninger vorgetragenen, von Direktor Buchgraber verfassten Prolog hielt Rat der Stadt Wien Direktor Dr. Weiland die Festrede. Der Redner sagte, er glaube, den ehrenvollen Auftrag, dem Bürgermeister die Glückwünsche aller Wiener auszusprechen, nicht besser erfüllen zu können als durch einen Ueberblick über den Werdegang und die Tätigkeit des heutigen Oberhauptes der Stadt Wien. Der Redner schilderte sodann die einzelnen Lebensabschnitte des Bürgermeisters, seine politische Laufbahn und insbesondere seine Tätigkeit als Sozialminister, Unterrichtsminister, Vizekanzler und schliesslich als Bundeskommissär und Bürgermeister von Wien. Der Redner feierte den Bürgermeister als einen Träger von Gottesglauben und Vaterlandsliebe und schloss seine Rede mit folgenden Worten: "Im Namen aller Wiener spreche ich Ihnen, hochverehrter Herr Bürgermeister, unsere herzlichsten Glückwünsche aus (stürmischer Beifall). Möge der Allmächtige, der Sie bisher mit Gnade geführt hat, Sie segnen und Ihnen die Kraft geben, mit der



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am.....

so oft bewunderten Klarheit des Geistes und Festigkeit des Willens Ihr Werk der Befreiung und der Einigung unserer geliebten Vaterstadt Wien und unserer geliebten Heimat Oesterreich fortzusetzen" (Neuerlicher stürmischer Beifall und Hochrufe).

Vizebürgermeister Major a. D. Lahr beglückwünschte nun den Bürgermeister namens der Vizebürgermeister mit folgender Ansprache: "Als Du uns seinerzeit als Deine Mitarbeiter berufen hast, da sagten wir: Geh Du uns voran, wir wollen als Deine treuen Begleiter Dir in steter Pflichterfüllung folgen. Wenn wir drei Dir heute gratulieren, wollen wir sagen: Lieber Vater der Stadt Wien, lieber Freund, wir gehören ja zu Deiner Familie und so wollen wir Dir ein kleines, aber gutgemeintes Andenken überreichen. Möge es Dich immer an diesen Tag erinnern! Ich hoffe, dass wir noch viele, viele Tage erleben, wo wir Dir die Hand schütteln und sagen können: Lieber Vater Schmitz, bleib bei uns, bleib bei Wien, wir folgen Dir nach auf allen Wegen!" Nach diesen Worten überreichte Vizebürgermeister Lahr dem Bürgermeister unter stürmischem Beifall eine anlässlich des Geburtstagsfestes von Bildhauer Tautenhayn geschaffene Bronzeplakette mit dem Porträt des Bürgermeisters.

Mit stürmischem Beifall begrüsst dankte Bürgermeister Schmitz für die Glückwünsche, wobei er darauf verwies, dass ihm der Anlass der heutigen Feier Grund genug zu ernster Stimmung sei. "In dem Jahrzehnt, sagen viele, das auf den fünfzigsten Geburtstag eines Menschen folgt, soll der Mensch die Erfüllung seines Lebens finden oder mit der Enttäuschung ringen, dass sie ihm nicht beschieden war. An einem solchen Tag, wie der heutige für mich ist, werden Erinnerungen an das bisherige Leben mit allen seinen Freuden, Leiden und Kämpfen geweckt. Nach einer solchen Rückschau aber löst sich der Bann des Ernstes und man spürt die Freude und den Frohsinn, die in dem beglückenden Bewusstsein wiederkehren, dass der Mensch, der Gottvertrauen hat, auch in den schwersten Stunden seines Lebens nicht allein ist." Der Bürgermeister schilderte, wie schon in seiner Kindheit das Amt des Bürgermeisters von Wien, das damals das grosse Vorbild Dr. Karl Lueger innehatte, ihm wie allen Wienern in besonderem Glanze erschien. "Bürgermeister sein, heisst der Gemeinschaft dienen. Und wer auf dem Bürgermeisterstuhl sitzt, trägt schwere Last und darf nichts anderes kennen als Oesterreichs Hauptstadt Wien und das Volk von Wien (Stürmischer Beifall). Meine Bitte an den lieben Herrgott ist, dass er, wenn es sein Wille ist, mich auf diesem Platze belässt, solange es für Wien gut ist. Wenn sein Wille aber anders ist, muss auch das gut und recht sein.

Ich schliesse mit einer Bitte und mit einem Dank. Mit der Bitte an Gott, dass er die Stadt Wien und alle, die in dieser Stadt leben und wirken, in besonderer Weise mit seinem Segen beglücken möge, und mit dem herzlichsten Dank an Sie alle dafür, dass Sie so lieb und freundlich an diesen meinen Festtag gedacht haben, dass Sie in so grosser Zahl gekommen sind, mir Ihre guten Wünsche auf den weiteren Lebensweg mitzugeben (Langanhaltender, stürmischer Beifall).

Die Musikkapelle intonierte nun "Aller Ehren ist Oesterreich voll", worauf der Bürgermeister mit seiner Gemahlin und den führenden Persönlichkeiten unter brausenden Ovationen den Saal verliess.

.....



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am .....

## ad Geburtstag des Bürgermeisters.

In der Kurhauskapelle zelebrierte heute vormittag aus Anlass des Geburtstages des Bürgermeisters Weihbischof Dr. Kamprath eine heilige Messe, während der der Sängerbund Dreizehn Linden die Deutsche Messe von Schubert zum Vortrag brachte. Dem Gottesdienst wohnten Bürgermeister Schmitz mit Familie, die Vizebürgermeister Lahr, Dr. Kresse und Dr. Winter, Magistratsdirektor Dr. Hiessmansedor, Präsidialvorstand Senatsrat Jiresch, die leitenden Beamten des Magistrates, die Räte der Stadt Wien und die Bezirksvorsteher bei.

Als erste Gratulanten machten unter Führung des Präsidialvorstandes Senatsrat Jiresch die Beamten des Präsidialbüros dem Bürgermeister ihre Aufwartung. Senatsrat Jiresch brachte die Glückwünsche des Präsidialbüros zum Ausdruck, worauf der Bürgermeister in einer herzlichen Ansprache dankte.

Im Laufe des heutigen Tages statteten Bundespräsident Miklas, Polizeipräsident Dr. Skubl mit Polizeivizepräsident Dr. Frosser und Präsidialvorstand Hofrat Veigl und Staatssekretär Pernter dem Bürgermeister Gratulationsbesuche ab. Ferner überbrachten als Abordnung der Stadtgruppe Wien des österreichischen Gewerbebundes Vizebürgermeister Dr. Kresse und der Vizepräsident Lenhard dem Bürgermeister die Glückwünsche und den Dank des Gewerbebundes, ebenso eine Abordnung des städtischen Wasser- und Forstpersonales aus Wildalpen und Nasswald, die dem Bürgermeister ein Latschengewinde und ein Oelgemälde überreichten, das den malerischen, vom Bürgermeister seit Jahrzehnten so oft aufgesuchten Ort Wildalpen, den Sitz der städtischen Forstverwaltung, darstellt.

-----



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

360

Wien, am 14. Dezember 1935.

## Der Geburtstag des Bürgermeisters.

Auf Veranlassung der Bezirksvertretung und der Bezirksführung der V.F. Landstrasse zelebrierte heute anlässlich des 50. Geburtstages des Bürgermeisters Hochwürden Pfarrer Leibrecht in der St. Othmar-Kirche eine heilige Messe, der Bürgermeister Richard Schmitz und Familie beiwohnten. In der dichtgefüllten Kirche sah man unter anderem Monsignore Prof. Scheiner, Stadthauptmann Hofrat Dr. Peroutka, Bezirksvorsteher Kainzmayer, Bezirkshauptmann Obermagistratsrat Dr. Scherz, den Bezirksführer der V.F. Oberstleutnant Teuber-Weckersdorf, Fürsorgeamtsleiter Direktor Dölzl, die Mitglieder der Bezirksvertretung, die Fürsorgeräte der Landstrasse, Generalmajor Franz, den ehemaligen Stadtkommandanten von Wien General Wiesinger und viele andre. Die Bevölkerung bereitete dem Bürgermeister und seiner Familie beim Verlassen der Kirche stürmische Ovationen.

Vormittags stattete Bundeskanzler Dr. Schuschnigg dem Bürgermeister im Rathaus einen Gratulationsbesuch ab. Oberst Faulhaber und Oberstleutnant Rabl überbrachten die Glückwünsche des Wiener Hausregimentes Nr. 4, "Jugend in Arbeit" überreichte dem Bürgermeister eine schöne Arbeit der Segelflugwerkstätte, für den "Alt-Wiener Bund" gratulierten Direktor Putschin und Frau Oberst Sitney sowie eine Kindergruppe. Im Rathaus sind heute viele Hunderte von Glückwunschscheiben und Glückwunschtelegramme eingelangt.

Mittag fand sich die Vereinigung der Wiener Kommunalredakteure korporativ zur Gratulation beim Bürgermeister ein. Auf die Glückwunschsprache des Obmannes, Regierungsrat Dr. Rollett, erwiderte Bürgermeister Schmitz mit herzlichen Worten, in denen er seine Verbundenheit mit dem Journalistenberuf hervorhob, aus dessen Universalität er auch die Einstellung für seine politische Tätigkeit gewonnen habe. Diese Tatsache bedinge auch fürderhin seinen Wunsch nach engster harmonischer Zusammenarbeit mit den Vertretern der öffentlichen Meinung im Dienste der Stadt Wien.

\*

In unserem gestrigen Bericht über den Festakt im Rathaus wurde als Vortragende des Prologs die Schülerin Anna Graninger genannt. Wir machen nun darauf aufmerksam, dass die Sprecherin die Schülerin Anna Kupfner war.

## Einweihung einer Gottesdienststätte im Versorgungshaus Baumgarten.

Weihbischof Dr. Kamprath nahm heute früh die Weihe einer neuen Gottesdienststätte im Versorgungshaus der Stadt Wien Baumgarten vor, wozu sich auch Bürgermeister Richard Schmitz, Präsidialvorstand Senatsrat Jiresch, Bezirksvorsteher Cudlin, Stadthauptmann Dr. Hanusch und viele Funktionäre des Wohlfahrtsamtes eingefunden hatten. Nach dem Gottesdienst besichtigte der Weihbischof unter Führung des Bürgermeisters die Anstalt und hielt in den verschiedenen Tagräumen an die Pflinglinge herzliche Ansprachen.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

361

Wien, am 16. Dezember 1935.

## Entfallende Sprechstunde.

Übermorgen, Mittwoch, entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde bei Vizebürgermeister Dr. Winter.

## Verlängerung des Strassenbahnbetriebes in der Triesterstrasse.

Einem langgehegten Wunsch der Bevölkerung entsprechend wird von übermorgen, Mittwoch, an auf der Linie 65 in der Triesterstrasse zwischen Gudrunstrasse und Raxstrasse durch Einrichtung eines Pendelverkehrs eine Betriebsverlängerung dieser Linie eingeführt. Der erste Zug dieses Pendelverkehrs fährt von der Gudrunstrasse um 23 Uhr 28 weg, der letzte um 0 Uhr 24.

## Vergebung von städtischen Arbeiten.

Die Magistratsabteilung 28 vergibt die Lieferung von Wasserlaufgittern, Kanalschachtgittern, Kanalschachtdeckeln und Vorlegeisen im voraus-sichtlichen Ausmasse von 1.737 Zentnern an Grauguss und 303<sup>1</sup>/<sub>5</sub> Zentnern an Stahlguss, ferner von Sandtassen aus stark verzinktem Eisenblech im voraus-sichtlichen Ausmasse von zwanzig Garnituren für sämtliche Bezirke Wiens und für das Jahr 1936; Anbotsverhandlung 21. Dezember. Die gleiche Abteilung vergibt weiter die Baumeisterarbeiten für die Instandsetzung des Ottakringerbachkanales am Getreidemarkt von der Friedrichstrasse bis zur Gumpendorferstrasse mit einem Kostenerfordernis von 13.400 Schilling; Anbotsverhandlung 23. Dezember, 10 Uhr. Anbotsunterlagen und alle Auskünfte in der genannten Abteilung, Hermannsgasse 24-28.

## Private Wohltätigkeit und Fürsorgebuch.

Die Zahl der Personen, die sich an alle ihnen erreichbaren amtlichen oder privaten Fürsorgeeinrichtungen um Unterstützung wenden, ist erfahrungsgemäss eine sehr bedeutende. Um daher eine zweckmässige und gerechte Verwendung aller Fürsorgemittel zu erreichen und ungerechtfertigte Doppelbeteiligungen zu vermeiden, hat der Wiener Magistrat im Oktober vorigen Jahres das Fürsorgebuch geschaffen.

Dieses Ausweisdokument muss von jeder Person, die eine Unterstützung der amtlichen oder privaten Fürsorge in Anspruch nehmen will, vorgewiesen werden und alle gewährten Unterstützungen sind von den beteiligten Stellen darin einzutragen.

Die charitativen Organisationen und Wohltätigkeitsvereine in Wien, die besonders in der Zeit vor dem Weihnachtsfest ihre Beteiligungen vornehmen, werden im Interesse einer möglichst richtigen und wirtschaftlichen Verwendung der Fürsorgemittel dringendst eingeladen, ohne vorherige Einsicht in das Fürsorgebuch keine Unterstützung zu gewähren und alle gewährten Fürsorgehilfen in den Beteiligungsnachweis des Fürsorgebuches einzutragen. Nur so kann dem Uebel der Unterstützungsjägerei wirksam begegnet werden.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am .....

## Empfang im Rathaus.

Sonntag empfing in Vertretung des Bürgermeisters Vizebürgermeister Major a.D. Lahr die in Wien weilenden Mitglieder der Ungarisch-Oesterreichischen Gesellschaft. In seiner Begrüßungsansprache verwies der Vizebürgermeister auf die traditionellen herzlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten, die erfreulicherweise eine immer grössere Vertiefung erfahren. Für die Gäste dankte der Budapester Stadtrat Dr. Rüttl für die herzliche Aufnahme in Wien und überbrachte auch die Grüsse der Stadt Budapest. Vor dem Empfang besichtigten die Reisetilnehmer die Sitzungs- und Festsäle des Rathauses.

-----  
Geehrte Redaktion!

Infolge eines technischen Versehens sind in unserem Bericht über die Spezialdebatte bei der Beratung des Hauptstückes "Technische Angelegenheiten" im Haushaltsausschuss der Wiener Bürgerschaft die Ausführungen des Rates Ing. Hermann weggeblieben. Wir tragen diese nun nach und bitten um deren Veröffentlichung:

## Die Beratung des städtischen Voranschlages.

In der Spezialdebatte über das Hauptstück "Technische Angelegenheiten" ergriff auch Rat Ing. Hermann das Wort. Er besprach die Vorteile der Betonstrassen, die seiner Meinung nach nicht nur Billigkeit, sondern auch Dauerhaftigkeit und unbeschränkte Eignung für jede Verkehrsart seien. Die weiteren Bemerkungen des Redners beschäftigten sich mit dem Bau von Bitumenstrassen, Strassenölung, Schaffung der Rettungsinselfn, Hausreparaturfonds, Assanierungsfonds und mit der Anwendung von Beton für die Donaukanalbrücken.

## Mietzinszuschüsse der Stadt Wien.

Der Wiener Magistrat hat im vergangenen November an 440 Parteien in 65 Häusern 4.538 Schilling an Beiträgen zu den Kosten von Instandhaltungsarbeiten an Wohngebäuden bewilligt. In den ersten elf Monaten des heurigen Jahres hat der Magistrat an 2.993 Parteien in 494 Häusern Monatsbeiträge in der Gesamthöhe von 34.983 Schilling gewährt.

## Freie Arztstelle.

Im Versorgungsheim der Stadt Wien in Lainz ist die Stelle eines Vorstandes der neurologischen Abteilung mit den systemisierten Bezügen der 4. Bezugsklasse des Gehaltsschemas für die Angestellten der Stadt Wien zu besetzen. Die Voraussetzungen der Anstellung sind die österreichische Bundesbürgerschaft, das Doktorat der gesamten Heilkunde, eine mindestens zweijährige Spitalspraxis und mehrjährige fachärztliche Ausbildung in der Nervenheilkunde. Die Dienstverpflichtung beträgt 40 Stunden in der Woche; die Ausübung der ärztlichen Privatpraxis ist gestattet. Nach dreijähriger zufriedenstellender Dienstleistung wird die Anstellung definitiv. Gesuche um diese Stelle sind mit der Geschäftszahl M.D.P. 5508/35 zu versehen, mit den Personaldokumenten und Verwendungszeugnissen zu belegen und bis 31. Dezember bei der Personalgruppe der Magistratsdirektion im Neuen Rathaus einzubringen.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

362  
Wien, am 17. Dezember 1935.

Sehr geehrter Herr Kollege:

In der Anlage überreiche ich Ihnen eine Zusammenstellung der Veranstaltungen im kommenden Fasching und bitte Sie, dieser Aussendung des Vereines "Wiener Festausschuss" in Ihrem geschätzten Blatte einen entsprechenden Raum gewähren zu wollen.

Mit kollegialem Gruss

F.X. Friedrich.

.....

## Freie Arztstelle.

Im Leopoldstädter Kinderspital ist die Stelle eines leitenden Primararztes mit den Anfangsbezügen der 1. Stufe der 4. Bezugsklasse des Gehaltsschemas für die Angestellten der Stadt Wien zu besetzen. Die Voraussetzungen der Anstellung sind die österreichische Bundesbürgerschaft, das Doktorat der gesamten Heilkunde, eine mindestens zweijährige Spitalspraxis und eine mehrjährige fachärztliche Ausbildung in der Kinderheilkunde. Die Dienstverpflichtung beträgt 40 Stunden in der Woche; die Ausübung der ärztlichen Privatpraxis ist gestattet. Nach dreijähriger zufriedenstellender Dienstleistung wird die Anstellung definitiv. Gesuche um diese Stelle sind mit der Geschäftszahl M.D.P. 5622/35 zu versehen, mit den Personaldokumenten und Verwendungszeugnissen zu belegen und bis 31. Dezember bei der Personalgruppe der Magistratsdirektion im Neuen Rathaus einzubringen.

.....

## Hebammenehrung.

Montag, den 23. Dezember, 10 Uhr findet im Sitzungssaal der Wiener Bürgerschaft die Ehrung der Hebammen mit 40jähriger Berufstätigkeit statt.

.....



Wiener Bürgerschaft

36. (nichtöffentliche) Sitzung am 17. Dezember 1935.

Heute um 17 Uhr trat die Wiener Bürgerschaft unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Richard Schmitz zunächst zu einer nichtöffentlichen Sitzung zusammen.

Nach Eingehen in die Tagesordnung referiert Obersenatsrat Dr. Neumayer über eine Reihe von Gesetzentwürfen. Zunächst über den Entwurf des Stadtgesetzes betreffend die Einhebung einer Hausgroschenabgabe (Fünftelgroschenabgabe), worüber wir schon eingehend berichtet haben. Der Leiter des städtischen Finanzamtes referiert hierauf über <sup>weitere</sup> zeh~~n~~ Gesetzentwürfe.

Das Gesetz betreffend die Bestimmungen über die Kanalräumungsgebühren wird in dem Sinne geändert, dass Klarheit geschaffen wird, dass die Kanalräumungsgebühren nicht bloss für die Räumung der Unratsanlagen, sondern auch für die Instandhaltung der Kanäle eingehoben werden. Ein Gesetz regelt die Befreiung der Stadtrandsiedlungen von der Mietaufwandsteuer, Spezialbestimmungen, die sich deshalb als notwendig erweisen, weil das sonst geltende Gesetz über die Steuerbefreiung von Neubauten sich nur auf solche Neubauten bezieht, die nach dem 1. Jänner 1935 begonnen wurden, und daher für die Stadtrandsiedlungen, deren Baubeginn zum Teil schon in eine frühere Zeit fällt, nicht ausreicht. Dazu kommt, dass auch die älteren gesetzlichen Vorschriften nicht anwendbar sind, weil nach diesen der Neubau ausschliesslich aus privaten Mitteln hergestellt werden musste, was bei den Stadtrandsiedlungen nicht der Fall ist. Die Dauer der Steuerbefreiung soll bei den Stadtrandsiedlungen, ebenso wie bei den anderen Neubauten zwanzig Jahre betragen. Das Gesetz gilt auch für jene Stadtrandsiedlungen, die bereits errichtet sind.

Die Wirksamkeit des Gesetzes über die Bodenwertabgabe von verbauten Liegenschaften wird bis 31. Dezember 1936 verlängert.

In einer Novelle zum Fürsorgeabgabengesetz wird unter anderem der Begriff der fremden Arbeitskraft in möglichst bestimmter Form umschrieben, um bestehende Zweifel und Unklarheiten zu beseitigen. Von besonderer Bedeutung ist eine Bestimmung, die es ermöglicht, bei Verlängerung der ablaufenden Abfindungsübereinkommen Erleichterungen zu schaffen.

Durch einen Gesetzentwurf betreffend die Verlängerung von Ermässigungen der Lustbarkeitsabgabe werden bereits bisher bestehende Abgabeermässigungen auf weitere zwei Jahre verlängert.

Eine Novelle zum Gesetz über die Fremdenzimmerabgabe sieht Änderungen zwecks Vereinfachung des Verfahrens vor.

Das Gesetz über die Ankündigungsabgabe erfährt eine Klarstellung des Begriffes der Herstellungskosten, die vom abgabepflichtigen Entgelt in Abzug gebracht werden können. Ferner wird für die Ankündigungen in Verbindung mit der Schaustellung von Waren im Schaukasten oder Vitrinen bestimmt, dass jeder Teil des Gesamtentgeltes, der nach dem Verhältnis der beanspruchten Schaufläche auf die Ankündigung entfällt, mindestens aber ein Drittel des Gesamtentgeltes als Bemessungsgrundlage dient. Ausserdem werden einige Verfahrenserleichterungen eingeführt. Schliesslich wird die mit Ende 1935 ablaufende Ermässigung der Abgabe um ein Drittel bis Ende 1937 verlängert.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am .....

Eine Novelle zum Gesetz über die Anzeigenabgabe sieht die Verlängerung der geltenden Ermässigung der Abgabe um ein Drittel bis Ende 1937 vor. Zugleich wird der Begriff des Erscheinungsortes umschrieben. Weitere Bestimmungen schaffen die gesetzliche Grundlage für eine vom Magistrat in bestimmten Fällen schon geübte entgegenkommende Praxis, so z. B. bezüglich der Druckwerke, die in grösseren als monatlichen Zeitabschnitten erscheinen. Ein anderes Stadtgesetz betrifft die Verlängerung der Wirksamkeit des Gesetzes über die Wasserkraftabgabe. Die Wirksamkeit des Gesetzes, die mit 31. Dezember 1935 abgelaufen wäre, wird bis auf weiteres verlängert, sowie schliesslich durch ein Stadtgesetz die Befreiung von Anliegerbeiträgen auch für die Neubauten im kommenden Jahre im Interesse der Herstellung von Klein- und Mittelwohnungen vorgesehen wird.

In der Debatte erklärte Rat Ing. Petravic, dass die Industrie in Erkenntnis der dringenden Notwendigkeit der Bedeckung der Kosten der Bundespolizei in Wien dem Gesetzentwurf über die Fünftelgroschenabgabe zustimme, und stellt an das Plenum das Ersuchen, dem Gesetzentwurf einstimmig anzunehmen und damit zu dokumentieren, dass alle Berufsstände die Notwendigkeit der Vorlage anerkennen. Der Redner ersucht, notleidende Betriebe, die weit unterbeschäftigt sind, zu pauschalieren. Rat Preyer hätte die neue Abgabe lieber vermieden gesehen, anerkennt jedoch die Unvermeidlichkeit. Rat Hess spricht gegen die Bodenwertabgabe von verbauten Liegenschaften. Rat Ing. Gross wünscht die Heranziehung der neuen Abgabe für die Arbeitsbeschaffung. Rat Wetjen erörtert die Wirkungen der Abgabe. Rat Franz Bauer erklärt, dass die Arbeiter die Notwendigkeit einsehen und für die Abgabe stimmen werden.

Die Bürgerschaft stimmte den Gesetzentwürfen einstimmig oder fast einstimmig zu.

Sodann referiert Senatsrat Dr. Fenzl über den Gesetzentwurf betreffend die Körnung von Hengsten, Stieren und Ebern; in der Begründung des Gesetzentwurfes führt der Referent aus, dass die Wiener Stadtverwaltung nunmehr wieder auch der Tierzucht ein Augenmerk zuwendet. Im Interesse einer geordneten Tierzucht ist es notwendig, auf diesem Gebiete wieder entsprechenden Einfluss zu nehmen.

Die Bürgerschaft stimmt dem Gesetzentwurf zu.

Senatsrat Dr. Fenzl referiert über die Neuregelung des Entgeltes für die Benützung der städtischen Viehmarkt-, Fleischmarkt- und Schlachthofeinrichtungen. Die bisher von den Vieheinsendern und von den fleischverarbeitenden Gewerben für die Benützung der städtischen Viehmarkt-, Fleischmarkt- und Schlachthofeinrichtungen sowie für den tierärztlichen Dienst zu entrichtenden Abgaben waren auf dem Stück aufgebaut, ohne die grossen Unterschiede im Wert zu berücksichtigen. Sie beruhten seit 1922 auf einer Grundgebühr, von der dann die sogenannten veränderlichen Gebühren ausgingen. Das bisherige Gebührensystem war vollkommen unübersichtlich. Das neue Gebührensystem für den Vieh- und Fleischverkehr beruht auf dem Kilogrammgewicht und enthält vor allem die Vereinfachung, dass bei Rindern und Schweinen die bisherigen Gebühren in eine einzige zusammengezogen worden sind, das sogenannte Einheits<sup>entgelt</sup>. Gleichzeitig wurden Härten ausgeglichen und verschiedene Wünsche der fleischverarbeitenden Gewerbe erfüllt. Eine Belastung



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am .....

des Konsumenten infolge der neuen Regelung kommt überhaupt nicht in Frage.

Dazu sprechen die Räte Ing. Petravic und Dr. Hengl, worauf die Anträge zum Beschluss erhoben wurden.

Ein Gesetzentwurf über die Regelung der Kinderarbeit in der Land- und Forstwirtschaft wird der Kommission zur Vorberatung der Gutachten der Wiener Bürgerschaft zugewiesen. Schliesslich wurde der Endgültigen Fassung des Stadtgesetzes über die Errichtung des Berufsstandes Land- und Forstwirtschaft in der bundesunmittelbaren Stadt Wien die Zustimmung erteilt.

Damit war die Tagesordnung der nichtöffentlichen Sitzung erledigt.

-----



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

364

Wien, am 17. Dezember 1935.

## Erster Budgetbericht.

Sitzung vom 17. Dezember 1935.

An die nichtöffentliche Sitzung der Wiener Bürgerschaft schloss sich eine öffentliche an, in der die in der nichtöffentlichen Sitzung vorberatenden Gesetzesvorlagen zum Beschluss erhoben wurden.

Hierauf trat die Wiener Bürgerschaft in die Beratung des Rechnungsabschlusses 1934 und des Voranschlags 1935, der Bilanzen der städt. Unternehmungen 1934 und der Wirtschaftspläne 1935 sowie der Berichte des Rechnungshofes und des Kontrollamtes über das Verwaltungsjahr 1934 ein.

Die Verhandlung leitete Obersenatsrat Dr. Neumayer mit einem ausführlichen Bericht ein, in dem er zunächst den äusseren Aufbau des Rechnungsabschlusses und des Voranschlags darlegte. Es war das Bestreben der Stadtverwaltung, die Gleichförmigkeit des Budgets zu wahren und die Uebersichtsmöglichkeit zu erhöhen. In allen übrigen Beziehungen wurden die Einrichtungen des Voranschlags 1935 durchaus beibehalten. Eine Aenderung bedarf aber der besonderen Hervorhebung. Im ersten Entwurf des Voranschlags für das kommende Jahr war daran gedacht, nur die Restkredite aus dem ausserordentlichen erweiterten Investitionsprogramm ersichtlich zu machen. Die Erwägungen aber, die bei der Abfassung des Bundesbudgets durch den <sup>Herrn</sup> Finanzminister angestellt wurden und die ihn veranlassten, ein einheitliches Gesamterfordernis einschliesslich des Arbeitsbeschaffungsprogrammes aufzustellen, haben den Herrn Bürgermeister veranlasst, schon jetzt nach Wegen zu suchen, die eine zusätzliche Aufwendung für die Arbeitsbeschaffung ermöglichen. Hierbei ergeben sich zwei Möglichkeiten. So kann sowohl die im Jahre 1934 vorläufig erfolgte Bestreitung der Aufwendungen des Investitionsprogrammes zu einer definitiven gestaltet als auch die im Voranschlag 1935 vorgesehene Bestreitung der ersten Tilgungsrate des Ueberbrückungskredites aus dem Schatzscheinkredit 1935 fallen gelassen und dafür diese Tilgungsrate aus der laufenden Gebarung bestritten werden. Es stehen für das Jahr 1935 aus dem in diesem Jahr aufgekommene Schatzscheinkrediten 9 Millionen S zur Bestreitung der Kosten des Investitionsprogrammes zur Verfügung, so dass also um den gleichen Betrag weniger Hypothekarkredite aufgenommen werden müssen. Aus dem gesamten ursprünglichen Hypothekarkredit sind auf diese Weise 19 1/3 Millionen S freigemacht, die für zusätzliche Arbeitsbeschaffung zur Verfügung stehen. Die Stadt Wien wird somit um diesen Betrag mehr Arbeit vergeben können, ohne dass der von der Wiener Bürgerschaft genehmigte Stand der Verschuldung im kommenden Jahre aus diesem Titel eine Erhöhung erfahren wird. Die Gesamtaufwendungen aus dem Titel der Arbeitsbeschaffung werden nunmehr in das Budget eingebaut und als Gruppe VII unter der Bezeichnung "Arbeitsbeschaffung" dar-



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am .....

gestellt. Es stehen im Jahre 1936 für Arbeitsbeschaffung an Restkrediten 35<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Millionen S und an anderen Krediten 19<sup>1</sup>/<sub>3</sub> Millionen S, somit insgesamt 54<sup>1</sup>/<sub>7</sub> Millionen S zur Verfügung.

Der Referent erläutert sodann den Rechnungsabschluss für das Jahr 1934, der einen gebührenmässigen Gebarungüberschuss von 63.474 S ergibt. Dieses Ergebnis ist einzig und allein darauf zurückzuführen, dass in diese Rechnung selbstverständlich auch das Erträgnis des eigens zum Zwecke der Defizitdeckung seinerzeit beschlossenen Ueberbrückungskredites eingesetzt wurde. Scheidet man das Ergebnis der Schatzscheinbegebung aus, so würde sich ein Abgang von rund 39 Millionen S ergeben.

Der Steuerrückstand für 1936 zeigt insgesamt Einnahmen von 376.607.550 S und Ausgaben von 392.313.260 S voraus. Bei den Beratungen des Bundesbudgets hat die Frage der Einnahmerückstände an Bundessteuern besondere Aufmerksamkeit erweckt. Dass auch bei den städt. Abgaben Steuerrückstände auflaufen, ist insbesondere bei den gegenwärtigen Krisenverhältnissen selbstverständlich. Die Gesamtsumme des per 31. Dezember 1934 aushaftenden Einnahmerückstandes der Abgaben, und zwar, wie hervorgehoben werden muss, aller Abgaben seit ihrer Einführung beträgt 28<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen S. Wenn man diesem Betrag die Gesamtheit der seit der Einführung der einzelnen Abgaben in den Rechnungsabschlüssen nachgewiesenen Gebührensummen per insgesamt 1.949.000.980 S gegenüberstellt, so ergibt sich, dass der Rückstand an Steuerschuldsigkeiten bloss 1<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Prozent ausmacht.

In dem im Voranschlag ausgewiesenen Ausgaben sind auch die Kosten der Arbeitsbeschaffung inbegriffen, die für das Jahr 1936 vorgesehen sind. Ausser diesen den Arbeitsmarkt beeinflussenden Ausgaben sind noch die für die einzelnen Dienststellen der Stadtverwaltung erforderlichen Investitionen in der Höhe von 4<sup>1</sup>/<sub>7</sub> Millionen S zu erwähnen. Rechnet man schliesslich die aus der Erhaltung der Gebäude und Mobilien, der Anschaffung von Einrichtung und Wäsche, der Beschaffung von Materialien und anderen Arbeitsbeschaffenden Aufträgen erwachsenden Ausgaben mit rund 34<sup>1</sup>/<sub>8</sub> Millionen S hinzu, so ergibt sich, dass aus der Hoheitsverwaltung allein ohne Berücksichtigung der gleichartigen Aufwendungen der städt. Unternehmungen rund 94<sup>1</sup>/<sub>5</sub> Millionen S unmittelbar der Wirtschaft zugeführt werden, ein Betrag, der zu der Erwartung berechtigt, dass auch im kommenden Jahr die bereits heute zweifellos feststellbare, auch vom Institut für Konjunkturforschung anerkannte und von der internationalen Beurteilung bestätigte Aufwärtsbewegung der Wiener Wirtschaft und damit auch der österreichischen Wirtschaft weiterhin anhalten wird.

Der Veranschlag weist insgesamt einen Abgang von 15<sup>1</sup>/<sub>7</sub> Millionen S aus, seine Deckung soll in Kassenbeständen und in einer bescheidenen Kreditoperation von maximal 10 Millionen S gefunden werden. Bei dieser Kredit-



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur.  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am .....

operation ist an eine Prolongation der im Jahre 1936 ablaufenden Tilgungsquote des Ueberbrückungskredites gedacht.

Der Berichterstatter bespricht nun die bedeutendsten Posten des Voranschlages und stellt fest, dass die Kosten für den Gesamtpersonalaufwand 36'8 Prozent des Gesamtaufwandes betragen. Das Wohlfahrtswesen wird 27'6 Prozent des Etats des Jahres 1936 in Anspruch nehmen. Obersenatsrat Dr. Neumayer bespricht sodann die einzelnen Posten des Finanzamtes. Der Nettoaufwand für die Tilgung und Verzinsung der titrierten Schuld beläuft sich auf rund 1'4 Millionen S. Die Abfahren der städt. Unternehmungen sind mit 32'5 Millionen S veranschlagt gegenüber 25'4 Millionen S, die die städt. Unternehmungen im Jahre 1934 für den Haushalt beigetragen haben. An Ertragsanteilen wird ein Betrag von 54'4 Millionen S vorausgesehen. Als neue Posten verdienen besondere Hervorhebung die bundesgesetzlich neu eingeführte Dienstvorrückungsgebühr, die mit einem Betrag von 800.000 S veranschlagt wird die Fünftelgroschenabgabe, deren Ertrag mit rund 8'8 Millionen S geschätzt wird.

Wie sehr die Einnahmen aus der eigenen Steuerhoheit Wiens zurückgegangen sind, erhellt am besten aus den Ausführungen des Wahrnehmungsberichtes des Rechnungshofes, die die heutige schwierige Lage der Stadtverwaltung erst ins rechte Licht setzen. Nach diesem Bericht ist die Wohnbau- (Mietaufwand) steuer mit rund 9'3 Millionen S, die Nahrungs- oder Genussmittelabgabe mit rund 4'4 Millionen S, die Fürsorgeabgabe mit rund 4'1 Millionen S, die Lustbarkeitsabgabe mit rund 3'7 Millionen S, die Wertzuwachsabgabe mit rund 3'5 Millionen S und einige weitere Abgaben mit Beträgen unter einer Million S in ihren Erträgen zurückgegangen; die Bierverbrauchsabgabe mit rund 3'7 Millionen S ist überhaupt in Wegfall gekommen. Dies ergibt, wie der Rechnungshof feststellt, einen Einnahmefall von rund 29'7 Millionen S.

Das Kontrollamt bringt in seinem Bericht eine Fülle kleinerer Bemängelungen und Anregungen, die vom Finanzamt, soweit sie nicht schon im Sinne des Kontrollamtes erledigt wurden, weiter in Behandlung genommen werden.

Rat Ing. Petravio erklärt namens des Berufsstandes Industrie, dass der Rechnungsabschluss und der Voranschlag an Klarheit und Durchsichtigkeit nichts zu wünschen übrig lassen, und brachte dem städt. Finanzamte die vollste Anerkennung zum Ausdruck. Die tragenden Säulen des Budgets sind die Fürsorgeabgabe und die Mietaufwandsteuer. Die Industrie sagt, dass die Mietaufwandsteuer untragbare Härten in sich birgt. Ich kann mit Befriedigung sagen, dass der Herr Bürgermeister selbst in einer Sitzung des Haushaltsausschusses der Meinung Ausdruck gegeben hat, dass <sup>er</sup> diese beiden Steuern je lieber <sup>je lieber</sup> einer Abänderung unterziehen möchte, dass aber der Zeitpunkt hierfür noch nicht gekommen ist. Nichtsdestoweniger halte ich mich für verpflichtet und bin be-



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt.

Wien, am .....

auftragt namens der Industrie festzustellen, dass unser Wunsch dahingehend sobald als möglich die Mietaufwandsteuer einer entsprechenden Abänderung zu unterziehen und ihre Härten zu mildern. Es ist bezüglich des Finanzamtes im speziellen von unserer Seite nichts Wesentliches zu sagen. Der Herr Referent hat darauf hingewiesen, dass ein namhafter Betrag im Voranschlag für die Arbeitsbeschaffung enthalten ist. Hier möchte ich im allgemeinen sagen, dass es absolut anzuerkennen ist, dass die Bemühungen des Herrn Bürgermeisters und seiner Verwaltung darauf hinzielen, möglichst viele Beträge in dem knappen Budget für Arbeitsbeschaffung heranzuziehen, aber es gibt vielleicht noch verschiedene Möglichkeiten die Arbeitsbeschaffung noch zu erweitern. Sodann bespricht der Redner das Verhältnis der Einnahmen zu den vorangegangenen Jahren, die seit dem Jahre 1930 um 44 % zurückgegangen sind. Daraus ergäbe sich die Notwendigkeit, dass auch die Ausgaben verringert werden. Beim Bauamte ergibt sich eine Steigerung der Ausgaben von 75 % gegenüber dem Jahre 1933. Ich will mit voller Ueberzeugung feststellen, dass das Budget der Gemeinde in jedem Belange zu billigen ist und es wird Sache der Spezialdebatte sein, gewisse Wünsche vorzutragen, die im Detail beeinflussend auf die Gestaltung des Budgets sein können. (Beifall)

Frau Rat Dr. Motzko.

des Haushaltsausschusses und der Bürgerschaft, der  
verweist auf den Beschluss/nach eingehender Prüfung alle Möglichkeiten  
8 Mill. Polizeibeitrag zustimmte, die heute  
jene Bedeckung der / die einzig mögliche ist und erklärt, dass  
die Bürgerschaft für diesen Beschluss die Verantwortung zu tragen /  
weil sie keinen anderen Weg sieht. Wir haben heute in der Bürgerschaft  
die Fünftelgroschenabgabe bewilligt. Jene, aber

die uns in die Zwangslage gesetzt  
das ist nicht unsere Verwaltung und nicht die Regierung,  
haben, / das sind - und die weite Öffentlichkeit soll das hören - alle  
jene Elemente, die noch glauben, auf dem Boden unserer Heimat subversiv  
wirken und den d. Frieden/der Stadt stören zu können. Diese Elementen  
Lebh.  
te trifft die schuldhafte Verantwortung. (Beifall)

In allen Willensmeinungen hat die gegenwärtige Verwaltung sich im bewussten Gegensatz zur früheren Verwaltung gestellt. Wir haben in wirtschaftlicher Beziehung dafür Beweise und ein Vergleich zeigt uns die Aenderung des Systems. Auch in der Vorlage des Jahres 1931 waren sogenannte Investitionen beantragt, die zusammen 123 Millionen S betragen. Für das Jahr 1931 wurde eine Gesamteinnahme von 502 Mill. S budgetiert. Die hier vorgesehenen Aufwendungen beanspruchten ein schwaches Viertel der Gesamteinnahmen. Im gegenwärtigen Voranschlag ist für



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am 17. Dezember 1935

Aufwendungen aller Art eine Summe von 152 Mill. S vorgesehen. Sie macht bei Gesamteinnahmen von etwa 310 Mill. S rund die Hälfte aus. Das ist ein wesentlich anderes Verhältnis als früher. Die Rednerin verweist auf die Wohnhausbauten der früheren Gemeindeverwaltung, die unproduktiv waren und die eine zunehmende Verarmung der Wiener Wirtschaft herbeigeführt haben. In dem vorliegenden Wirtschaftsprogramm wird ein anderer Weg eingeschlagen. Die beantragten Ausgaben sind fruchtbringender Art. Sie machen sich wohl nicht gleich bezahlt, aber sie heben den Wert und die Anziehungskraft der Stadt für die Wirtschaft und den Fremdenverkehr. Diese Aufwendungen machen sich bezahlt. Darin liegt ein stark betonter Unterschied zur Verwaltung von früher. Die heutige Verwaltung ist die betonte Reaktivierung der schaffenden Kraft.

Auch in der Personalpolitik wird dieses aufbauende System verfolgt, man hat bewusst und mit ernstem Willen den Weg freigemacht für einen Grossteil der Jugend Wiens, die nicht mehr verbittert draussen steht, sondern hoffen darf zur Arbeit herangezogen zu werden. Mit besonderer Freude ist zu bemerken, dass auch die weibliche Jugend ihren gebotenen Anteil hat, auch auf Einstellung junger Arbeitskräfte bedacht genommen wird. Dafür sage ich als Vertreterin von Fraueninteressen meinen lebhaften Dank.

Schliesslich bespricht die Rednerin das Problem des Doppelverdienertums, sie bemerkt, dass die eben vorgenommene Teillösung noch manche Härten enthält, dass aber nach den Zusagen des Bundeskanzlers eine Ueberprüfung erfolgen werde, um strittige Fragen zu lösen, Fragen, die nicht von der Stadt Wien gelöst werden können. Was uns an den Bemühungen der Stadt besonders freuen darf, ist der ernste Wille vor allem dem sozialen Frieden einen Weg zu bahnen. Dem sozialen Frieden wird in bedeutungsvoller Form vorgearbeitet und der Weg gebahnt durch den Geist, der in der Verwaltung selbst herrscht und der in unseren Beratungen zum Ausdruck kommt. Der Aufbau nach dem ständischen Gedanken ist ein gewaltiges Wert, er darf aber nicht Theorie bleiben, sonderb muss in der Praxis wirksam werden. Wir haben immer mit Leidenschaftslöser und sachlicher Arbeit mit dem Willen zu einem gedeihlichen Ende zu kommen, die Verhandlungen geführt und das war früher nicht denkbar, weil die Menschen eingebunden waren in ein Parteidogma. Wir haben hier gesehen, wie der ständische Gedanke Blut und Leben gewinnt.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt.

Wien, am.....

Rednerin bespricht sodann die Massnahmen der Stadtverwaltung zum Familienschutze, insbesondere auch <sup>die</sup> /zur Fürsorge kinderreicher Familien. Auf dem Gebiete des Wohlfahrtswesens weicht der Weg der gegenwärtigen Stadtverwaltung sehr wesentlich von dem der früheren Stadtverwaltung ab. Das Schwergewicht der Fürsorge der Stadt Wien liegt heute an der öffentlichen Fürsorge, anderer Zerschussleistung an Kinder, die in ihrer Familie leben. Die Familie darf nicht getrennt und zerstört werden. Die Anstaltsfürsorge ist immer nur ein Ersatz für die Familienfürsorge. Rednerin begrüsst die Fürsorgemassnahmen im Voranschlag für die kinderreichen Familien, insbesondere den Bau von Familienasylen. (Beifall.) Auch die Förderung der Siedlungsbewegung liegt auf dieser Linie. Rednerin verweist auch auf den erzieherischen Wert der Familienfürsorge im Dienste der Gemeinschaft und stellt fest, dass sich auch auf dem Gebiete des Schulwesens eine deutliche, bewusste Umstellung im Gegensatz zum früheren Zustand vollzogen hat. Infolge der sittlich-religiösen Erziehung weiss die Jugend, die heute aus der Schule kommt, dass sie sich auch vor einer höheren Autorität zu verantworten hat. Mit Genugtuung weist die Rednerin auf die Aenderung der Schulbücher hin, die über Oesterreichs Geschichte und Sendung die Jugend aufklären, die infolgedessen, wenn sie heute aus der Schule kommt, weder Rassenidealen noch einem Internationalismus nachlaufen, sondern stolz darauf sein wird, Oesterreicher zu sein. (Grosser Beifall). Der Voranschlag stellt die Kontinuität der Arbeiten dar, die nach 15 Jahren Sünden in den letzten anderthalb Jahren durch die Wiener Stadtverwaltung zielbewusst im Interesse der Wiener Bevölkerung geleistet wurden. (Beifall)

Die Verhandlung wird abgebrochen. Nächste Sitzung morgen, Mittwoch, 16 Uhr.

.....



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

365

Wien, am 18. Dezember 1935.

## Zweiter Budgetbericht.

Sitzung vom 18. Dezember 1935.

Die Wiener Bürgerschaft setzte heute die Beratung des Voranschlages der Stadt Wien 1936 fort. In der Spezialdebatte zur Gruppe "Finanzamt" sprach heute als erster Redner Rat Knellinger im Namen der Handelsangestellten. Er richtete an alle Verkäufer und Verkäuferinnen den dringlichen Apell, stets des Satzes "Kauft österreichische Waren" eingedenk zu sein und verbindet damit auch die Bitte an die Fabrikanten, in diesem Sinne Sonderwünsche berücksichtigen zu wollen. Weiters spricht Redner die Bitte aus, die noch immer nicht geklärte Feiertagsfrage einer gründlichen Prüfung zu unterziehen und ebenso die Feier der Landespatrone. Der Herr Bürgermeister möge in seinem Wirkungskreise in entsprechender Weise einschreiten.

Rat Hess gibt seinem Bedauern Ausdruck, dass der abends in Wien ankommende Fremde nicht die entsprechende Unterhaltung finde und sie deshalb ausserhalb Wiens suchen müsse.

Rat Ing. Hermann gab namens der Industrie der Befriedigung Ausdruck, dass eine so bedeutende Summe im Budget für Arbeitsbeschaffung aufscheine. Er spreche namens der gesamten Techniker Wiens der freischaffenden wie der beamteten  
/ der Bautechniker, dem Herrn Bürgermeister für diese grosszügige Art der Arbeitsbeschaffung den tiefstgefühlten Dank aus. Ebenso danke er den Beamten der Gemeindeverwaltung dafür, dass sie sich stets in vorbildlicher Weise zur Verfügung stellen, und bittet, dass sie das auch in kommenden Jahren tun mögen.

Rat Ing. Elsinger sagt, auch ermüsse namens des Berufsstandes, Industrie danken für den grossen Betrag, der zur Arbeitsbeschaffung zur Verfügung gestellt wurde. Aber gerade, weil er die Grosszügigkeit der Stadtverwaltung kenne, möchte er sich erlauben einige Worte über die ~~direkte~~ indirekte Arbeitsbeschaffung zu sprechen,

~~indirekte Arbeitsbeschaffung~~ die im Absatz eines jeden Unternehmens gelegen ist, gliedert sich im Inlandsabsatz und Export. Der Inlandsabsatz schneide durch die grossartige Beistellung von Mitteln relativ gut ab. Andererseits würde eine indirekte Unterstützung im Inlande geringe Wirkung haben.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt .

Wien, am .....

Der Redner schildert die Schwierigkeiten, die namentlich den Industrien beim Export erwachsen, und stellt zur Erwägung, ob nicht die Stadt Wien durch Rückvergütung der Fürsorgeabgabe bei Exportlieferungen, durch Vorfinanzierung der Durchführung von Auslandsaufträgen oder durch Garantieleistung, wie sie seinerzeit für das Russlandgeschäft durchgeführt worden sei, das Ihrige zur Exportförderung, vor allem für die Finalindustrie beitragen könnte.

Rat Dr. Ehrlich spricht hauptsächlich zur Personalpolitik. Er verweist darauf, dass Angestellte der Stadt Wien bloss aus dem Grunde gekündigt wurden, weil sie mosaischer Konfession sind. Solche Kündigungen muss die ganze Judenschaft als Zurücksetzung empfinden und wir können uns des drückenden Gefühles nicht erwehren, dass hier etwas geschehen ist, was mit dem Geist der Verfassung nicht vereinbar ist. Vor Jahresfrist hat mir dann der Herr Bürgermeister mitgeteilt, dass solche gekündigte Angestellte wieder in den Dienst der Stadt Wien aufgenommen werden, die während des Krieges Frontdienst geleistet haben. Ich erinnere den Personalreferenten an diese Zusage und ersuche ihn, die entsprechenden Massnahmen zu treffen. Der Redner beschäftigt sich dann mit der Lage junger jüdischer Aerzte in städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten und stellt fest, dass unter den 35100 städtischen aktiven Angestellten und Pensionisten nur 154 Juden sind. Von den 5274 städtischen Lehrern sind bloss acht jüdischer Konfession. Wenn davon gesprochen wird, dass im Gewerbebund nur anständige Gewerbetreibende Aufnahme finden und von der Stadt Lieferungen erhalten dürfen, so müsse dazu gesagt werden: Solange man einen Gewerbetreibenden keine Unanständigkeit nachweisen kann, habe er Anspruch darauf in die Kategorie der Anständigen eingereiht zu werden.

Rat Kastl gibt seiner Freude darüber Ausdruck, dass die gesetzlichen Beiträge für den Fortbildungsschulfond eine steigende Tendenz aufweisen. Daraus ist zu ersehen, dass das Wirtschaftsleben langsam, aber sicher aufwärts geht. Ferner dankt er dem Bürgermeister, dass durch seine Initiative der religiöse Unterricht wieder in den Fortbildungsschulen eingeführt wurde. Was nun auf dem Gebiete der katholischen Religion durchgeführt wurde, wird auch für die anderen Konfessionen zur Durchführung gelangen.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt.

Wien, am .....

Redner dankt dem Bürgermeister im Namen der christlichen Jugend Wiens dafür, dass in der Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogrammes Mut, Lebenskraft und Gerechtigkeit zur Geltung gebracht werden. Er befasst sich mit Fragen des Familienschutzes, darunter auch mit der Wohnungsfrage und wendet sich gegen das Verhalten einzelner Hausherren, die durch das Verlangen vom sogenannten Ablösegeld die Wohnungsverhältnisse erschweren. Zum Schluss bezeichnet er den Bürgermeister als den unerschrockenen Anwalt der jüngeren Generation. (Beifall).

Frau Rat Wolfring beansprucht für die katholischen Mütter das Recht, in Fragen der Weltanschauung von katholischen Aerzten beraten zu werden. Selbstverständlich dürfen die gleichen Rechte der Minderheit nicht verletzt werden, ebenso aber hat die Mehrheit der Bevölkerung Wiens das Recht, dass ihre Kinder auch bei Anstellungen ihrem Prozentsatz gemäss berücksichtigt werden. (Beifall.)

Sodann ergriff Bürgermeister Richard Schmitz das Wort und führte aus: Eigentlich hatte ich mir vorgenommen, in meiner heurigen Budgetrede einen richtigen Rechenschaftsbericht vorzulegen und habe zur Kontrolle meines Gedächtnisses verschiedene Berichte eingefordert. Beim Durchsehen dieser Berichte habe ich aber erkannt, dass es unmöglich wäre, über alles was in den ein dreiviertel Jahren geschehen ist in den Rahmen einer Budgetrede zu pressen. Deshalb muss ich mich darauf beschränken, zu einigen der wichtigsten Punkte, die die Hauptgebiete unserer Tätigkeit betreffen, zu sprechen.

Unter den Gesetzen <sup>der Stadt Wien</sup> die in Kraft getreten sind, finden sich mehrere vor, von denen man sagen darf, dass sie mustergültig sind, ~~auch~~ <sup>auch</sup> mustergültig über die Stadt Wien hinaus. Ich nenne die Novelle zum Kinogesetz und die sich auf die Filmgesetzgebung beziehenden. <sup>Mass-</sup> <sup>so die Filmzensurstelle.</sup> <sup>nahmen.</sup> Dass es auf diesem Gebiete verschiedene Meinungen gibt, verschiedener Auffassungen, ist selbstverständlich. Aber im allgemeinen hat die Filmzensurstelle gut funktioniert. <sup>Das</sup>

Das gleiche darf ich über unser Sammlungsgesetz sagen, das als geradezu musterhaft bezeichnet worden ist. Das erwähne ich, weil ich glaube, dass an den Ernst und an der Gewissenhaftigkeit, <sup>mit</sup> <sup>denen</sup> <sup>und andere Städtgesetze</sup> diese geschaffen worden sind, <sup>der Wiener Bürgerschaft</sup> <sup>der geistige Rang</sup> ein sehr ehrenvoller ist. <sup>gemessen werden kann, der/</sup>

Heute ist vielfach von der Personalpolitik die Rede gewesen. Manches alte Unrecht wurde in der letzten Zeit gutgemacht. Die Begünstigung der Kriegsteilnehmer, auf die unsere braven Beamten und Bediensteten in



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am \_\_\_\_\_

vergeblichem Kampf lange gewartet haben, sind heute Besitz der städt. Ange-  
stellten und darüber hinaus Besitz überall dort, wo die Stadt Wien einen ent-  
scheidenden Einfluss nehmen kann. Dass dieses Unrecht an unseren alten Ka-  
meraden gutgemacht wurde, ist sicher ein Grund, Befriedigung zu empfinden. /  
(Beifall).  
Unsere Personalpolitik ist durch zwei Grundsätze gekennzeichnet: / zunächst  
den Grund-  
satz der ~~möglichen~~ Verjüngung. ~~möglichst~~ Es ist immer ein Nachteil der Ver-  
waltung, wenn der Nachwuchs fehlt.

Darum muss immer ein Interesse darauf gerichtet sein, den Beamten-  
körper vor einer Ueberalterung zu bewahren. Nun sind endlich wieder die Tore  
der städt. Verwaltung für junge Menschen aufgetan, die bisher draussen stan-  
den und keine Aussicht hatten, in städtische Dienste zu kommen. Allerdings  
so viele Stellen können wir nicht freima-  
chen können wir nicht alle Wünsche erfüllen,  
nicht nur aus Gerechtigkeitsgründen, sondern  
im Interesse der Verwaltung

Man muss auch hier die Dinge einem organischen Wachstum überlassen und be-  
müht sein, gewisse Hemmungen zu beheben. Wir haben eine grosse Anzahl von  
angestellt. Leider  
Aspiranten. ~~MANCHEN~~ können wir nicht eine unbeschränkte Menge solcher  
jungen Kräfte einstellen, wir müssen vielmehr eine Auswahl treffen. ~~MANCHEN~~

Der Beamte tritt ~~an~~ der Bevölkerung nicht nur  
als Angestellter entgegen, sondern <sup>auch</sup> als ~~ein~~ Vertreter der Obrigkeit. Deswegen  
müssen an den jungen Menschen, der Beamter werden soll, höhere Anforderungen  
gestellt werden. Wir werden zu Ende des heurigen Jahres eine grössere Pen-  
sionierungsaktion derjenigen vornehmen, die entweder das 60. Jahr vollendet  
und die nötige Dienstzeit erreicht haben oder die sonstigen Voraussetzungen  
für die Pensionierung besitzen. Es fällt mir nicht leicht dies zu tun, denn  
diese Männer aus einer Zeit, wo man sehr vorsichtig in der Auswahl war, wer-  
den uns abgehen. ~~MANCHEN~~ Ein neues  
Bundesgesetz betrifft die Doppelverdiener, <sup>es bestehen ernste</sup> ~~MANCHEN~~ Schwierigkeiten  
im Falle der Aerzte linear vorzugehen, und es wird eine sorgfältige Prüfung  
nötig sein, um nicht Härten zu erzeugen, die in anderen Berufen nicht möglich  
sind. Beim Arzt ist es die selbstverständliche Begleiterscheinung, dass er



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am .....

seinen erlernten Beruf ganz ausübt und dieses Recht ist eine Voraussetzung, um tüchtige Aerzte für die Verwaltung zu bekommen. Heute ist es z. B. nicht so einfach, für den Physikatsdienst geeignete Bewerber zu finden. Der Weg, den wir gegangen sind, um das Problem des Doppelverdienerwesens dort zu treffen, wo es die berechnete Kritik der Bevölkerung auf sich gezogen hat, weil ohne zwingende Umstände die Frau im Erwerbsleben gestanden ist, war gewiss richtig. Wir haben im städt. Dienst wie im Schuldienst generöse Grenzen abgesteckt, was aber über diesen Grenzen lag, haben wir veranlasst, sich ins Privatleben zurückzuziehen. Diese Politik der Bekämpfung des Doppelverdienerwesens hat uns in die Lage gesetzt, trotz empfindlichen Rückganges der Schülerzahl fast 500 Junglehrer in den Dienst zu nehmen, das ist eine Bestätigung, dass wir den richtigen Weg gegangen sind (Beifall). In der Stadtverwaltung werden wir nicht jeden freigewordenen Posten wiederbesetzen können, weil wir zu grosser Sparsamkeit gezwungen sind und ohnehin <sup>viele</sup> Neuanstellungen im städt. Dienste seit Februar vergangenen Jahres erfolgt sind, eine Tatsache, die erkennen lässt, dass wir getan haben, was zu tun möglich war.

Damit bin ich schon bei den Finanzen angelangt. Hinsichtlich so mancher Steuer, die wir vorgefunden haben, und die auch in anderen Gebietskörperschaften Oesterreichs existieren, habe ich wiederholt meiner kritischen Meinung Ausdruck gegeben. Aber so wie manche Wünsche in einer Zeit der Finanzenge unerfüllbar bleiben, so gilt es auch hier. Die Verschlechterung der Stadtfinanzen seit 1931 macht es ungeheuer schwer, für eine abgebaute Steuer einen anderen Ersatz zu finden. Wie schwer war es schon, die Kosten für den Beitrag der Bundespolizei zu decken.

Vizekanzler Fürst Starhemberg hat kürzlich in einer Rede ein sehr schokkräftiges Wort ausgesprochen: Oesterreich soll der sozialste Staat sein. Dabei ist zweifellos das Wort sozial in Bezug auf die Behandlung und Stellung der Arbeiterschaft genommen. An welchen Einzelheiten kann der soziale Charakter der städt. Sozialpolitik erkannt werden? Es gibt soziale Pflichten, die jeder Private und erst jede öffentliche Verwaltung einzuhalten hat, auch wenn sie kein Gesetz vorschreibt. Selbstverständlich ist die für ganz Oesterreich verkündete soziale Einstellung auch für die Verwaltung von Wien massgebend. Der Arbeiter <sup>der Vergangenheit</sup> hat unter der Entwürdigung, unter der Entehrung der Arbeit schwer gelitten. (Lebh. Beif.). Der Arbeiter galt manchem als zweibeinige Maschine. Diese Zeit ist gottlob in Oesterreich schon lang vorüber. Fehler wird es immer geben. Wir werden immer Unternehmer finden, die unsozial sind und Arbeiter finden, die ihre Pflicht vernachlässigen. Worauf es ankommt, ist das Vorwiegen des Willens, die Ehre der Arbeit zu achten. Bis dem Bewusstsein der jetzigen schaffenden Generation einzuprägen, ist sehr wichtig. Wenn wir die Ehrung der alten Hausgehilfinnen, die Ehrung städt. Arbeiter in einer feierlichen Form als bisher eingeführt haben, wenn ich als erster Funktionär dieser Stadt kürzlich auch an einer Ehrung der Landwirtschaftlichen Arbeiter teilgenommen habe, wollte ich damit den Grundsatz bekennen, dass der ehrlichen Arbeit Ehre gebührt (Lebh. Beifall).



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Vi. Blatt.

Wien, am.....

Der Bürgermeister befasst sich sodann mit der Frage der Regelung der Sonn- und Feiertagsarbeit. Er kenne die Wünsche bei der beteiligten Seiten. Eine befriedigende Lösung könnte nur eine Umstellung der Einkaufsgewohnheiten unserer Bevölkerung bringen, was durch Erziehungsarbeit zu erreichen ist. Die Angestellten haben volles Verständnis für die Notwendigkeiten der Wirtschaft bei den bisherigen Verhandlungen erwiesen. Der Bürgermeister richtet schon jetzt den Appell an alle Beteiligten, die Chefs und die Angestellten, rechtzeitig und frühzeitig mit den gemeinsamen Verhandlungen einzusetzen, die dann von der Stadtverwaltung gerne gefördert werden.

Der Bürgermeister hat in den letzten Tagen Zuschriften, Hilferufe von jüngeren Leuten bekommen, die bisher im Arbeitsdienst untergebracht waren, jetzt aber infolge der Kürzung des diebszüglichen Aufwandes im Bundesbudget vom Abbau bedroht sind. Die Zuschriften meinen, in der Wiener Bürgerschaft, sollte ein Weg gesucht werden, um diesen jungen Leuten Hilfe zu bringen. Wir wissen, wie beengt unser eigener Voranschlag ist. Wir müssen daher die weitere Entwicklung der Dinge beobachten, um überlegen zu können, ob und in welchem Umfange wir in der Lage sind, hier einzugreifen. Je mehr wir die junge Generation vom Verderbnis des Müßigganges bewahren, umso besser für die Zukunft! (Stürmische Zustimmung.) Wir vertrauen auf die Zukunft und werden in dieser Frage den richtigen Weg finden. Auch die ~~Wax~~ Wiener Aktion "Jugend in Not" steht in sehr hohem Masse im Dienste der Rückgewinnung bedrohter jugendlicher Seelen (Stürmische Zustimmung), weshalb diese Aufgabe sehr wichtig ist.

Wenn auch 15 Jahre sozialistisch-freidenkerische Verwaltung und Herrschaft und nahezu drei Generationen Traditionsbildung in sozialistisch-kommunistischem Sinne nicht in wenigen Jahren beseitigt werden können, so müssen wir ja doch sagen, dass diese Stadt gefestigtere Verhältnisse zeigt, als manche andere Millionenstadt der Welt. (Grosser Beifall.) und zu dieser Beruhigung und Befestigung haben Werke, wie die Aktion "Jugend in Arbeit" und "Jugend in Not" beigetragen. (Grosser Beifall).

Der Bürgermeister spricht dann über den Arbeitsnachweis der Stadt Wien und teilt mit, dass gegenwärtig Verhandlungen stattfinden, die der künftigen Gestaltung des Arbeitsnachweises dienen. Die Fortführung eines Arbeitsamtes für Hilfsarbeiter halte er vom sozialen Gesichtspunkt aus für nicht vertretbar.

Im Vorjahre wurde eine Regulierung der Mietzinse in den Neunauten der Stadt Wien vorgenommen, dabei auch Beihilfe für bedürftige Mieter geschaffen. Wenn deshalb auch die Meinung vertreten wurde, dass sei nur für den Augenblick gedacht, so könne man heute feststellen, dass derzeit in 12.000 Fällen solche Mietziensbeiträge gegeben werden.

In dieser Debatte ist manches freundliche Wort über unsere Familienpolitik gesagt worden. Ein alter Satz nennt die Familie die Keimzelle der Gesellschaft. Und das ist wahr. Mehr als das. Die Familie ist das einzig tragbare Fundament jeder Ordnung im Staate und jedes kulturellen Lebens in der Menschheit. (Beifall). Diese Hochschätzung der Familie hat ihren tiefsten Grund nicht etwa in einer Populationspolitik zur Stärkung der Heeresmacht. Der friedliebende Mensch, der nicht anderes will, als den geistigen und materiellen Wohlstand, wird für die Familie ebensoviel, wenn nicht noch viel mehr Hochachtung haben, als der, dem die Kinder aus dieser Familie nur Ziffern sind, die in irgendeiner blutigen Rechnung eine Rolle spielen. Wir gehen von diesem höheren Standpunkt aus. In dieser Hinsicht gibt es nur das eine göttliche Gebot: Die Ehe und die Familie zehlig zu halten. (Grosser Beifall). Die Familienpolitik beginnt



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Blatt VII.

Wien, am .....

it der Eheberatung, die nicht wie früher auf Zerstörung, sondern auf  
innere Festigung des Familienlebens abzielt. Die Zahl der Schwangeren-  
Zusammenarbeit mit privaten Aktionen von 2 auf 15 vergrössert,  
beratungsstellen wurde durch Neueinrichtung und / die Schwangerenfür-  
orge wurde verbessert und an die Errichtung von Familienasylen geschrit-  
en, deren erstes demnächst zur Besiedlung kommt.

Für die Jugend wurde die Zahl der Hei-  
e vermehrt und auch die Altersfürsorge ausgebaut. Weit mehr als 20.000  
etten stehen in unseren Anstalten. Es gibt keine Verwaltung, die über  
so viele und grosse  
, Anstalten verfügt. Für die Zukunft stehen uns noch  
rössere Lasten bevor, wenn der Geburtenrückgang und seine Folgen, der  
beralterungsprozess in der Bevölkerung anhält.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VIII. Blatt

Wien, am .....

Auch auf dem Gebiete der Bettler- und Obdachlosenfrage gibt es Aufgaben, die noch zu lösen sind. Wir werden im Jahre 1936 durch Ausbau eines <sup>heuer</sup> bereits angekauften Gebäudes ein zweites Obdachlosenasyll errichten und dann in der Lage sein, je ein Obdachlosenasyll für Männer und Burschen und für Frauen und Mädchen zu haben und in jedem die Älteren von den Jüngeren trennen. Wir werden in dem Frauenasyll Räume bestimmen, wo die Mütter mit ihren Kindern beisammenbleiben <sup>en</sup> und der Mann tagsüber zu seiner Familie kommen kann.

Wenn sich dieses System auswirkt, werden wir andere Ausgaben zum Teil ersparen. Heute müssen die Kinder, wenn die Eltern ins Asyl kommen, durch das Fürsorgsamt versorgt werden.

Der Bürgermeister kam jetzt auf die Bemerkungen des Rates Dr. Ehrlich zurück. Ich bitte ihn nach wie vor überzeugt zu sein, dass es einer Verwaltung, für die ich die Verantwortung trage, nicht einfallen wird, nach dem Beifall von Kreisen aus-zu-schauen, deren Gesinnung wir als eine unseren Grundsätzen und unserer Ueberzeugung krass widersprechende ansehen. Von mir glaube ich sagen zu können, ich habe in <sup>die Vermutung eines solchen</sup> meinem Leben für / Gierens nach Beifall keinen Grund geboten. Ich werde es auch in dieser Frage nicht tun. Ich bitte aber den Rat Ehrlich und die Kreise, die er vertritt, zu verstehen, dass in der heutigen Situation einer solcher Andrang junger Leute auf jede freie Stelle besteht, dass <sup>ihre</sup> Vergebung auf das Eifersüchtigste überwacht wird. So muss getrachtet werden, den Einzelfall so zu behandeln, dass man sich selbst sagen kann, das ist einwandfrei.

Der Herr Rat Ehrlich hat mich einmal aufmerksam gemacht, dass Frontkämpfer, nicht nur sehr schön ausgezeichnete, sondern auch schwer bedrohte Existenzen mitgetroffen waren. Ingesamt/neun solchen Fällen die Wiedereinstellung erfolgt, weil ich unter den alten Kameraden der Front keinen Unterschleß kenne. (Beifall.) Dass die Personalpolitik gegenüber den Aerzten, auf diese kommt es ja an, nicht etwa zu einer Ausrottung des Anteiles der jüdischen Mediziner an der städt. Verwaltung geführt hat, lässt sich aus dem gegenwärtigen Stande leicht erkennen. Bei den Aerzten der Magistratsabteilungen 19 und 14 beträgt die Zahl der <sup>Aerzte</sup> angestellten/263, davon 84, also 32 % mosaischer Konfession. Unter 37 Schulzahnärzten sind 24, also 66 % mosaisch, unter 48 Schulärzten 23, also 48 %. Ich hätte diese Ziffer nicht genannt, wenn ich nicht dazu gezwungen wäre. Ähnliches gilt von den Anstaltsärzten, von denen nicht übersehen werden darf, dass sich sehr viele zu Lernzwecken nur vorübergehend/in den Spazialern aufhalten.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IX. Blatt .

Wien, am.....

Der numerus clausus hat seine persönlichen und sachlichen Gegengründe, einen wahrhaft gerechten numerus clausus gibt es nicht. Wir müssen die persönliche Befähigung des Einzelnen ansehen. Nicht eine lineare Lösung ist anzustreben, man muss in jedem einzelnen Falle trachten, die jeweils gerechteste Lösung zu finden.

Der Bürgermeister beschäftigte sich im weiteren Verlaufe seiner Rede mit der Wohnungsfrage und verwies auf die Gegensätze in der öffentlichen Meinung. Was nun Wirtschaftspolitik und Stadtverwaltung anbelangt, so wird auch in der Führung unserer grossen Unternehmungen alles getan, um die Wirtschaft zu fördern. Die Einführung des Zehngroschentarifs hat sich als eine Wohltat für die bereitesten Kreise der Bevölkerung erwiesen, die von der Leitung der Gas- und Elektrizitätswerke mit den Installateurfirmen hergestellten Gemeinschaften hatten grosse Erfolge. Die Gasgemeinschaft hatte bis Ende November 591 Mitglieder und 7000 Aufträge im Gesamtwerte von 900.000 S., während die Elektrogemeinschaft mit 500 Mitgliedern 770 Aufträge im Werte von 560.000 S. den Installateuren zugeführt hat. Das sind neue Wege, die noch nirgends versucht worden sind und die Erfolg gebracht haben. (Beifall.) Der Bürgermeister betont die Berechtigung des Verlangens, den Wettbewerb auf moralisch und wirtschaftlich einwandfreier Grundlage zu stellen, während eine Unterbindung jedes Wettbewerbes überhaupt ein Irrweg wäre. (Stürmische Zustimmung).

Der Bürgermeister spricht fort.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

X. Blatt

Wien am .....

Der Bürgermeister bespricht weiter die Arbeitsbeschaffung und kommt auf eine Aeusserung des Rates Elsinger zurück, der meinte, dass die Exportindustrie von dieser Arbeitsbeschaffung keinen Nutzen habe, der auch Vorschläge machte, wie der Exportindustrie geholfen werden könnte. Dazu ist zu sagen, dass die Förderung des Exportes in erster Linie Aufgabe der Bundesregierung ist, wenn die Stadt

Wien die Frage der Mitarbeit zu erwägen hat, werde sie, wie in der Vergangenheit, auch jetzt zu Verhandlungen bereit sein. Ueber diese Frage sollen im engeren Kreis noch Beratungen gepflogen werden, um die Meinungen restlos zu klären. Mit einer Fülle von Ziffern tut der Bürgermeister

dar, dass bei der Vergebung städtischer Aufträge und Arbeiten wird getrachtet, die in Betracht kommenden Firmen möglichst abwechselnd zu beschäftigen, was wird keine Freunderlwirtschaft eingerichtet, sondern nur nach Sachlichkeit und Gerechtigkeit vorgegangen.

Die Mitglieder des Gewerbebundes wurden stärker herangezogen, denn diese waren von der früheren Verwaltung planmässig vernachlässigt worden und die jetzige Verwaltung wolle dieses Unrecht so weit möglich wieder gutmachen.

Zum Kapitel Arbeitsbeschaffung bemerkt der Bürgermeister, dass auf diesem Gebiete ein reiches Programm vorgesehen ist, das zum Teile schon durchgeführt wurde, er verweist auf den Bau der Höhenstrasse und auf die im Bau befindliche Wiental-Autostrasse, man werde mit den vorgesehenen Krediten von 10'9 Millionen S das Auslangen finden. Weiter erwähnt der Bürgermeister die Kredite für Strassenbauten, Strassenherstellungen, die Verbesserung der Strassenbeleuchtung, für die Erhöhung der Schlagfertigkeit der Feuerwehr, für die Arrondierung des städtischen Grundbesitzes, den Ausbau von Vorortefriedhöfen durch Erschliessung neuer Flächen. er erwähnt des Assanierungs- und Hausreparaturfonds, sowie der Stadtrandbebauungsaktion und stellt fest, dass auch für die Schaffung eines grossen Gemüse- und Blumenmarktes ein Kredit vorgesehen wurde, obgleich er nicht die Hoffnung hege, dass dieses Projekt sich verwirklichen lassen werde.

Für den Assanierungs- und Hausreparaturfond werden 1936 rund 10 Millionen S zur Verfügung stehen. Ich habe die Hoffnung, für den Hausreparaturfond einen Beitrag der Bundesregierung zu bekommen, noch nicht ganz aufgegeben. Immerhin ist zu sagen, dass wir hochgespannte Wünsche nicht werden füllen können, doch wird das Mögliche geschehen, um die ausgezeichnete Wirkung des Hausreparaturfonds zu sichern. 7200 Gesuche wurden heuer aufrecht erledigt. Wenn man auf jedes Gesuch nur mit der Heranziehung von drei Handwerkern rechnet, so heisst das, dass



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XI. Blatt

Wien, am .....

mehr als 20.000 Handwerker in Wien durch den Hausreparaturfond Beschäftigung finden. Ich glaube vom Standpunkte der Stadt Wien aus <sup>wenigstens</sup> den Entschluss vor aller Welt vertreten zu können, dass <sup>noch</sup> am Jahre 1936 der Hausreparaturfond <sup>noch</sup> aufrecht erhalten wird.

(Beifall.)

In einem solchen Augenblicke eines Art Rechenschaftsberichtes muss wohl auch ein allgemeiner Satz gesagt werden über den politischen Zustand der Verwaltung. Dieser Satz kann sich mit der Feststellung begnügen, dass die Dienststellenorganisation unserer Angestellten und Arbeiter innerhalb der Vaterländischen Front eine Mitgliederzahl von 35.116 erreicht hat. An dieser Stelle spreche ich allen Beamten, Lehrern und Arbeitern, die sich um diese blühende Bewegung verdienstvoll bemüht haben, Ihren und meinen Dank vor aller Öffentlichkeit aus. (Stürm. Beifall.)

„Einer der ersten Rednerinnen, Frau Rat Dr. Motzko hat im Haushaltsausschuss einen schönen Satz gesprochen. Sie sagte nach der Durchsicht des Budgets: <sup>wieder</sup> „Wir glauben an den Aufstieg Wiens und der Wiener Bevölkerung.“ In diesem Glauben wollen wir, Wiener Bürgerschaft, Bürgermeister, <sup>es</sup> Vizebürgermeister und Verwaltung zusammenklingen und zusammenarbeiten für unser <sup>glorreiche</sup> Wien und unseres Vaterlandes Oesterreich <sup>und</sup> schönere Zukunft! (Langanhaltender, stürmischer Beifall.)

Vizebürgermeister Dr. Kresse, der den Vorsitz führt, dankt im Namen des Hauses dem Bürgermeister für seine Ausführungen.

Nach dem Schlusswort des Referenten, Obernesratsrat Dr. Neumayer, werden die Ansätze des Hauptstückes "Finanzamt" genehmigt.

Die Verhandlungen werden abgebrochen. Nächster Bericht morgen, Donnerstag.

.....



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 366  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 19. Dezember 1935.

## Die Einwohnerverzeichnung in Wien.

Wie aus dem Organisationsbüro der Wiener Einwohnermeldestelle mitgeteilt wird, ist in den Bezirkssektionen ein befriedigendes Fortschreiten der Verzeichnungsarbeiten wahrzunehmen. Es liegt bereits der Bericht über die erste Dezemberhälfte (12 Werktag) vor, wonach 145.654 Bundesbürger und 9.358 Ausländer, insgesamt 155.012 Personen - pro Werktag 12.917 - verzeichnet wurden. Dies entspricht wohl noch nicht dem vom Organisationsbüro errechneten Durchschnitt von 15.000 Personen pro Werktag, findet aber die Erklärung darin, dass in der ersten Verzeichnungswoche im Interesse eines reibungslosen Dienstes verhältnismässig weniger Personen geladen wurden.

Erfreulicherweise kann festgestellt werden, dass die Bevölkerung der Verzeichnungspflicht im allgemeinen nachkommt. Ein Teil der Säugigen war am persönlichen Erscheinen durch die Erwerbstätigkeit behindert. In dieser Richtung wird neuerlich aufmerksam gemacht, dass in Wien bei Bundesbürgern das persönliche Erscheinen durchaus nicht unbedingt notwendig ist; jeder Bundesbürger kann sich durch einen Haushaltsangehörigen bei der Verzeichnung vertreten lassen, der die Personalurkunden und den Meldezettel des Vertretenen vorzuweisen hat und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen im Stande ist. Zur Erleichterung des Verzeichnungsvorganges wurde ausserdem verfügt, dass die in Vertretung verzeichneten Personen nicht mehr im Neuen Rathaus persönlich erscheinen müssen, sondern ihre Erkennungskarte gegen Vorweisung der Personalurkunden und des Meldezettels nachträglich in der Bezirkssektion beheben können. Die Behebung ist mit keinem nennenswerten Zeitverlust verbunden, da die Erkennungskarte schon anlässlich der Verzeichnung ausgestellt wird, so dass die Abfertigung der Partei nur einige Minuten in Anspruch nimmt. Ueberdies wurde den Wünschen aus den Kreisen der Arbeiter und Angestellten Rechnung getragen, indem der Parteienverkehr an Samstagen bis 18 Uhr 30 ausgedehnt wurde.

Diese Erleichterungen ermöglichen jedem Verzeichnungspflichtigen, der Verzeichnungspflicht nachzukommen, ohne dass er dadurch in seiner Erwerbs- oder Berufstätigkeit auch nur im geringsten behindert wird.

-----

## Kinder als Gäste der städtischen Feuerwehr.

Unter dem Ehrenschatze der Gemahlin des Bürgermeisters Frau Josefine Schmitz fand Mittwoch abend in den festlich geschmückten Räumen der Hauptfeuerwache Favoriten eine Feier verbunden mit einer Weihnachtsbescherung statt, zu der die Angestellten der Wiener Berufsfeuerwehr 50 Favoritner Kinder im Sinne des Aufrufes des Bundeskanzlers als Gäste geladen <sup>hatten.</sup> Zu dieser waren erschienen Frau Josefine Schmitz, Obermagistratsrat Schinnell und Rechnungsrat Deschka von der Landesfachleitung der V.F., der Leiter des städt. Jugendamtes Obermagistratsrat Dr. Rieder, der Leiter der Bezirksorganisation Favoriten der V.F. Hofstadler, der Leiter des Bezirksjugendamtes Magistratsrat Dr. Karbas, das Offizierskorps der Wiener städt. Feuerwehr unter der Führung des Kommandanten Ing. König sowie die dienstfreien Amtswalter der V.F. der Dienststelle Feuerwehr.

Nach Begrüßungsworten des Brandrates Ing. Priessnitz verwies in einer herzlichen Ansprache der Fachreferent für Feuerlöschwesen der Stadt Wien Generalmajor Zar auf die stete Hilfsbereitschaft der Wiener Berufsfeuerwehr, deren Angehörige über ihre Mitarbeit an der Wiener Winterhilfe hinaus durch diese Weihnachtsbescherung ihre besondere Verbundenheit mit der Wiener Bevölkerung bekunden wollten. Die Weihnachtsbescherung nahm Frau Josefine Schmitz vor, wobei sie jedes Kind auch noch persönlich mit einer Gabe bedachte. Ausserdem erhielten die Kinder ein reichliches Abendessen und je ein Lebensmittelpaket.

-----



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

367  
Wien, am 19. Dezember 1935

Dritter Budgetbericht  
Sitzung vom 19. Dezember 1935.

Die Wiener Bürgerschaft setzte heute mit der Spezialdebatte zum Hauptstück "Allgemeine Verwaltung" die Beratung des Voranschlages 1936 der Stadt Wien fort.

Obermagistratsrat Dr. Schindler führt in seinem Bericht aus, dass für Aktivbezüge Ausgaben von 99'7 Millionen S und für Pensionsbezüge Ausgaben von 45'7 Millionen S vorgesehen sind. Am 1. August 1935 zählte die Stadt Wien 22.472 Aktivangestellte und 12.637 Pensionsparteien. Der Stand der Aktiven ist vom 1. August 1934 bis 1. August d.J. um 445, der der Pensionsparteien um 250 gestiegen. Zu diesen Personalständen kommen noch 281 geistliche Schwestern in den Wohlfahrtsanstalten, 21 Rudolfinerinnen im Karolinen-Kinderhospital und 364 nebenberufliche Lehrpersonen, die hauptsächlich für den Unterricht in Freigegegenständen und für den Religionsunterricht bestellt sind.

Nachdem Obersenatsrat Dr. Neumayer über den Sachaufwand für die in Beratung stehende Gruppe gesprochen hatte, sprach

Rat Dr. Trautzi über das Volksbildungswesen, er dankte dem Bürgermeister und dem Finanzreferenten, dass sie die Volksbildungsinstitutionen stets gefördert haben und auch, wenn grössere Summen hierfür erbeten wurden, geholfen haben. Vor allem gilt dem Herrn Bürgermeister der wärmste Dank für sein grosszügiges Eingreifen im Dienste der Volksbildung.

Nunmehr gelangt das Hauptstück "Wohlfahrtsamt" zur Verhandlung. Berichterstatter ist: Obersenatsrat Dr. Maly, der u. a. ausführt: Das Wohlfahrtsbudget weist eine Bruttoausgabe von 96'1 Mill. S. aus. Dazu kommen noch die Personal- und Sachauslagen, die im Hauptstück "Arbeitsbeschaffung" veranschlagt, dem Wohlfahrtsamte zugute kommenden Ansätze für Wäsche, Decken, Einrichtungsgegenstände u. dgl., sodass sich ein Gesamterfordernis von rund 110 Millionen S ergibt.

Die Hauptpost bilden die Beiträge zu den Notstandsaus-  
hilfen für Arbeitslose und zu den Kosten der Altersfürsorge im Betrage von 14'2 Millionen S, sowie zum Kleinrentnerfonds im Betrage von 1'5 Millionen S. Der Berichterstatter spricht dann ausführlich über die Familienfürsorge, die er als eine erweiterte Fürsorge bezeichnet. Sie erstreckt sich auf Familien mit vier oder mehr Kindern. Voraussetzung ist eine eheliche, geordnete Familiengemeinschaft. Es sollen vor allem kinderreiche Familien befürsorgt werden, die Naturalien, zugewiesen erhalten sollen, denen Zinsrückstände gewährt werden, Pfandauslösungen u. s. w. Ausserdem werden Institutionen, die sich mit dem Schutze der Familien befassen, unterstützt. Die Familienfürsorge - betont der Redner -, ist nicht mehr eine blosse Befürsorgung, sie ist auch eine Vorsorge, denn sie zielt auf die Verwirklichung von sozialpolitischen Massnahmen ab, die geeignet sind, die Familie aus der Fürsorgebedürftigkeit herauszuziehen und auf eine gesunde Lebensgrundlage zu stellen.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt.

Wien, am.....

In seinem weiteren Bericht hebt der Redner die Zusammenarbeit der Stadt Wien mit der privaten Fürsorge hervor. Die privaten Wohltätigkeitsvereine müssen aber auch wirkliche, zusätzliche Arbeit leisten, sie dürfen sich keineswegs nur als Vermittler zwischen den Befürsorgten und der Stadt Wien ansehen. Ein besonderes Gebiet für das Zusammenarbeiten zwischen privater und öffentlicher Fürsorge bilden der Mutterschutz und die Säuglingsfürsorge.

Aus dem ungeheuren Gebiet des Wohlfahrtswesens sind folgende Tatsachen hervorzuheben. Am 1. Oktober 1935 standen etwa 23.700 Familien im Genusse von Pfleglingbeiträgen, die sie für etwa 41.500 Kinder bezogen. Für 5000 Kinder sind Pflegegelder bewilligt. Die Stadt Wien unterhält derzeit einschliesslich der Horte 110 Kindergärten mit 341 Abteilungen. Die Berufsvormundschaft betreut derzeit 23.000 Mündel. Ferner gibt es 33 städtische Mutterberatungsstellen und eine Expositur. Die Richtlinien für die Aufgaben der Schwangerenberatungsstellen, deren die Gemeinde 6 unterhält, sind wesentlich erweitert worden, insbesondere in bevölkerungspolitischer Richtung. Ende Oktober 1935 standen 52.111 Personen im Genusse von Erhaltungsbeiträgen.

Ausführlich beschäftigt sich der Referent mit der Bedeutung des Fürsorgebuches, das kein Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnis ist. Durch das Fürsorgebuch soll nur der gewerbmässigen Unterstützungsjägerei Einhalt geboten werden. Die Zahl der Fürsorgebücher beträgt derzeit insgesamt 170.000 mit 425.000 Einzelpersonen. In der Wohlfahrtspflege der Stadt Wien sind 4000 freiwillige Fürsorgeräte tätig.

Frau Rat Wolffring. Das tragende <sup>Fundament</sup> des Staates ist die Familie. Dass gerade beim Kapitel Wohlfahrtswesen keine Ersparungen vorgesehen sind, zeigt von dem grossen Verantwortungsbewusstsein, das den Bürgermeister dieser Stadt erfüllt, wenn es gilt, diese fundamentale Grundlage des Staates zu stützen. Der Aufbau der Familie kann aber nicht alleinaus materiellen Gründen heraus erfolgen. Auch die ideelle und die geistige Umstellung der Bevölkerung ist notwendig. Es gehört dazu eine systematische Eheberatung und eine Verberatung der weiblichen Jugend zur Hausfrau und Mutter. Es ist daher notwendig auch auf eine obligatorische Mütterschule im Wohlfahrtsamte der Stadt Wien hinzuarbeiten. Die Rednerin drückt sodann im Namen des Mutterschutzwerkes der V.F. dem Wohlfahrtsamte für sein hervorragendes Wirken den Dank aus. Dann äussert sie einige Wünsche bezüglich der Obdachlosenheime und wendet sich gegen die private-Sammlungstätigkeit, die unbekümmert um das Bestehen des Sammelverbotes die Bevölkerung ermüdet. Neben der wundervollen Auswirkung der Fürsorgebücher wäre noch eine Einrichtung notwendig, um die Gebefreudigkeit der Bevölkerung zu erleichtern. Rednerin befasst sich noch mit der Bettlerplage und stellt fest, dass die Verhältnisse nach dem vielversprechenden Anfang der Beschäftigungsanstalt für Berufsbettler bedeutend besser geworden sind. Rednerin ersucht darum, diesen Versuch weiter auszuweiten und gibt zum Schlusse ihrer ausserordentlichen Freude darüber Ausdruck, dass sie als Rat der Stadt Wien unter dem sozialsten Bürgermeister zu arbeiten hat.

Nach dem Schlusswort des Referenten Obersenatsrat Dr. Maly referiert Senatsrat Gehladt über das vierte Hauptstück "Wohnungsamt". (Die Sitzung dauert fort).



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am .....

Der Berichterstatter führt aus, dass eine gewisse Wohnungsnot noch immer <sup>glaube</sup> ~~glaube~~, wenn man Zahl und Art der Wohnungsgesuche betrachte. Gegenwärtig steht einem Vorrat von kaum 200 freien Wohnungen in städt. Häusern ein Stand von noch immer rund 40.000 Wohnungsansuchen gegenüber, von denen 7000 Fälle als besonders berücksichtigungswürdig, davon 2000 als dringend wegen Wohnungslosigkeit, Unbrauchbarkeit der Wohnung wegen Baufälligkeit, Sanitätswidrigkeit oder wegen übermässigen Ueberbelages vorgemerkt sind. Alle anderen Gesuche kommen überhaupt nicht in Betracht, da es an freien Wohnungen dafür mangelt. Für die städt. Wohnhäuserverwaltung sind an Personal- und Sachkosten insgesamt 15'74 Millionen S vorgesehen, denen Einnahmen in der Gesamthöhe von 19'04 Millionen S gegenüberstehen.

Frau Rat Wolfring anerkennt die Leistungen des städt. Wohnungsamtes und hebt hervor, dass es immer nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Billigkeit vorgehe. Insbesondere werden die <sup>der</sup> Ansuchen / kinderreichen Familien stets bevorzugt.

Das Hauptstück "Wohnungsamt" wird genehmigt.

## Strassensammlung für die Wiener Winterhilfe.

Morgen, Freitag, und übermorgen, Samstag, findet in Wien wie in den Vorjahren die offizielle Strassensammlung für die Wiener Winterhilfe statt.

Wenn auch die berufenen öffentlichen Faktoren das Menschenmögliche aufgeboten haben, um der Wintersnot zu steuern, und wenn auch bisher in dankenswerter Weise viele namhafte private Spenden zur Verfügung gestellt worden sind, so bleibt doch noch immer genug zu tun übrig, um das volle Gelingen der Winterhilfsaktion zu sichern.

Darum gebe jeder nach Kräften bei der offiziellen Strassensammlung der Wiener Winterhilfe am Freitag und Samstag!

Sodann berichtet Stadtbaudirektor Dr. I. Musil über das Hauptstück "Technische Angelegenheiten". Der Referent hebt hervor, dass das Jahr 1935 dem Wiener Stadtbauamt, seinen Abteilungen und Baudienststellen einen Hochbetrieb brachte, wie schon lange nicht, da aus dem Investitionsprogramm nicht weniger als 45 Millionen S. verarbeitet wurden. In den ersten zehn Monaten des heurigen Jahres allein wurden nicht weniger als 2752 Wiener Gewerbetreibende und Industrielle mit Arbeitsaufträgen bedacht. Der Redner berichtet ausführlich über die einzelnen Artikel des Hauptstückes, wobei er den Strassenbau als eine der wichtigsten Aufgaben des Stadtbauamtes bezeichnet. Seit Mitte 1934 sind insgesamt 120 Strassenbauten mit einer Kostensumme von fast 11 Millionen S in Angriff genommen worden. Der Redner bespricht dann die Leistungen auf dem Gebiete der Wasserversorgung, des Kanalisationswesens, der Brückenerhaltung und würdigt sodann eingehend die Bedeutung des Hausreparaturfonds und des Assanierungsfonds für die Belebung der Wirtschaft.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am .....

Auszeichnung des Bezirksvorstehers Dr. Siegmeth.

Der Bundespräsident hat dem Bezirksvorsteher der Inneren Stadt Obermagistratsrat Dr. Siegmeth das Ritterkreuz I. Klasse des Oesterreichischen Dienstordens verliehen, dessen feierliche Ueberreichung Bürgermeister Richard Schmitz heute im Rathaus vornahm. Der Bürgermeister würdigte in einer herzlichen Ansprache die Verdienste des Ausgezeichneten, die dieser sich in seiner zwölfjährigen Wirksamkeit als Bezirksvorsteher und in einer mehr als dreissigjährigen Tätigkeit als Konzeptbeamter des Wiener Magistrates erworben hat, und sprach ihm seine und der Stadt Wien Glückwünsche aus. Bezirksvorsteher Siegmeth dankte in bewegten Worten für die Ehrung und versprach, die Treue, die er vor Jahrzehnten dem grossen Volksbürgermeister Dr. Karl Lueger gelobt hat, der Stadt Wien auch weiterhin zu halten. Der Feier wohnten Vizebürgermeister Lahr, Magistratsdirektor Dr. Hiessmanseder, der Vorstand des Präsidialbüro Senatsrat Jiresch, der Bezirksleiter der V.F. Innere Stadt Generalmajor Zobernig, Stadthauptmann Hofrat Schattl, die Wiener Bezirksvorsteher, die Bezirksräte des I. Bezirkes, Pfarrer Kanonikus Müller von St. Stephan, sowie zahlreiche Vertreter der Behörden und Aemter der Inneren Stadt, des Gewerbebundes, der Vaterländischen Verbände, der Fürsorge- und sonstigen Aktionen des Bezirkes bei.

.....

In der Spezialdebatte über das Hauptstück "Technische Angelegenheiten" spricht zunächst Rat Ing. Hermann. Nach fachmännischen Ausführungen über die verschiedene Herstellung von Strassendecken empfiehlt der Redner zum Zwecke von Ersparungsmassnahmen folgendes zu beachten: Eine vermehrte Verwendung der Betonstrasse wegen ihrer Billigkeit, geringerer Erhaltungskosten, hoher Lebensdauer und besonderer Eignung für den Strassenverkehr; eine verminderte Anwendung der Asphaltstrasse wegen geringerer Eignung.

Rat Uebelhör empfiehlt die Aktion des Dombauvereines, um Mittel für die ständig notwendigen Erhaltungsarbeiten an der Stephanskirche aufbringen zu können, die durch die normalen Einnahmen nicht im ausreichenden Masse gedeckt werden können. Eine etwaige Einstellung der jedes Jahr notwendigen Reparatursarbeiten würde die Stephanskirche, die eines der bedeutendsten und herrlichsten Bauwerke darstellt, der Gefahr des Verfalles aussetzen. Redner ersucht um eine entsprechende Regelung der Umgebung des Lessingdenkmals/ <sup>auf dem</sup> Judenplatz und hofft, dass das Projekt des Assanierungsfonds zur Beseitigung einer der gefährlichsten Verkehrsecken, der sogenannten Todesecke auf der Hernalserhauptstrasse im Jahre 1936 durchgeführt werden kann. Er ersucht um eine Ausgestaltung der Anlage des Alszauberbrunnens am Elterleinplatz; schliesslich macht er auf den Umstand aufmerksam, dass es auf der Hernalserhauptstrasse noch einzelne für den Verkehr hinderliche Vorgärten gibt. (Beifall.)

Rat Elsinger gibt der allgemeinen Befriedigung der Bevölkerung und der Wirtschaftskreise Ausdruck darüber, dass die Stadtverwaltung ganz bedeutende Summen für die Besserung des Zustandes der Wiener Strassen verwendet hat und auch im nächsten Jahre verwenden wird. In der Frage der Herstellung moderner Strassendecken schliesst sich Redner den Ausführungen des Rates Ing. Hermann an und wünscht eine



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am .....

**Vermehrung** der Betonstrassen. Er fragt, ob es nicht möglich wäre, die in der Inneren Stadt erforderlichen Strassenreparaturarbeiten schon vor der Zeit des stärksten Fremdenverkehrs durchzuführen. Im Interesse des Fremdenverkehrs wäre auch die Anbringung der noch fehlenden Strassentafeln an einzelnen Strassenkreuzungen notwendig. (Beifall.)

Rat Stubenvoll ersucht darauf zu achten, dass Wien nicht mehr als Gemeinde, sondern mit seinem vollen verfassungsrechtlichen Titel "Bundesunmittelbare Stadt" bezeichnet werden soll. Redner wünscht eine etwas strengere Bewachung der Friedhöfe und regt an, die Meldezeiten für die Arbeitssuchenden bei der Schneesäuberung vom sozialen Gesichtspunkt aus abzuändern, sowie eventuell ein Vormerkungssystem einzuführen. In bezug auf die Modernisierung des Wiener Kanalnetzes spricht sich Redner gegen eine ausschliessliche Verwendung von Betonrohren und für Steinzeugrohre und Steinzeugschalen aus. Namens der von ihm vertretenen Arbeiterschaft dankt Redner der Stadtverwaltung für die Fortsetzung der Strassenbauarbeiten auch im Jahre 1936, wendet sich jedoch gegen eine etwaige Steigerung der Betonstrassen, da bei diesen die Lohnquote viel geringer ist, als bei den Hartsteinstrassen. Er bringt einen Lohnkonflikt in der Ziegelindustrie zur Sprache und bittet die Stadtverwaltung als Hüterin der sozialen Ordnung im Sinne einer gerechten Beilegung einzugreifen.

Rat Ing. Gross ersucht zunächst um ein <sup>die</sup> individuelles Vorgehen der Baupolizei. Er betonte mit besonderem Nachdruck die Bedeutung des Hausreparaturfonds und des Assanierungsfonds für das gesamte Baugewerbe und ersucht, beide Fonds so hoch wie möglich zu dotieren, um der Wiederbelebung der Wirtschaft durch Arbeitsbeschaffung auf diesem Gebiete neue Impulse zu geben.

Rat Jirek schildert die Lage des Fuhrwerksstandes. Das Wiener Fuhrwerksgewerbe sei dem Bürgermeister zu grossem Dank verpflichtet.

Redner bittet dem Fuhrwerksgewerbe auch in den schweren Wintermonaten Beschäftigung zu geben.

Rat Dr. Holomek verweist auf Herstellungsbedürftigkeit des Kanals in der Gentsgasse und gibt dann die Anregung für den Höhenweg, der auf Anordnung des Bürgermeisters von Hütteldorf bis auf den Kahlenberg angelegt werden soll, entsprechende Zugänge zu schaffen oder zu bezeichnen. Für diese Arbeiten mögen auch die privaten Verschönerungsvereine herangezogen werden.

Rat Prof. Gurschner tritt dafür ein, dass auf dem Arbeitsgebiet der Denkmalpflege nur sachkundige Fachleute beschäftigt werden sollen, um nicht durch unsachgemässe Arbeiten an den Denkmälern Schäden zu verursachen. Bei der Offertverhandlung über solche Arbeiten möge das Stadtbauamt vor allem die Leistungsfähigkeit der Offerenten prüfen.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt.

Wien, am .....

Rat Ing. Petravic spricht den Wunsch aus, dass bei Vergebung des Hausreparaturfonds auch die Industrie nicht übergangen werde. Er denkt da insbesondere an die Aufzugfabriken, die im Jahre 1935 nur 40 Aufzüge in Neuherstellung durchzuführen hatten. Es sind in Wien 6000 Häuser, wo der Einbau von Aufzügen möglich wäre. Wenn nur die Möglichkeit geschaffen würde in sechszig von diesen Häusern Aufzüge einzubauen, so würde sich eine Mehrbeschäftigung von 234 Arbeitern ergeben und auch einer Anzahl von Gewerben Verdienst geschaffen werden. Es würde hiezu im ganzen ein Betrag von rund 180.000 S notwendig sein, der wohl auch aus den kargen Mitteln des Reparaturfonds erübrigt werden könnte.

FrauRat Kuster spricht zum Kapitel Strassenpflege und bittet das Stadtbauamt darauf zu sehen, dass bei Glatteis schon in den frühen Morgenstunden nicht nur die Gehwege, sondern auch die Strassenübergänge bestreut werden, um den Nachtarbeitern, wie den Austrägern der Bäcker, der Milchgeschäfte, Zeitungsausträger, ihren Dienst zu erleichtern.

Rat Engelbrecht meint, dass die Schneesäuberung in den frühen Morgenstunden etwas zu spät einsetzt. Man sollte trachten, dass auch den Leuten, die um diese Zeit schon zur Arbeit gehen, halbwegs gesäuberte Strassen zur Verfügung stehen. Redner spricht auch den Wunsch aus, dass die Strassenkehrer und die Chauffeure der Reinigungsmaschinen belehrt werden, die Staubentwicklung nach Möglichkeit zu verringern.

In seinem Schlussworte sagt Stadtbaudirektor Dr. Ing. Musil unter anderem auf die Ausführungen des Rates Ing. Hermann, dass die Betonstrassen in der Grosstadt nur ein beschränktes Anwendungsgebiet haben und dass es unrichtig sei zu behaupten, dass die Betonstrassen in anderen Ländern dominieren. Es sei auf der ganzen Welt so, dass man das Führwerk den Strassen anpassen müsse.

In diesem Zusammenhang nimmt der Referent auch zur Frage der Herstellung von Betonbrücken Stellung und erklärt, dass die Herstellung einer sechs spurenbreiten Brücke wie die Rotundenbrücke sich um vieles teurer stellen würde. Zur Frage der Herstellung von Zugängen zum Höhenweg verweist der Referent darauf, dass der Herr Bürgermeister bereits die Inbetrachtziehung von Wegen, die von den Endstationen zum Höhenweg führen, angeordnet hat.

Sodann wird nach einem Referat des Senatsrates Dr. Fenzl das sechste Hauptstück "Wirtschaftsamt" ohne Debatte genehmigt.

(Die Sitzung dauert fort).

\* Rat Hess beklagt, dass Wien zu den lärmendsten Grosstädten zähle und würde es im Interesse des Fremdenverkehrs begrüßen, wenn Mittel gefunden würden um den Lärm einzuschränken.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII. Blatt

Wien, am .....

Nunmehr gelangt das Hauptstück VII "Arbeitsbeschaffung" zur Verhandlung. Berichterstatter ist Obersenatsrat Dr. Neumayer, der nochmals den Einbau dieses Hauptstückes in dem gesamten Voranschlag begründet. Vor allem wird hervorgehoben, dass die ursprünglich getrennten Posten des Assanierungs- und Hausreparaturfonds in eine Post zusammengezogen werden, um so eine leichtere Beweglichkeit herzustellen und damit auf jedem Fall den Bestand des Hausreparaturfonds für das kommende Jahr zu sichern. Ausserdem ergibt sich insofern eine Verschiebung, als eine neuerliche Ueberprüfung der eingelangten Wohnung ergeben hat, dass der Hausreparaturfond noch rund 300.000 S im Jahre 1935 ersparen wird, sodass um den gleichen Betrag die Dotation des Assanierungs- und Hausreparaturfonds sich erhöht. Von besonderer Beachtung ist die Aufnahme einer Ausgabepost der fünften Stadtrand-siedlung, sodass auch im nächsten Jahr diese sich so günstig auswirkende Aktion in ihrem Fortbestand gesichert erscheint. Schliesslich hebt der Referent noch hervor, die Schaffung einer in der ursprünglichen Vorlage nicht vorgesehenen Post zur Bekämpfung der Rauchplage und ähnlicher Schäden. Wie die Aktion durchgeführt wird, steht noch nicht fest,

doch kann soviel verraten werden, dass versucht werden soll, bei dieser Aktion privates Kapital mit zu mobilisieren. Aus den erwähnten Aenderungen ergibt sich eine Steigerung des Gesamtaufwandes im VII. Hauptstück um die erwähnten 300.000 S, sodass also aus dem Titel der Arbeitsbeschaffung rund 55'1 Millionen S im Jahre 1936 verausgabt werden können.

Rat Ing. Petravio spricht ausführlich zum Problem der Arbeitsbeschaffung, die nirgends Widerstand findet, wenn sie von volkswirtschaftlicher Rentabilität ist. Die Arbeitsbeschaffung muss rationell sein, befruchtend und muss sich vor allem dauernd auswirken, um der Industrie die Möglichkeit zu geben, die jetzt eingestellten Arbeitskräfte dauernd beschäftigen zu können. Notwendig ist es, bei der Arbeitsbeschaffung über die Schlüsselindustrie hinaus auch andere Industrien, wie die Metallindustrie, z.B. mit Aufträgen zu versehen. Redner spricht sodann von der Exportförderung und meint, dass auch diese, weil die Risiken für die Privatunternehmungen über ihre Kraft gehen, von der öffentlichen Hand in ihren Wirkungskreis einbezogen werden müssten.

Nunmehr berichtet Generaldirektor Menzel über den Wirtschaftsplan 1936, sowie über die Bilanz 1934 des städtischen Gaswerkes. Das genannte Werk hat für das kommende Jahr die Gaserzeugung mit 274 Millionen Kubikmeter angenommen. Der Voranschlag ergibt einen Gebarungsüberschuss von rund 10'5 Millionen S. Ferner referiert Generaldirektor Menzel über die städtischen Elektrizitätswerke, deren Wirtschaftsplan für das kommende Jahr einen Gebarungsüberschuss von rund 10'2 Millionen S ausweist. Direktor Ing. Werner berichtet sodann über den Wirtschaftsplan 1936 der städtischen Strassenbahn, die einen Gebarungsabgang von 4'5 Millionen S veranschlagen. Die Strassenbahn rechnet für das kommende Jahr einschliesslich der Stadtbahn mit einer Fahrleistung von 125'6 Millionen Wagenkilometern und einschliesslich der Stadtbahn mit einer Beförderungsleistung von 483'7 Millionen Fahrgästen. Im Autobusbetrieb wird eine Gesamtfrequenz von 16'4 Millionen Fahrgästen angenommen.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt.

Wien, am .....

Sodann referieren Direktor Ing. Stanka über das städtische Brauhaus, Direktor Ing. Raschendorfer über die städtische Leichenbestattung und Direktor Pikolon über die städtische Ankündigungs-  
ernehmung .

Dazu sprechen die Räte Stubenvoll , Elsinger und Ing. Petravic,  
worauf ein Bericht des Obersenatsrates Dr. Neumayer über "Bilanz und Bedeckung"  
Budgetberatung der Wiener Bürgerschaft abgeschlossen ist.

Bürgermeister Richard Schmitz dankt in herzlichen Worten  
die ernste und sachliche Beratung des Haushaltplanes der Stadt Wien und  
schliesst mit den besten Weihnachts- und Neujahrswünschen  
die Bürgerschaft und die gesamte Wiener Bevölkerung die Sitzung.

.....



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur. 368  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 20. Dezember 1935.

## Vergebung von Winterarbeiten durch die Stadt Wien.

Diese Woche hat Bürgermeister Richard Schmitz die Vergebung von Steinmaterialbestellungen für das nächstjährige Bauprogramm der Strassenbauabteilung genehmigt und damit einer grossen Zahl oberösterreichischer Steinbrucharbeiter die Weihnachtsfreude einer gesicherten Arbeitsgelegenheit beschert. Die Bestellungen umfassen 375.000 Stück Granitwürfel und 14,5 Kilometer Granitrandsteine mit einer Kostensumme von mehr als einer Million Schilling. Ausser den drei grossen Steinbrüchen in Sarmingstein und Mauthausen sind noch fünfzehn kleinere Steinbruchbesitzer an den Lieferungen beteiligt, so dass die Arbeitsbeschaffung der Stadt Wien sich noch in folgenden oberösterreichischen Gemeinden auswirkt: Aigen-Schlägl, Enzenkirchen, Freistadt, Helfenberg, Lasberg bei Kefermarkt, Neuhaus a. d. Donau, Perg, Schärding, Wartberg ob der Aist, Windhag bei Freistadt und Zell bei Zellhof.

Ausserdem kamen fünf Kanalinstandsetzungsarbeiten mit einer Gesamtkostensumme von rund 100.000 Schilling zur Vergebung, die während des Winters ausgeführt werden sollen. Es handelt sich um Kanalstrecken in der Lerchenfelderstrasse (Ottakringerbachkanal) im 7., in der Spitalgasse (Alsbachkanal) im 9., in der Bessemerstrasse im 21. Bezirk und um <sup>zwei</sup> Teilstrecken des Donaufelder Sammelkanales an der oberen alten Donau.

Die Instandsetzung des grossen Palmenhauses im städtischen Reservegarten mit einem Kostenbetrage von rund 22.000 Schilling und die Baumeisterarbeiten für die Erweiterung der Feuerwehr-Zentrale Am Hof, die 95.000 Schilling erfordern, wurden ebenfalls in dieser Woche vergeben. Auch diese Arbeiten können während des Winters in Angriff genommen werden.

-----

## Die Sonntagsarbeit im Kleinhandelsgewerbe am 22. Dezember 1935.

Das am 19. Dezember ausgegebene 30. Stück des Gesetzblattes der Stadt Wien enthält unter anderem die Verordnung des Bürgermeisters vom 17. Dezember d. J. betreffend die Sonntagsarbeit im Kleinhandelsgewerbe am 22. Dezember 1935. Nach dieser Verordnung ist die Sonntagsarbeit im gesamten Lebensmittelkleinhandel und im gesamten Kleinverschleiss der Lebensmittelherzeugungsgewerbe am heurigen Goldenen Sonntag von 8 Uhr bis 12 Uhr und von 15 Uhr bis 19 Uhr, im sonstigen Warenverschleiss im kleinen von 10 Uhr bis 18 Uhr gestattet.

-----

## Vergebung von städtischen Arbeiten.

Die Magistratsabteilung 32 vergibt die Anstreicherarbeiten beim Umbau des städtischen Hauses Am Hof 7 für Feuerwehrzwecke; Anbotsverhandlung 30. Dezember, 11 Uhr. Anbotsunterlagen und Auskünfte in der genannten Abteilung.

-----

## Die Strassenbahn-Fahrkartenvorverkaufsstellen zu Weihnachten.

Die Kartenvorverkaufsstellen der städtischen Strassenbahnen sind übermorgen, Sonntag (Goldener Sonntag), von 8 Uhr bis 14 Uhr offen. Am 24. Dezember (Heiliger Abend) endet die Verkaufszeit bei allen Vorverkaufsstellen um 17 Uhr 30. Am 25. Dezember (Christtag) sind die Vorverkaufsstellen geschlossen, dagegen am 26. Dezember von 8 Uhr bis 14 Uhr offen.

-----



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien am 20. Dezember 1935.

## Wiedereröffnung des Römischen Museums.

Das Römische Museum der Stadt Wien, 4., Rainergasse 13, das seit anfangs Oktober d. J. wegen baulicher Erneuerungsarbeiten zeitweilig geschlossen war, wird morgen, Samstag, für den allgemeinen Besuch wiedereröffnet. Besuchszeiten Dienstag und Donnerstag von 9 bis 13 Uhr und Samstag von 15 bis 19 Uhr. Bei Schul- und korporativen Besuchen telefonische Voranmeldung (U 46-7-73) mindestens eine Woche vorher.

-----

## Konstituierung der Wiener Fremdenverkehrskommission.

Donnerstag fand im Rathaus unter dem Vorsitze des Bürgermeisters die erste Sitzung des Hauptausschusses der neugegründeten Kommission zur Förderung des Fremdenverkehrs in Wien statt. Die Mitglieder dieser Kommission sind aus den am Fremdenverkehr in Wien interessierten Kreisen und aus der Reihe von Fachleuten auf diesem Gebiet vom Bürgermeister berufen worden. Die Mitgliedschaft ist eine ehrenamtliche.

Bürgermeister Richard Schmitz sprach zunächst den Mitgliedern der Kommission für ihre Bereitwilligkeit, an der Förderung des für Wiens Kultur und Wirtschaftsleben gleich wichtigen Fremdenverkehrs den Dank der Bundeshauptstadt aus. Der Wiener Fremdenverkehr, sagte der Bürgermeister, entspreche augenblicklich allerdings nicht allen Wünschen der interessierten Kreise. Die Entwicklung der letzten Jahre zeige, dass in den ersten elf Monaten des Jahres 1933 375.804 Fremde in Wien weilten, während ihre Zahl im gleichen Zeitraum des Jahres 1935 auf 356.397 gesunken sei. Gegenüber dem Jahre 1933 ergebe sich also immer noch ein Rückgang um rund fünf Prozent. Im Vergleich zu 1934 zeige sich allerdings ein Zuwachs um rund 32.000 Fremde, der aber noch nicht ausreichte. Wenn man diese Ziffern auf den Anteil des In- und Auslandes untersuche, so ergebe sich, dass der Fortschritt gegenüber dem Jahre 1934 nur der Zunahme des Auslandsverkehrs zu danken sei, der Steigerungen aus allen Staaten mit Ausnahme eines einzigen aufweise. So erfreulich diese Erscheinung an sich auch sei, so wenig dürfe die Tatsache übersehen werden, dass der Besuch Wiens durch die Inländer ständig abnehme. Im Jahre 1933 kamen noch 125.634 Besucher aus den Bundesländern nach Wien. Diese Zahl sank im Jahre 1934 auf 116.423, im heurigen Jahre sogar auf 112.159. Der Bürgermeister wies auf die dringende Notwendigkeit hin, die Verluste am Inlandsfremdenverkehr durch entsprechende Werbemaßnahmen wieder aufzuholen, worin eine der ersten Aufgaben der neu ins Leben gerufenen Fremdenverkehrskommission zu erblicken ist.

Sodann nahm Vizebürgermeister Dr. Kresse in seiner Eigenschaft als geschäftsführender erster Vorsitzender der F.V.K. das Wort und betonte den innigen Zusammenhang des Fremdenverkehrs mit dem gesamten Kultur- und Wirtschaftsleben Wiens. Diese Verwurzelung des Fremdenverkehrs in den



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am .....

mannigfaltigsten Lebensäusserungen der Stadt bringe es mit sich, dass die Fremdenverkehrsförderung vor allem als eine Angelegenheit der unmittelbar interessierten Kreise zu betrachten sei. Die amtlichen Stellen können die auf die Förderung des Fremdenverkehrs gerichteten Bestrebungen nur unterstützen und haben dort subsidiär einzugreifen, wo der Privatinitiative die entsprechenden Mittel und Einrichtungen fehlen. Die neue Fremdenverkehrskommission wird als Beraterin der Stadtverwaltung in allen Fragen des Fremdenverkehrs wirken. Die Durchführung der Werbung wird durch die der Wiener Messe angegliederte Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien wie bisher besorgt werden. Die Veranstaltung der Festwochen obliegt auch fernerhin dem Verein "Wiener Festausschuss", der sich aus gewählten und den von der Stadtverwaltung ernannten Mitgliedern zusammensetzt und dessen Tätigkeit bisher sehr erfolgreich war. Redner dankt dem Verein "Wiener Festausschuss" für seine bisherigen Leistungen.

Hierauf erstattete der leitende Direktor der Wiener Messe Dr. Stetten einen eingehenden Bericht über die Tätigkeit der Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien, die in den letzten beiden Jahren eine weltumspannende Werbung entfaltet hat. Viele Hunderttausende von Werbeschriften und Plakaten wurden in alle Erdteile verschickt, Vorträge veranstaltet und gefördert. Auch Presse und Funk leisteten der Auslandwerbung wertvolle Unterstützung.

Schliesslich berichtete der Präsident des Vereines "Wiener Festausschuss" Kommerzialrat Ing. Scheifflinger über die Festwochen in den Jahren 1934 und 1935, deren Erfolg sowohl in künstlerischer als auch in propagandistischer Hinsicht zufriedenstellend war. Der Wiener Festausschuss ist derzeit mit der Propaganda für den Wiener Fasching beschäftigt, hat aber auch bereits weitgehende Vorarbeiten für die Wiener Festwochen 1936 in Angriff genommen.

\*

Sehr geehrter Herr Kollege!

In der Beilage finden Sie die Berichte der Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien und des Vereines "Wiener Festausschuss" 1934/35. Ich bitte um entsprechende Verwertung dieser interessanten Berichte.

F. X. Friedrich.

.....



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

369

Wien, am 21. Dezember 1935.

## Glatteis und Schneefall.

Infolge des Freitag nachmittag eingetretenen leichten Schneefalles bildete sich Glatteis, das vom städtischen Strassenpflegebetrieb sofort energisch bekämpft wurde. Das gesamte städtische Personal war von Freitag nachmittag über den normalen Arbeitsschluss hinaus bis in die späten Abendstunden mit den notwendigen Streuarbeiten beschäftigt. Ausserdem wurden alle Streummaschinen in den Dienst gestellt. Die Streuarbeiten wurden auch in der Nacht auf Samstag fortgesetzt.

Für die Schneeabräumung wurden heute, Samstag, früh ausser dem städtischen Personal in der Stärke von mehr als tausend Mann 2.369 Arbeitslose aufgenommen. In den Randbezirken wurde auch eine grosse Anzahl von Schneepflügen zur Strassenreinigung eingesetzt.

-----

## Gültigkeit der Hin- und Rückfahrtscheine am 24. Dezember.

Die Strassenbahndirektion teilt mit, dass die Hin- und Rückfahrtscheine sowie die Wochenkarten der Strassenbahn am 24. Dezember zur Rückfahrt schon von 11 Uhr an gelten.

-----

## Das Weihnachtsgeschäft auf den Wiener Märkten.

Nach einem Bericht des städtischen Marktamtes ist auf dem Fischmarkt das Geschäft in langsamer Entwicklung begriffen. Für die Weihnachtsfeiertage werden 300.720 Kilogramm Karpfen (gegen 320.000 Kilogramm im Vorjahr) und 165.000 Kilogramm Seefische (gegen 140.000 im Vorjahr) zur Verfügung stehen. Ein Teil der erwarteten Zufuhren ist noch im Anrollen und wird am 23. d. M. eintreffen. Mit Rücksicht auf die infolge der ungünstigen Witterungsverhältnisse in den Fanggebieten geringere Ausbeute der Hochseefischerei, insbesondere bei Kabeljau, haben die Preise bei den Auktionen in den deutschen, dänischen und norwegischen Fischereihäfen stark angezogen, so dass sich die Preise gegen das Vorjahr erhöhen. Bis nun stellen sich die Kleinhandelspreise für Seefische wie folgt: Kabeljau 2 Schilling, Kabeljaufilets 2 Schilling 60, Seelachs 1 Schilling 60 und Seelachsfilets 2 Schilling pro Kilogramm. Die Preise für Karpfen betragen für bis zu 2 Kilogramm schwere Fische 2 Schilling 50, für Fische von mehr als 2 Kilogramm 2 Schilling 60 pro Kilogramm, für geteilte Karpfen um 20 Groschen pro Kilogramm mehr. Inländische Karpfen, "Fettkarpfen", werden um 2 Schilling pro Kilogramm abgegeben.

Für den Christbaumhandel sind nächst inländischen Bäumen aus der Tschechoslowakei grössere Mengen eingelangt, insbesondere kleine Fichtenbäume, die in guter Qualität zu billigen Preisen angeliefert wurden. Die Zufuhren aus der Steiermark sind durch die starken Schneefälle teilweise behindert. Die Preise sind erst in Entwicklung begriffen und bewegen sich derzeit im Rahmen der vorjährigen Notierungen. Tannen bis zu einem halben Meter kosten derzeit ohne Kreuz 50 Groschen bis 1 Schilling, Fichten 30 Groschen bis 1 Schilling, Tannen bis zu einem Meter 1 Schilling bis 2 Schilling 50 und Fichten 50 Groschen bis 1 Schilling 50.

-----



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Zweite Ausgabe

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

370

Wien, am 21. Dezember 1935

## Die städtischen Bäder am 24. Dezember.

Die städtischen Dampf-, Wannen-, Brause- und Schwimmhallenbäder sind am 24. Dezember von 8 Uhr bis 17 Uhr offen.

.....

## Weihnachtsbescherungen im Rathaus.

Der Festsaal des Wiener Rathauses war Freitag und Samstag der Schauplatz erhebender Feiern. Bürgermeister Richard Schmitz hatte nämlich Hunderte von Wiener Kindern in den schönsten Saal Wiens zur Weihnachtsbescherung geladen. In der Turmnische des Festsaales stand ein riesengrosser Christbaum, der mit seinen vielen Lichtern dem sonstigen strahlenden Licht des Festsaales einen weihnachtlichen Glanz verlieh.

Freitag waren es mehr als achthundert Wiener Doppelwaisen, die im Festsaal Gäste des Bürgermeisters und dessen Frau waren. Die Kinder erhielten eine Jause und wurden mit Weihnachtsgaben bedacht. Ein von Zöglingen des Waisenhauses Hohe Warte unter der Leitung von Anstaltsdirektor Strohschneider aufgeführtes Weihnachtsspiel verschönerte die Feier.

Heute erschienen auf Einladung des Bürgermeisters etwa sechshundert Kinder aus kinderreichen Familien städtischen Arbeiter und Bediensteter zur Weihnachtsbescherung im Festsaal. Als der Bürgermeister mit seiner Begleitung den Saal betrat, scholl ihm heller Jubel entgegen. Der Bürgermeister richtete an die Kinder herzliche Worte der Begrüssung, worauf ein Mädchen ein Gedicht vortrug. Nach Dankesworten des Bundeswirtschaftsrates Skokan wurden die Kinder mit Kleidern, Schuhen und Zuckerwerk beteiligt. An der Feier nahmen unter anderem die Gattin des Bürgermeisters Frau Josefine Schmitz, die Vizebürgermeister Lahr und Dr. Kresse, Magistratsdirektor Dr. Hiessmanseder, Präsidialvortragend Senatsrat Jiresch, die leitenden Beamten und die Direktoren der städtischen Unternehmungen teil.

Vorher hatte der Bürgermeister in der Volkshalle der von fast neunhundert Kindern besuchten Weihnachtsbescherung des Vereines "Frohe Kindheit" beigewohnt und auch dort unter dem Jubel der Kinder gesprochen. Dozent Dr. Arnold feierte den Bürgermeister als Helfer der Armen und Schützer der Kinder. Vertreter des Bundeskanzleramtes und des Unterrichtsministeriums sowie Frau Josefine Schmitz, Frau Minister Winterstein und zahlreiche andere Persönlichkeiten waren Ehrengäste dieser Veranstaltung.

.....



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

371

Wien, am 23. Dezember 1935.

---

## Strassenbahnfahrpreis am 25. und 26. Dezember.

Am 25. und 26. Dezember gilt auf der Strassenbahn und Stadtbahn der Sonntagsfahrpreis. Die Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine, Wochenarten sowie der Kleinzonen- und Kurzstreckentarif haben daher keine Gültigkeit. Hingegen gelten die Sonn- und Feiertagsfahrtscheine zu 64 Groschen im Tarifgebiet I während der ganzen Betriebsdauer, nur muss die erste Fahrt vor 17 Uhr angetreten werden. Die kombinierten Sonn- und Feiertags-Rückfahrtscheine für Strassenbahn und Bundesbahn gelten während der ganzen Betriebsdauer, doch ist die Rückfahrt nur am Tag der Ausgabe erlaubt und nicht erst am zweiten Tag.

.....

## Vergebung von städtischen Arbeiten.

Die Magistratsabteilung 34 vergibt für den Umbau des städtischen Hauses Am Hof 7 die Gas- und Wasserleitungsinstallationsarbeiten (Anbotsverhandlung 4. Jänner 1936, 9 Uhr) und die Elektro-Installationsarbeiten (Anbotsverhandlung 4. Jänner 1936, 10 Uhr). Ausschreibungsbeihilfe und Auskünfte in der genannten Abteilung, Neues Rathaus.

.....

## Weihnachtsverkehr in der Grossmarkthalle.

Am 25. Dezember sind die Fleischhalle und die Viktualienhalle der Grossmarkthalle geschlossen. Am 26. Dezember ist die Fleischhalle für den Detailverkehr von 7 Uhr bis 11 Uhr offen, die Viktualienhalle aber ist auch am Stephanitag geschlossen.

.....



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am .....

## Ein Festtag des neuen Wien.

Das erste von den fünf derzeit in Bau stehenden Familienasylen, das St. Brigitta-Familienasyl, 20., Adalbert Stiftergasse, ist heute vormittag von Kardinal Erzbischof Dr. Innitzer eingeweiht worden. Der schmucke Bau enthält 217 Wohnungen, bestehend aus Vorraum, Küche und Zimmer. Wasserleitung und Klosett sind innerhalb der Wohnung. Waschküchen und Trockenböden sind in ausreichendem Masse vorhanden. Die Anlage verfügt auch über eine zentrale Badeanlage mit einer hinreichenden Anzahl von Brausebadekabinen. Das elektrische Licht ist bis zu den Wohnungen zugeleitet. Jede Wohnung ist mit einem Kochherd und einem Heizofen für Holz- und Kohlenfeuerung ausgestattet. Die beiden Höfe sind gärtnerisch geschmückt und enthalten genug freien Raum für die Kinder.

Zur Feier hatten sich eingefunden die Gattin des Bundespräsidenten Frau Leopoldine Miklas, die Gattin des Bürgermeisters Frau Josefine Schmitz, Fürstin Fanny Starhemberg, in Vertretung des Bundeskanzlers Regierungskommissär Dr. Prohaska, zahlreiche Räte der Stadt Wien und Bezirksvorsteher, Magistratsdirektor Dr. Hiessmaseder, Präsidialvorstand Senatsrat Jiresch, der Leiter der städtischen Wohlfahrtsamtes Obersenatsrat Dr. Maly, der Leiter des städtischen Wohnungsamtes Senatsrat Gschladt, Stadthauptmann Oberpolizeirat Dr. Prochaska, Bezirkshauptmann Obermagistratsrat Dr. Reichel, die leitenden Beamten des Stadtbauamtes und des Wohlfahrtsamtes, für die Dienststellenorganisation der V.F. der städtischen Angestellten Obermagistratsrat Schinnell und Rechnungsrat Deschka, Vertreter der freiwilligen Wehrformationen, die Bezirksräte und Fürsorgeräte von der Brigittenau und viele andere.

Punkt 10 Uhr erschien Kardinal Innitzer, der vom Bürgermeister und vom Pfarrer Kanonikus Schmidt empfangen wurde.

Bevor der Kardinal die Weihe vornahm, richtete Bürgermeister Richard Schmitz an die Festgäste eine Ansprache, in der er nach Begrüßungsworten sagte:



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien am .....

"Das erste Familienasyl, das wir nun seiner Bestimmung übergeben, ist der Patronin dieses Stadtteiles, der heiligen Brigitta, geweiht. Die Familienasyle sind vor allem dazu bestimmt, Familien mit vielen Kindern, die in Not geraten sind, die in Gefahr sind, der Auflösung zu verfallen und Strandgut der Grosstadt zu werden, ein Obdach zu bieten. Diese Familien sollen hier einer vielfältigen und zusammenwirkenden Befürsorgung unterworfen werden. Eine eigens dafür ausgesuchte und geschulte Fürsorgerin wird sich um diese Familien bemühen, ein Arzt der Stadt Wien über die gesundheitlichen Belange wachen und ein Seelsorger der zuständigen Pfarre wird ergänzend die wichtigste Beeinflussung und Führung vorzunehmen haben.

Die Mietzinse ~~dieser~~ Wohnungen sind niedrig gehalten, um den Wiederaufbau der in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedrohten Familien zu erleichtern. Aus diesem Grunde war man bemüht, so billig zu bauen, wie man es bisher nach dem Kriege noch nicht erlebt hat. Eine Wohnung dieses Familienasyle kostet ohne Einrechnung des Baugrundes etwas mehr als 6000 Schilling, ein Beweis, dass bei diesem Werk der Fürsorge auch das wirtschaftliche Moment wohl beachtet worden ist. Fürs erste werden insgesamt rund 1000 solche Wohnungen in Wien gebaut werden. Wasserleitung und Closett befinden sich innerhalb des Wohnungsverschlusses. Die Familienasyle werden über ganz Wien verteilt sein und ich hoffe, im nächsten Jahre in rascher Folge die weiteren Asyle der Benützung übergeben zu können."

Der Bürgermeister dankte sodann dem Kardinal dafür, dass er sich mit seinem warmen Herzen für alle Bedürftigen und Armen die Einweihung des ersten Familienasyles selbst vorbehalten habe, dem Fürsterzbischöflichen Ordinariat und dem zuständigen Pfarrer Kanonikus Schmidt für das Entgegenkommen bei der Lösung der Seelsorgerfrage und hiess sodann nochmals die Festgäste herzlich willkommen.

Der Kardinal nahm hierauf an einem in einer Tornische aufgestellten Altar den Weiheakt vor. Nach Beendigung desselben richtete der Kardinal zunächst an den Bürgermeister Worte des Dankes dafür, dass er mit der Errichtung dieses Familienasyles eine Tat gesetzt habe.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am .....

die wahrhaftig dem Geiste der Familienfürsorge im christlichen Sinne entspricht. "Wir haben es sehr zu beklagen", sagte der Kardinal, "dass die Not unserer Tage auch vor den Toren der Familie nicht Halt gemacht, dass die Obdachlosigkeit viele Familien zertrümmert und sehr viel moralisches Elend über diese gebracht hat. Der Mensch ist nach göttlichem Recht befugt, eine Familie zu gründen. Aber die furchtbare Not hat auch an dieses Recht Hand gelegt und es unterbunden. Bürgermeister Schmitz hat in seiner tätigen christlichen Nächstenliebe all dieses Elend geschaut und ich danke ihm vom Herzen für das vorbildliche Fürsorgewerk, das er durch dieses Familienasyl vor allem für die kinderreichen Familien geschaffen hat. Mögen hier recht viele Familien mit ihren Kindern ein echtes Heim finden und möge der Haussegen "Wo Glaube da Liebe, wo Liebe da Friede, wo Friede da Segen, wo Segen da Gott und wo Gott, da ist keine Not" für alle Bewohner dieses Hauses in Erfüllung gehen."

Die Festgäste besichtigten sodann die Anlage.

.....



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
**FRANZ XAVER FRIEDRICH**

Zweite Ausgabe

372

Wien, am 23. Dezember 1935

Zum Geburtstag Kardinal Innitzers.

Am 25. Dezember vollendet Kardinal Innitzer das 60. Lebensjahr. Aus diesem Anlass veranstalteten heute nachmittag Bürgermeister Richard Schmitz und Frau im Rathaus einen Empfang, an dem Kardinal Pro-auntius Sibilialia mit seinem Bruder, dem päpstlichen Ablegat Protonotar Franz Sibilialia, die Bischöfe Dr. Seydl und Dr. Kamprath, Staatssekretär Dr. Fernter, Staatsrat Dr. Funder, die Gattin des Bundespräsidenten Frau Leopoldine Miklas und zahlreiche kirchliche und weltliche Würdenträger teilnahmen. Im Verlaufe des Empfanges richtete der Bürgermeister an Kardinal Innitzer, dem von den beiden jüngsten Töchtern des Bürgermeisters ein grosser Blumenstrauss überreicht worden war, eine herzliche Gratulationsansprache.

.....



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

373

Wien, am 24. Dezember 1935

## Spendet für die Josefstisch-Aktion!

Kardinal Innitzer, Bundeskanzler Dr. Schuschnigg und die Gattin des Bürgermeisters Frau Josefina Schmitz haben folgenden Aufruf erlassen:

Seit vier Monaten schon regen sich die Kräfte, die der Aktion "Josefstische" zur Verfügung stehen, um in 19 Küchen und in 88 Abgabestellen den Arbeitslosen, vor allem den Ausgesteuerten, durch eine warme Mahlzeit im Tag zu helfen. Die am 2. Dezember mit einer Anzahl von 16.000 Speiseportionen begonnene Aktion gibt heute bereits 20.000 Speiseportionen aus, bestehend aus je vier Zehntel Liter Fleischspeise und Brot. Freitag erhalten die Befürsorgten der Josefstische Suppe, Mehlspeise und Brot. Die Portionen sind so ausgiebig, dass in einer grossen Familie mit z. B. sechs Personen, die etwa vier bis fünf Speiseportionen Josefstisch erhält, durch eigenen Zusatz von Kartoffeln leicht die ganze Familie gepflegt werden kann.

Viele der Aermsten aber sind von den Josefstischen noch nicht erfasst. Auch diesen wollen die Josefstische gerne helfen, obwohl für den bereits bestehenden Umfang der Aktion es noch an den notwendigen Mitteln fehlt. Viele haben schon gegeben und mildtätig eingegriffen. Aber nur wenn alle geben, die können, kann das hohe Ziel erreicht werden, dass in diesem Winter niemand Not und Elend wird erleiden müssen. Die Armen der Josefstische bitten und darum gebe jeder, was in seinen Kräften steht!

Spenden sind an das Konto A 9.244 des Bankhauses Schelhammer und Schattera erbeten.

## Ausgabe der Speiseanweisungen der Wiener Winterhilfe.

Freitag, den 27. d., Samstag, den 28., und Montag, den 30. d., werden in den Fürsorgeämtern die Speiseanweisungen der Wiener Winterhilfe für Jänner 1936 ausgegeben. Bewerben können sich nur Personen mit einem Fürsorgebuch der Kategorien A oder B. Personen, die sich um diese Speiseanweisungen bewerben wollen, haben sich nach den Anfangsbuchstaben ihres Familiennamens an den nachfolgenden Tagen im Fürsorgeamte ihres Wohnbezirkes während der Parteienstunden einzufinden: A bis H Freitag, den 27. d., I bis R Samstag, den 28. d., und S bis Z Montag, den 30. d. Mitzubringen sind das Fürsorgebuch, ein Personaldokument und der polizeiliche Meldenachweis.

## Der Rechnungs- und Kassendienst bei den Bezirkshauptmannschaften.

Der Rechnungs- und Kassendienst der Wiener Bezirkshauptmannschaften bleibt wie alljährlich vom 27. bis einschliesslich 31. Dezember für den Parteienverkehr geschlossen, weil in dieser Zeit die Konten abgeschlossen werden. Für die Erledigung unabweislicher Fälle sowie für die Ausgabe von Postsparkassenerlagscheinen während der allgemeinen Amtsstunden ist Vorsorge getroffen, so dass die Möglichkeit der Einzahlung von Abgaben keine Beschränkung erfährt.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur.

FRANZ XAVER FRIEDRICH

Zweites Blatt

Wien, am.....

## Billige Milch für die Armen.

Wie in den Vormonaten wird auch im Jänner 1936 verbilligte Milch (Wohlfahrtsmilch) ausgegeben. Bewerben können sich in erster Linie Personen mit einem Fürsorgebuch der Gruppen A, B und C mit einem Haushalt von vier Personen aufwärts, nach Massgabe der vorhandenen Blocks auch andre bedürftige Personen mit den Fürsorgebüchern der Gruppen A und B, insbesondere Eltern mit einem Kind, alleinstehende Mütter mit einem oder zwei Kindern, alte Leute, Schwerkranke und Rekonvaleszente, wenn sich diese Personen (Familien) in besonderer Notlage befinden. Die Ausgabe der Anweisungen findet in den Fürsorgeämtern der Wohnbezirke der Fürsorgebuchinhaber nach den Anfangsbuchstaben des Familiennamens an den folgenden Tagen während der Parteienstunden statt: A bis F Freitag, den 27. d., G bis K Samstag, den 28. d., L bis R Montag, den 30. d., S bis Z Dienstag, den 31. d.

Um die Wohlfahrtsmilch können sich ferner schwangere Frauen in den Bezirksjugendämtern bewerben, die ein Fürsorgebuch der Gruppen A, B oder C haben und sich mindestens im siebenten Schwangerschaftsmonat befinden. Bei ihrer Bewerbung haben sie ausser dem Fürsorgebuch, einem Personaldokument und dem polizeilichen Meldenachweis eine Bestätigung vorzuweisen, in welchem Monat der Schwangerschaft sie sich befinden. Diese Bestätigung kann von einem Arzt, einer Hebamme, einer Spitalsambulanz oder einer Schwangerschaftsberatungsstelle ausgestellt sein und muss aus den letzten vier Wochen vor dem Bewerbungstag stammen.

-----

## Lichtbilderausstellung der Strassenbahnen.

Die Dienststellenorganisation der V.F. der Wiener städtischen Strassenbahnen veranstaltet nach Weihnachten im Direktionsgebäude der städtischen Strassenbahnen eine Lichtbilderausstellung, die ausschliesslich Arbeiten von Strassenbahnangestellten zeigen wird. Die Eröffnung der Ausstellung findet Freitag, den 27. d., um 13 Uhr statt. Die Ausstellung dauert bis 25. Jänner und ist an Werktagen von 14 Uhr bis 18 Uhr und an Sonntagen von 10 Uhr bis 18 Uhr offen. Eintritt 20 Groschen.

-----



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

374

Wien, am 26. Dezember 1935

---

## Grosskampf gegen Glatteis am Heiligen Abend.

Die Zentralanstalt für Meteorologie gab am 24. Dezember an die Betriebsleitung des städtischen Strassenpflegebetriebes die Meldung, dass für die kommende Nacht Glatteisgefahr bestehe, worauf sofort für das Personal Alarmbereitschaft angeordnet wurde. Zwischen 19 Uhr 30 und 20 Uhr klangen aus einigen äusseren Bezirken bereits die ersten Meldungen über beginnende Glatteisbildung in der Zentrale des Strassenpflegebetriebes ein. Daraufhin wurde sofort die Ausfahrt von sechs automobilen Sandstreuemaschinen und einer entsprechenden Anzahl von Lastautozügen zur Durchführung der Streuarbeiten angeordnet. Ueberdies wurden bis ungefähr 22 Uhr fast 100 private Fuhrwerke in den Dienst gestellt.

Bis 21 Uhr traten bereits eine Anzahl von Strassentagarbeitern und alle Strassennachtarbeiter sowie sämtliche Aufseher und Betriebsbeamte ihren Dienst an. Um diese Zeit griff die Glatteisbildung streckenweise auch auf die inneren Bezirke über. Nachdem eine allgemein durchgreifende Glatteisbildung in starkem Masse zu erwarten war, wurde das gesamte Personal durch Radio Wien zur Arbeit aufgerufen, worauf in kürzester Zeit fast das gesamte Strassenpflegepersonal in der Stärke von mehr als 800 Mann die Streuarbeiten aufnahm. Der Kampf gegen das Glatteis dauerte die ganze Nacht hindurch. In den Hauptverkehrsstrassen vor allem wurden die Streuarbeiten wiederholt durchgeführt, um jede Gefährdung des Fussgänger- und Fuhrwerksverkehrs hintanzuhalten. Die Streuarbeiten wurden mit einer unartigen Intensität vorgenommen, dass über das bereits in Dienst gestellte Privatfuhrwerk hinaus neue Unternehmerfuhrwerke aufgenommen wurden, die zum Schubschub von Sand in die Sandhütten und Sanddächer verwendet wurden.

Ebenso wie der städtische Strassenpflegebetrieb führten auch die städtischen Strassenbahnen hauptsächlich bei den Strassenbahnhaltestellen einen umfassenden Streudienst durch.

.....



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

375

Wien, am 27. Dezember 1935.

## Erleichterungen bei der Einwohnerverzeichnung in Wien.

Das Organisationsbüro der Einwohnermeldestelle in Wien macht neuerlich darauf aufmerksam, dass Bundesbürger sich bei der Verzeichnung in der zuständigen Bezirkssektion durch Haushaltangehörige vertreten lassen können. Durch die vor einigen Tagen im Interesse der erwerbs- und berufstätigen Bevölkerungskreise getroffene Verfügung wurden die bei der Verzeichnung durch Haushaltangehörige vertretenen Bundesbürger von der Verpflichtung, nachträglich im Rathaus persönlich zu erscheinen, enthoben; sie können die Erkennungskarte bis Ende April 1936 in der Bezirkssektion von 8 Uhr bis 17 Uhr, an Samstagen bis 18 Uhr 30 beheben.

Diese Neuregelung, die vom 19. Dezember an in den Bezirkssektionen durchgeführt wird, bedeutet für die Arbeiter und Angestellten umso mehr eine wesentliche Erleichterung, als die Erkennungskarten schon bei der Verzeichnung ausgefertigt werden. Die Parteiabfertigung anlässlich der nachträglichen persönlichen Behebung der Erkennungskarte dauert daher nur einige Minuten, weil sich die Amtshandlung bloss auf die Feststellung der Wesensgleichheit auf Grund des Meldezettels und der Personalurkunden beschränkt.

Um auch jenen Bundesbürgern, die vor dieser Neuregelung, also bis einschliesslich 18. Dezember, in Vertretung verzeichnet wurden und die laut der dem Vertreter ausgefolgten Belehrung verpflichtet sind, nachträglich im Neuen Rathaus persönlich zu erscheinen, diesen Weg zu ersparen, wird auch für diese Personen die Ausfolgung der Erkennungskarten in der Bezirkssektion sichergestellt. Die Erkennungskarten werden gegenwärtig im Organisationsbüro der Einwohnermeldestelle ausgefertigt und an die Bezirkssektion versendet, was selbstverständlich einige Wochen in Anspruch nimmt. Diese Personen können daher erst vom 20. Jänner 1936 an ihre Erkennungskarten in der zuständigen Bezirkssektion innerhalb der vorerwähnten Amtsstunden beheben.

Bundesbürger, die ihre Erkennungskarten bis 30. April 1936 nicht behoben haben, werden allerdings genötigt sein, wegen allfälliger Behebung der Erkennungskarten im Neuen Rathaus persönlich zu erscheinen, weil die Erkennungskarten mit 30. April von den Bezirkssektionen an die Zentralstelle abgeliefert werden.

-----

## Weihnachtsfeier für die Fortbildungsschüler.

Im Auftrage des Bürgermeisters fand kürzlich in der Fortbildungsschule in der Hütteldorferstrasse für Lehrlinge und Lehrlinginnen eine Weihnachtsfeier statt, an der Vertreter der kirchlichen und weltlichen Behörden teilnahmen. Nach einer Ansprache des Hofrates Prof. Dr. Gart wurden 410 bedürftige Schüler und Schülerinnen mit je einem Lebensmittelpaket beteiligt; ausserdem erhielten die jungen Gäste eine Jause. Künstlerische Darbietungen verschönerten die Feier.

-----

## Wandkalender 1936 der städt. Versicherungsanstalt.

Wie alljährlich hat auch für 1936 die Wiener städtischen Versicherungsanstalt einen vorbildlichen Wandkalender herausgebracht. Die vornehm künstlerische Ausstattung ist durch einen Nachdruck eines Aquarells vom akad. Maler Ernst Graner "Blick auf den Kahlenberg" gegeben. Neben dem Kalendarium bringt der Wandkalender auch Schafflers Wetterkalender.

-----



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 376  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 28. Dezember 1935.

## Ermässigte Hundemarken für 1936.

Bürgermeister Richard Schmitz hat genehmigt, dass auch im Jahre 1936 an bedürftige Hundebesitzer, die infolge ihrer Einkommensverhältnisse ganz ausserstande sind, den vollen Abgabebetrag von 12 Schilling zu bezahlen, eine bestimmte Anzahl von Hundemarken zum ermässigten Abgabesatz von 3 Schilling für jede Marke ausgegeben wird. Die Gesuchsformulare sind vom 2. bis 10. Jänner 1936 beim Fürsorgeamt des Wohnbezirkes abzuholen und nach wahrheitsgemässer Ausfüllung dem zuständigen Fürsorgerat bis längstens 15. Jänner 1936 zu übergeben. Später einlangende Ansuchen können nicht berücksichtigt werden. Vor dem 2. und nach dem 10. Jänner werden keine Gesuchsformulare ausgegeben. Nachfragen wegen Erledigung der Gesuche bei den Amtsstellen sind zwecklos. Missbräuchliche Inanspruchnahme der Begünstigung wird geahndet.

-----

## Die Bedeutung der Arbeitsbeschaffung der Stadt Wien für Gewerbe und Industrie.

Nachdem der Grossteil der heurigen Arbeits- und Lieferungs-aufträge hinausgegangen war, hat das Stadtbauamt dem Bürgermeister eine Uebersicht vorgelegt, aus der nicht nur der grosse Umfang der Arbeitsvergebungen zu entnehmen ist, sondern auch, wie weitverzweigt sich diese Aufträge auswirken. Rund 48 Millionen Schilling verteilen sich nach dieser Aufstellung auf 2752 verschiedene Firmen.

Baumeisterarbeiten wurden zum Beispiel für 97 Millionen Schilling an 136 Firmen vergeben. Die mit den Arbeitsaufträgen zusammenhängenden Baustofflieferungen verteilen sich auf 113 Firmen und erreichen einen Betrag von 85 Millionen Schilling. Naturgemäss bieten diese Lieferungs-aufträge nicht nur in Wien ansässigen Erzeugern Arbeitsmöglichkeit. Besonders die umfangreichen Lieferungen für den Strassenbau wirken sich bis weit nach Nieder- und Oberösterreich aus. Für den Strassenbau waren 38 Asphaltierer- und Holzstöckelpflasterungs-Unternehmungen mit einer Auftragssumme von 5 Millionen Schilling, 32 Pflastererfirmen mit 31 Millionen Schilling, 7 Deichgräberfirmen mit rund einer Million Schilling und mit dem Grossteil ihrer Leistungen 511 Fuhrwerksunternehmer, welche über 25 Millionen Schilling ins Verdienen brachten, beschäftigt. Von den vielen Hilfgewerben im Baufache, die bei städtischen Hochbauten beschäftigt wurden, sind insbesondere zu erwähnen 104 Schlosserfirmen mit 800.000 Schilling, 81 Tischlerbetriebe mit 06 Millionen Schilling, 87 Anstreicherfirmen mit 830.000 Schilling, 66 Zimmermalerbetriebe mit 04 Millionen Schilling, 45 Zimmermeister mit 04 Millionen Schilling, 51 Dachdecker- und 61 Spenglerfirmen mit zusammen 860.000 Schilling, schliesslich 60 Glaser-, 31 Steinmetz- und 65 Tapezierer- und Jalousiemacherfirmen mit zusammen 540.000 Schilling.

Die Tonwarenindustrie erhielt Aufträge für eine halbe Million Schilling, wobei 35 verschiedene Firmen Beschäftigung fanden. Für Gartenarbeiten wurden 130.000 Schilling an 37 Firmen ausgegeben. Die verschiedenen Installationsgewerbe für Elektrotechnik, für das Gas-, Wasserleitungs-, Heizungs- und Lüftungsfach erhielten Aufträge im Werte von 48 Millionen Schilling, die sich auf nicht weniger als 326 Firmen verteilen. Von der Vielseitigkeit der Arbeitsvergebungen des Stadtbauamtes geben folgende Zahlen Zeugnis. Für chemisch-technische Produkte wurden Aufträge im Werte von 15 Millionen Schilling an 137 verschiedene Firmen erteilt, Autolieferungen



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II Blatt

Wien, am .....

und einschlägige Reparatursarbeiten beliefen sich auf 1'9 Millionen Schilling und boten 97 Firmen Beschäftigung und überdies erhielten noch 268 Firmen der Maschinenindustrie Aufträge im Werte von 3'8 Millionen Schilling. Damit sind nur die Erwerbszweige genannt, welche Aufträge grösseren Umfanges durchzuführen haben. Ausserdem wurden aber noch diverse kleinere Arbeiten und Lieferungen der verschiedensten Art an 364 Firmen mit einem Kostenbetrage von 0'8 Millionen Schilling vergeben.

-----

## Historisches Museum der Stadt Wien.

Wegen Räumungsarbeiten bleibt die Abteilung "Waffensammlung" des Historischen Museums der Stadt Wien im Rathaus bis auf weiteres geschlossen.

-----

## Die städtischen Bäder zu Silvester.

Die städtischen Dampf-, Wannen-, Brause- und Schwimmhallenbäder sind am 31. Dezember von 8 Uhr bis 19 Uhr geöffnet.

-----

## Strassenbahn-Hin- und Rückfahrtscheine zu Silvester.

Die Strassenbahndirektion teilt mit, dass die Hin- und Rückfahrtscheine sowie Wochenkarten am 31. Dezember zur Rückfahrt schon von 11 Uhr an gelten.

-----

## Vergabung von städtischen Arbeiten.

Die Magistratsabteilung 32 vergibt die Glaserarbeiten für den Umbau des städtischen Hauses Am Hof 7; Anbotsverhandlung 10. Jänner, 11 Uhr. Anbotsunterlagen und Auskünfte in der genannten Abteilung.

-----



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 377  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 30. Dezember 1935.

## Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in Wien.

Das rasche Ansteigen des Auto- und Fahrräder-Verkehres in Wien hat bekanntlich zu nicht ungefährlichen Stauungen zu bestimmten Zeiten an Schnittpunkten des Verkehres geführt. Um so entstandenen Uebelständen abzuhelpfen, hat, wie schon berichtet, Bürgermeister Richard Schmitz eine im Interesse der Sicherheit des Wiener Strassenverkehres und eine von allen interessierten Kreisen dankbar begrüßte Aktion zur Errichtung von Lichtsignalen an besonders wichtigen Verkehrspunkten eingeleitet. Die grosszügige Verbesserung der Verkehrsregelung wird nicht nur dem heimischen Verkehr zugute kommen, sondern insbesondere auch dazu beitragen, den vielen Fremden, die in eigenen Kraftwagen nach Wien kommen, das Fahren in Wien angenehmer und sicherer zu machen. Ein weiterer, keineswegs zu unterschätzender Gewinn dabei ist auch, dass die Verkehrspolizeiposten, die bisher ihren Dienst unter grössten Gefahren verrichten mussten, nunmehr von gesicherten Standorten aus die Lichtsignale bedienen können. Der erste Abschnitt dieser Aktion ist nun vollendet.

Die neuen Lichtsignale sind an folgenden Kreuzungen eingeführt worden: Operngasse-Ringstrasse, Schottengasse-Ringstrasse-Universitätsstrasse, Schwedenplatz, Lastenstrasse-Wiedner Hauptstrasse, Neubaugürtel-Mariahilferstrasse, Matzleinsdorferplatz, Südtirolerplatz, Nussdorferstrasse-Währingerstrasse, Invalidenstrasse-Landstrasse Hauptstrasse und Stock im Eisenplatz. Sie werden Montag, den 30. d., in Betrieb genommen.

## Winke für Fussgänger und Fahrzeuglenker.

Die neuen Apparate sind einheitlich Dreilichtelemente mit untereinander angeordneten Signallampen in roter, gelber und grüner Farbe. Die leuchtende Signallampe gilt für alle Strassenbenützer, also auch für die Fussgänger. Diese haben beim Ueberqueren der Fahrbahnen insbesondere darauf zu achten, dass nur die Uebergangswege benützt werden dürfen, die in den meisten Fällen durch Nägel oder Farbstreifen gekennzeichnet sind, ferner, dass sie bei Aufleuchten des gelben Lichtes die Fahrbahn nicht mehr betreten dürfen, beziehungsweise sie so rasch wie möglich zu verlassen haben. Ueberhaupt sollen die Fussgänger die Fahrbahn nur dann überqueren, wenn in ihrer Gehrichtung grünes Licht erscheint, also die Fahrtrichtung, die überquert wird, durch das Leuchten der roten Signallampe gesperrt ist.

Die Fahrzeuglenker haben insbesondere beim Abbiegen auf den Kreuzungen erhöhte Vorsicht anzuwenden. Beim Linksabbiegen soll der Fussgängerstrom, für den nach der Signalstellung der Uebergang gleichfalls freigegeben ist, nur mit besonderer Vorsicht und Rücksichtnahme überquert, bei starkem Fussgängerverkehr überhaupt angehalten werden. Das Rechtsabbiegen von Fahrzeugen kann immer dann erfolgen, wenn der Verkehr, der in der freigegebenen Richtung ohne Abbiegen vor sich geht, es gestattet. Der Lenker des rechtsabbiegenden Fahrzeuges, der zur Kreuzungsmitte zufährt, hat hierbei nicht bloss die entgegenkommenden Fahrzeuge im Auge zu behalten, sondern bei Kreuzungen, auf denen die Gleise der Strassenbahn in der Strassenmitte liegen, auch auf die allfällig rechts von ihm nachfahrenden Strassenbahnzüge besonders zu achten. Dies ist insbesondere auf den Kreuzungen Operngasse-Ringstrasse, Schwedenplatz, Lastenstrasse-Wiedner Hauptstrasse, Neubaugürtel-Mariahilferstrasse, Matzleinsdorferplatz, Südtirolerplatz, Nussdorferstrasse-Währingerstrasse, Invalidenstrasse-Landstrasse Hauptstrasse und Schottengasse-Ringstrasse wichtig.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am .....

Durch die Einführung der neuen Lichtsignale fallen nunmehr von den Kreuzungsposten die bisher auf diesen Kreuzungen/gegebenen Handzeichen für die Fahrzeuglenker und Fußgänger weg.

## Technische Einzelheiten.

Die Kreuzung Operngasse-Ringstrasse wurde mit einer vierseitigen Dreilichtampel versehen, die neben dem Fahrdrabt der Strassenbahn aufgehängt ist. Die Bedienungsstelle befindet sich auf einer Lichtmastinsel auf der Seite der Staatsoper. Die neue Dreilichtampel ist mit dem schon bestehenden Signal im Zuge der Kärntnerstrasse verbunden, so dass beide Signale gleichzeitig und gleichsinnig betätigt werden können. Die Sichtverhältnisse des Lichtsignales Kärntnerstrasse-Ringstrasse wurden durch ein Zusatzsignal gegen die verlängerte Kärntnerstrasse verbessert.

Die Kreuzung Schottengasse-Ringstrasse-Universitätsstrasse wurde mit zwei vierseitigen Dreilichtampeln ausgestattet, die über den beiden Kreuzungsmitten aufgehängt sind und von der Bedienungsstelle auf der stadtseitig liegenden Insel im Zuge der Schottengasse gleichzeitig und gleichsinnig gehandhabt werden können.

Auf dem Schwedenplatz wurde am Uhrmast ein vierseitiger Signalapparat angebracht. Die Bedienungsstelle befindet sich am Sockel dieses Mastes.

Auf der Kreuzung Lastenstrasse-Wiedner Hauptstrasse befinden sich nunmehr acht Dreilichtelemente, von denen vier gegen die zur Kreuzung laufenden Fahrtrichtungen und vier gegen die Kreuzungsmitte zu gerichtet sind. Die Signalapparate sind an den Gehsteigrändern auf zwei bestehenden Lichtmasten und auf zwei neu aufgestellten Ständern angebracht. Die erhöhte Bedienungsstelle befindet sich bei einem Lichtmast im Zuge der Kärntnerstrasse.

Auf der Kreuzung Neubaugürtel-Mariahilferstrasse wurde eine vierseitige Dreilichtampel über der Kreuzungsmitte angebracht. Die Bedienungsstelle befindet sich am Sockel des Uhrmastes.

Auf dem Matzleinsdorferplatz wurde in der Kreuzungsmitte ein Betonbedienungs- und Ständerpodest mit Ständer aufgeführt, der ein vierseitiges Lichtsignal trägt.

Der Südtirolerplatz wurde mit einem Betonpodest mit Mast ausgestattet, der mittels Ausleger die über der Kreuzungsmitte hängende vierseitige Ampel trägt.

Auf der Kreuzung Nussdorferstrasse-Währingerstrasse wurde am dortigen Uhrmast ein vierseitiger Signalapparat angebracht. Die Bedienungsstelle ist ebenfalls erhöht und befindet sich auf der seitlich liegenden Schutzinsel. Für das Rechtsabbiegen wurde ein besonderes Ergänzungssignal eingerichtet.

Über der Kreuzung Invalidenstrasse-Landstrasse Hauptstrasse wurden zwei vierseitige Ampeln aufgehängt, deren gemeinsame und gleichsinnige Handhabung von der erhöht angeordneten Bedienungsstelle am Sockel des Mastes bei der Viktualienmarkthalle erfolgt.

Für den Stock im Eisenplatz wurde über der Kreuzung eine vierseitige Ampel angebracht, die von der erhöht angeordneten Bedienungsstelle beim Mastsockel in der Platzmitte bedient wird.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am .....

---

Fortsetzung der Aktion im nächsten Jahre.

Die Einführung der neuen Lichtsignale oblag der Magistrats-  
abteilung für technische <sup>genheiten</sup> ~~Vorkhrsangelo-~~ im Einvernehmen mit den Ma-  
gistratsabteilungen für Strassenbau und Beleuchtungswesen, mit der  
Bundespolizei sowie den Vertretern der Verkehrsinteressenten. Bei der  
Projektierung und Bauausführung waren insbesondere die Magistratsab-  
teilung für Beleuchtungswesen und die Direktion der städtischen Stras-  
senbahnen hervorragend beteiligt.

Die von Bürgermeister Schmitz eingeleitete Aktion zur Ver-  
besserung der Verkehrsverhältnisse in Wien wird im kommenden Jahr  
fortgesetzt. Im Budget 1936 ist für diese Zwecke ein entsprechender Be-  
trag bereitgestellt.

-----



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

378

Wien, am 30. Dezember 1935.

## Bestellung des Vorstandes der Wiener Kaufmannschaften.

Auf Vorschlag des Vorstandes des Handelsbundes hat der Bürgermeister der bundesunmittelbaren Stadt Wien gemäss § 124 des Bundesgesetzes, betreffend die Errichtung des Handels- und Verkehrsbundes, bestellt:

In den Vorstand der Buchkaufmannschaft für die Stadt Wien zum Aeltesten Rat der Stadt Wien Dr. Ludwig Herberth I., Bösendorferstrasse 3, zu Stellvertretern Carl Brunner, Komm. Rat Felix Epstein, Komm. Rat Egon Hock und Komm. Rat Hans Zellhofer;

zu Mitgliedern Komm. Rat Ignaz Albrecht, Komm. Rat Albert Bauer, Leopold Beck, Komm. Rat Otto Reichherzer, Ing. Wilhelm Bonwitt, Dr. Heinrich Boschan, Sig-mund Feldmann, Karl Friedrich Flügel, Paul Gerngross, Franz Gepfner, Eugen Guttenberg, Komm. Rat Rudolf Hauser, Komm. Rat Gustav Herschmann, Richard Jacobi, Peter Kandler, Leopold Konecny, Alois Lennar, Josef Lugert, Franz Majer, Komm. Rat Franz Markl, Komm. Rat Artur Materno, Emil Ornstein, Dr. Rudolf Petrasch, Max Leo Popper, Leopold Rankl, Ing. Leopold Schimek, Komm. Rat Rudolf Schuch, Paul Schütz, Komm. Rat Artur Schwoner, Komm. Rat Richard Stein, Komm. Rat Paul Stiassny, Komm. Rat Josef Vinzl, Johann Völker, Komm. Rat Friedrich John Zabranski und zu Ersatzmitgliedern Komm. Rat Hans Bauer, Vinzenz Beutel, Josef Brunner, Eugen Fulda, Carl Gibian, Leo Gruber, Siegfried Mauthner, Wilhelm Müller, Karl R. Prandstetter, Franz Pserer, Georg Rannacher, Eduard Rechnitzer, Franz Urban, Ferdinand Weiss, Komm. Rat Dominik Wild, Komm. Rat Emerich Kauders;

in den Vorstand der Kleinkaufmannschaft für die Stadt Wien zum Aeltesten Komm. Rat Richard Diestler, 5., Arbeitergasse 10, zu Stellvertretern Komm. Rat Alexander Matzka, Komm. Rat Josef Zeckl, Komm. Rat Ferdinand Wimmer, Komm. Rat Karl Plass und Otto Chorherr;

zu Mitgliedern

1. Bezirk

Stephan Tuna, Matthias Reichl;

2. Bezirk

Leo Sternberg, Matthias Schreder;

3. Bezirk

Ernst Golker, Josef Schiesser, Anton Rott;

4. Bezirk

Ing. Arnold Malata;

5. Bezirk

Josef Christian, Josef Ertl;

6. Bezirk

Di. Hans Kresse, Karl Nowotny, Karl Lang;

7. Bezirk

Michael Spak;

9. Bezirk

Anton Nowak, Karl Häring, Matthias Morawitz;

10. Bezirk

Hans Freunberger, Johann Haas;

11. Bezirk

Franz Zsalaz, Johann Plewa;

12. Bezirk

Josef Kottner, Hans Kudler;

13. Bezirk

Franz Lehner;



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am .....

14. Bezirk  
Hans Schiller, Julius Weiss;  
15. Bezirk  
Wilhelm Krüger;  
16. Bezirk  
Anton Schmidhuber;  
17. Bezirk  
Karl Schilling;  
18. Bezirk  
Karl Eret;  
19. Bezirk  
Otto Uchidil;  
20. Bezirk  
Franz Knotzinger;  
21. Bezirk  
Karl Lustig, Bruno Poledna;  
zu Ersatzmitgliedern  
1. Bezirk  
Wilhelm Zweig;  
2. Bezirk  
Otto Montag;  
6. Bezirk  
Alexander Gantz;  
9. Bezirk  
Max Huber;  
12. Bezirk  
Wilhelm Herp;  
14. Bezirk  
Hugo Löwin;  
17. Bezirk  
Karl Wimmer;  
20. Bezirk  
Jakob Segall;  
3. Bezirk  
Franz Aust.

-----  
Die Wiener Hausgroschenabgabe.

Das Gesetz über die Wiener Hausgroschenabgabe (Fünftelgroschenabgabe) ist am 28. d. kundgemacht worden und tritt mit 1. Jänner 1936 in Kraft. Die Abgabe beträgt ein Fünftel Groschen monatlich für jede Krone des Friedenszinses, bezw. der Mietaufwandsteuerbemessungsgrundlage; sie ist jeweils am 1. des Monats im Verhinein (also zum erstenmal am 1. Jänner 1936) fällig und bis 15. des Monats bei der örtlich zuständigen Bezirkshauptmannschaft einzuzahlen. Steuerpflichtig ist der Hauseigentümer, der berechtigt ist, den entsprechenden Teil der Abgabe auf den betreffenden Mieter zu überwälzen. Ein Zahlungsauftrag ergeht nicht. Auch ein Bekenntnis (Steuererklärung) ist nicht zu legen. Nur im Falle einer Wohnbau- oder Mietaufwandsteuerbefreiung aus dem Titel der Bauführung ist bis 15. Jänner 1936 eine besondere Anzeige einzubringen. Hiefür sind eigene, bei den Bezirkshauptmannschaften erhältliche Vordrucke zu verwenden. Die Hausgroschenabgabe beträgt für diese Objekte (Wohnungen und Geschäftslokale) 30 Groschen monatlich für jeden



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am.....

Raum, ausgenommen Klosette, Speiskammern, Besenkammern, Boden- und Kellerräume. Die Zahlung hat auch in diesen Fällen, ohne einen Zahlungsauftrag abzugeben, auf Grund der eigenen Berechnung durch den Hauseigentümer zu erfolgen.

-----  
Wiedererscheinen des Amtsblattes der Stadt Wien.

Vom 1. Jänner 1936 an erscheint wieder das Amtsblatt der Stadt Wien. Wie das seinerzeitige Amtsblatt wird das nunmehr zeitgemäss ausgestaltete offizielle Organ der Stadt Wien den amtlichen Berichten und Verlautbarungen einen grösseren Raum geben. Ausserdem wird in einer neuen Rubrik "Rathauswoche" über laufende Ereignisse im Wiener Rathaus berichtet und so versucht werden, ein wertvolles Stück Zeit- und Heimatgeschichte zu geben. Das neue Amtsblatt erscheint vorläufig alle 14 Tage. Preis pro Nummer 30 Groschen. Abonnementbedingungen in der Verwaltung im Neuen Rathaus.

-----  
Gesetzblatt der Stadt Wien.

Das am 28. Dezember ausgegebene 32. Stück des Jahrganges 1935 des Gesetzblattes der Stadt Wien enthält das Stadtgesetz vom 22. November 1935, mit dem die Verordnung des Bundeskommissärs für Wien vom 13. Februar 1934, L.G. Bl. für Wien Nr. 9, betreffend die Erlassung einiger dienstrechtlicher Bestimmungen abgeändert wird, das Stadtgesetz vom 22. November 1935, betreffend die Abänderung der Bestimmungen über die Massnahmen zur Verringerung der Zahl der Lehrpersonen an öffentlichen Volks- und Hauptschulen Wiens, das Stadtgesetz vom 17. Dezember 1935 über den Aufbau, die Einrichtung und die Aufgaben des Berufsstandes Land- und Forstwirtschaft in der bundesunmittelbaren Stadt Wien, die Verordnung des Bürgermeisters vom 22. Dezember 1935, betreffend die Verlegung von Markttagen und Marktstunden auf dem Wiener Zentralviehmarkt in St. Marx im Jahre 1936, \*

-----  
Strassenbahnfahrpreis am Neujahrstag.

Am 1. Jänner 1936 gilt auf der Strassenbahn und Stadtbahn der Sonntagsfahrpreis. Die Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine, Wochenkarten sowie der Kleinzonen- und Kurzstreckentarif haben daher keine Gültigkeit. Hingegen gelten die Sonn- und Feiertagsfahrtscheine zu 64 Groschen im Tarifgebiet I während der ganzen Betriebsdauer, nur muss die erste Fahrt bis 17 Uhr angetreten werden; die kombinierten Sonn- und Feiertags-Rückfahrtscheine für die Strassenbahn und Bundesbahn gelten während der ganzen Betriebszeit.

-----  
\* und die Verordnung des Bürgermeisters vom 15. Dezember 1935, betreffend Abänderung einiger Bestimmungen der Ruhebezugsordnung für die n.ö. Lehrer-Altensionisten.  
-----



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

379

Wien, am 31. Dezember 1935.

## Gesetzblatt der Stadt Wien.

Das am 31. Dezember ausgegebene 34. Stück des Jahrganges 1935 des Gesetzblattes der Stadt Wien veröffentlicht die Stadtgesetze vom 17. Dezember 1935 betreffend die Verlängerung der Wirksamkeit des Gesetzes über die Wasserkraftabgabe, betreffend die Verlängerung der Wirksamkeit des Gesetzes über die Bodenwertabgabe von verbauten Liegenschaften, betreffend Aenderung des Gesetzes über die Fremdenzimmerabgabe, betreffend die Verlängerung von Ermässigungen der Lustbarkeitsabgabe und betreffend die Aenderung der Bestimmungen über die Kanalräumungsgebühren.

-----

## Bestellung der Stellvertreter der Wiener Zunftmeister und der übrigen Mitglieder des Vorstandes der Wiener Zünfte.

Auf Vorschlag des Vorstandes des Gewerbeverbandes der Stadt Wien hat der Bürgermeister der bundesunmittelbaren Stadt Wien gemäss § 99 des Gewerbebundgesetzes die Stellvertreter der Wiener Zunftmeister und die übrigen Mitglieder des Vorstandes der Wiener Zünfte bestellt.

Bürgermeister Richard Schmitz hat insgesamt rund 500 Mitglieder des Vorstandes der Wiener Zünfte bestellt. Wir veröffentlichen fortlaufend die Namen der bestellten Personen.

### Glaser-Zunft:

Stellvertreter Schieb Gustav, Vorstandsmitglieder Niedermayer Michael, Steiger Georg, Fritsch Ernst, Glass Johann, Fuchs Franz Rudolf, Dürr Ignaz, Bohensky Josef, Wacha Josef, Woytacek Otto, Reichardt Josef, Adamek August und Fexer Emil;

### Schmiede-Zunft:

Stellvertreter Knöbl Gottfried und Wonder Max, Vorstandsmitglieder Eder Anton, Trittner Josef, Prets Anton, Budin Heinrich, Pfeifer Mathias, Popelka Max, Schreiner Karl und Neidl Josef;

### Schlosser-Zunft:

Stellvertreter Schüller Hans und Höbler Karl Rudolf, Vorstandsmitglieder Lopaur Alois, Filippi Ludwig, Fischer Leopold, Geihslar Johann, Hönig Johann, Kromus Johann, Liessler Alois, Schöffmann Karl, Vesecky Viktor, Vogler Anton, Waldmüller Franz und Bienfuss Rudolf;

### Zunft der Spengler, Kupferschmiede, Gas- und Wasserleitungsinstallateure:

Stellvertreter Dexinger Ferdinand, Löblich Max und Czech Franz, Vorstandsmitglieder Wladicka Karl, Maier Meinrad, Militky Ferdinand, Pächter Franz, Handler Mathias, Groiss Hans, Kuzel Heinrich, Walter Karl, Arnold Alfred und Simon Bernhard;

### Metallschleifer-, Giesser-, Gürtler- und Graveurzunft:

Stellvertreter Herzog Anton, Vorstandsmitglieder Winter Franz, Schuhmann Karl, Koczy Paul, Kraulitz Adolf, Radetzky Karl, Merber Josef, Hassa August, Matzner Josef, Neuhofer Anton, Illnar August und Orth Friedrich;

### Wagner-, Fassbinder- und Korbflechterzunft:

Stellvertreter Rabl Albert und Munganast Sebastian, Vorstandsmitglieder Heimerl Anton, Sejk Franz, Herndl Franz, Brauneis Josef, Mandahus Josef, Skritek Josef, Tiefenbacher Josef, Holmann Rudolf, Groll Josef, Kahoun Franz und Nosek August;

### Mechaniker-Zunft:

Stellvertreter Sagl Karl, Vorstandsmitglieder Plattner Anton, Ponocny Eduard, Past Leopold, Dornhalm August, Friedl Gustav, Klotz Georg, Chladek Adalbert, Gassinger Ludwig und Brechelmacher Josef;



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

I. Blatt

Wien, am.....

## Elektrozunft:

Stellvertreter Cargnelli Franz und Bayer Josef, Vorstands-  
mitglieder Ceschka Raimund, Ament Johann, Hohmann Leopold, Houska Edmund,  
Kantor Johann, Riegelbauer Josef, Rohrhafer Johann, Scherer Robert,  
Silberling Karl, Solar Jaroslav und Nemecek Robert;

## Zunft der Musikinstrumentenerzeuger:

Vorstandsmitglieder Hutterstrasser Alexander, Sybert Rudolf,  
Zuleger Hermann, Pospischil Friedrich, Reisinger Josef und Thomastik Dr.  
Franz.

-----

## Weihnachtsbescherungen.

Am 23. Dezember veranstaltete die Bezirksvertretung Margareten mit Bezirksvorsteher Pokorny an der Spitze eine Weihnachtsbescherung, bei der 280 bedürftige Personen mit je einem Lebensmittelpaket beteiligt wurden, das 2 Kilogramm Mehl, 1 Kilogramm Zucker, ein Viertel Kilogramm Kaffee, Fleisch oder Wurst und einen grossen Weihnachtsstriezel enthielt. Am Nachmittag fand in den Drei Engel-Sälen eine Weihnachtsfeier des christlichen Volksvereines Margareten, verbunden mit einer Jause für gleichfalls 280 Personen, statt, bei der Pfarrer Schebek die Festrede hielt. Zu den Feiertagen selbst erhielten 147 Erwachsene und 132 Kinder in 15 Gasthäusern des Bezirkes ein warmes Mittagessen; in 7 Kaffeehäusern wurden 50 Kinder und 24 Erwachsene mit einer Jause beteiligt.

Am 16. Dezember veranstaltete der Kulturverein Alt-Wiener Klub im grossen Saal des Hotels zum Auge Gottes eine Weihnachtsfeier für alte Wienerinnen und Wiener, an der unter anderem Rat der Stadt Wien Diestler, Bezirksvorsteher Erban, der Präsident der österr. Bürgervereinigung Prof. Buchner und Regierungskommissär Willander teilnahmen. Die Festrede hielt Präsident Schulrat Silmbroth.

-----







